

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 2 Mark, jährlich 4 Mark.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Ball und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blitz in die Bühnenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Standardzeile 10 Pfennig, Restzeile 5 Pfennig, Kleinstzeile 3 Pfennig.

Weniger für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptstadtkontor, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. April 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Kulturpolitische Kämpfe.

Die Vorbereitung des Reichsschulgesetzes.

Die einzige sichtbare Arbeit der neuen Reichsregierung zur Vorbereitung des Reichsschulgesetzes schien bisher lediglich darin zu bestehen, daß sie den Staatssekretär Schulz in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte.

Zwar war diese Begründung nur ein Vorwand. Sie sollte offenbar von der Öffentlichkeit den Machtanspruch des Zentrums auf die Stelle eines Ministerialdirektors im Reichsministerium des Innern schamhaft verhüllen.

Nunmehr aber scheint man auch an die sachlichen Vorarbeiten für das Reichsschulgesetz heranzugehen. Gleich nach dem Wiederkommtritt des Reichstags im Mai will man den Entwurf schon fertig vorlegen — eine Botschaft, der man mit einigem Fug und Recht den Glauben versagen darf.

Vor allem wollen die Länder bei der Vorbereitung eines Reichsschulgesetzes, dessen eigentliche Last gerade sie später zu tragen haben, gehört werden. Es bedeutet für die Länder auch keine Vereinfachung und Erleichterung, wenn, wie es nach den uns zugegangenen Meldungen den Anschein hat, die Reichsregierung sich dadurch aus der Affäre zu ziehen beabsichtigt, daß sie alle besonders schwierigen Fragen der heiß umstrittenen Materie den Ländern zur Regelung überlassen will.

Aber so inhaltslos auf Kosten der Länder kann die Reichsregierung den Entwurf trotz alledem nicht gestalten, daß die wichtigsten grundsätzlichen Fragen in den Erörterungen des Reichstags nicht doch ihre eingehende Beratung finden müßten. Wenn nach den bisher bekanntgewordenen Mitteilungen die Gleichberechtigung der drei Schularten durchgeführt werden soll, wenn man ferner in der Bekennnisschule für den Gesamtunterricht den „Geist des Bekenntnisses“ durch Gesetz verordnen will, so werden allein diese beiden Fragen ebenso endlose wie unerquickliche Debatten hervorrufen, für die „Vorgänge“ in den Beratungen des Reichstags über den ersten Entwurf genügend vorliegen.

Wenn aber ein solcher Kampf mit einem Sieg der kulturpolitischen Rechten enden sollte, so wird sich wiederum im Zentrum niemand darüber im Zweifel befinden, daß damit für den Schulfrieden in Deutschland, und damit für den inneren Frieden der jungen Republik überhaupt, noch nichts erreicht, wohl aber sehr viel verloren wäre.

Unternehmergeld für Stahlhelmtag.

50 Mark für jeden Stahlhelm-Teilnehmer.

Unter der Führung der Schwerindustrie des Ruhrgebiets haben sich, wie der „Sozialdem. Pressedienst“ erfährt, die industriellen Verbände bereit erklärt, jedem Teilnehmer an der am 8. Mai stattfindenden Berliner Stahlhelmtagung fünfzig Mark (50 M.) zukommen zu lassen.

Polizei und Stahlhelmtag.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Im Polizeipräsidentium fand gestern mittag unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten eine Besprechung aller in Frage kommenden Dienststellen des Präsidiums über die für den 7. und 8. Mai zu treffenden Maßnahmen statt.

Das Ergebnis dieser Besprechung ist dahin zusammenzufassen, daß die Polizei, die fest entschlossen ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln das in der Verfassung jedem Staatsbürger gewährte Versammlungsrecht zu schützen, bis ins kleinste hinein alle Vorbereitungen getroffen hat, um einen ruhigen und unge störten Verlauf des Stahlhelmtages sicherzustellen.

Für die Durchführung aller an diesem Tage gestellten Aufgaben steht eine ausreichende Anzahl von Polizeibeamten zur Verfügung und außerdem ist ein enges Zusammenarbeiten zwischen Schutzpolizeibeamten und Kriminalbeamten vorgesehen. Darüber hinaus ist Vorkehrung getroffen, daß für besondere unvorherzusehende Fälle noch starke Reserven vorhanden sind.

Ein Stahlhelm-Dementi.

Die Pressestelle des Stahlhelms bezeichnet die von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Sonderdruckschriften für den Stahlhelmtag als eine grobe Fälschung.

Blutgericht in Peking.

Die Verhafteten aus der Peking- Sowjetbotschaft hingerichtet.

Peking, 28. April. (Reuters.) Der Kommunistenführer Li Tsichao sowie sieben weitere Personen, die bei der Hausdurchsuchung in den Gebäuden der Sowjetbotschaft festgenommen worden waren, sind heute nachmittags hingerichtet worden.

Einer halbamtlichen Mitteilung zufolge hat ein außerordentliches geheimes Gericht während der letzten drei Tage getagt und die des Landesverrats angeklagten Kommunisten zum Tode verurteilt. Bis jetzt sind 20 Kommunisten hingerichtet worden, darunter eine Frau.

Hankauer Tscheta? Der Leiter ermordet?

Kiga, 28. April. (Ill.) Wie aus Kowstau berichtet wird, wurde der aus Hankau in Schanghai infognito eingetroffene Leiter der Tscheta, Mitglied der Hankauer Regierung, Sun-Pai-wang, auf einer der Hauptstraßen des Chinesenviertels angeblich von Anhängern Tschiangkai-scheks ermordet.

Kanton- Billigung für Tschiangkai-schek.

Kanton, 28. April. (Chines. Nachr.-Ag.) Eine von rund 3000 Personen besuchte Versammlung billigte einstimmig die Beschlüsse der Kantonregierung zur Frage der Parteireinigung und erklärte sich mit den Maßnahmen gegen die Kommunisten einverstanden.

Tschiangkai-schek marschiert auf Hankau.

London, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten großen Meldungen aus China lassen eine große Schlacht zwischen Tschiangkai-scheks und den Hankaustruppen in der Nähe von Kiutiang

und auf dem Tangtschu zwischen Hankau und Ranking für die nächsten Tage erwarten. Tschiangkai-scheks erste Armee ist 35 Kilometer von Kiutiang, das von der sechsten Armee der Hankaueregierung verteidigt wird, entfernt. Die Armee der Hankaueregierung in der Provinz Honan soll eine ernste Niederlage erlitten haben und auf dem Rückzuge sein.

Sowjetrussische Arbeiterverfolgung.

Rotangehöriger Zarismus.

Dem „Sozialistischen Boten“ berichtet man aus Nischni-Nowgorod:

In Nischni-Nowgorod wohnten 15 bis 20 ehemalige politische Gefangene, die bereits in verschiedenen „Polit-Isolatoren“, „Konzentrationslagern“ u. ä. ihre „Strafen“ verbüßt haben, darunter drei auf den Solowetski-Inseln. Die örtliche GPU (Tscheta) suchte nach einem Vorwand, um diese gefährliche Gruppe zu zerstreuen.

Ein ehemaliger Verbannter, der Odessaer Arbeiter Genosse Radko, der nach Verbüßung seiner Verbannung „frei“ in Kasan wohnte, kam für einige Tage nach Nischni-Nowgorod und besuchte einen Freund, mit dem er die Verbannung gemeinsam verbüßt hatte. Dies hat genügt, um die Tscheta zu veranlassen, den Zugereisten, seinen Freund und weitere 13 Sozialisten zu verhaften.

Sie wurden beschuldigt, bei der „Flucht eines Verbrechers“ geholfen zu haben. Dabei konnten die meisten den Zugereisten nicht und haben ihn auch nicht gesehen, da er erst am Vorabend nach Nischni-Nowgorod gekommen war.

Nach zwei Monaten wurden alle Verhafteten für drei Jahre in eine neue Verbannung geschickt. Genosse Radko ebenfalls für drei Jahre in den „Polit-Isolator“ (Gefängnis) in Nischni-Ural.

Unter den 14 Verbannten sind die meisten Sozialdemokraten, zwei Sozialrevolutionäre, die übrigen Mitglieder kleinerer sozialistischer Gruppen.

Sammlung aller Republikaner, besonders der erwerbstätigen Schichten, die erbitternden religiös-konfessionellen Gegensätze früherer Zeiten allmählich hätten gegenstandslos werden müssen, indem die Republik allen Konfessionen und Weltanschauungen gleiches Recht und gleiche Freiheit unter ihrem Dach einräumt, werden durch die republikfeindliche Rechtskoalition alte kulturelle Gegensätze wieder neu aufgerissen und vertieft. Für die Weimarer Schlußvereinbarungen im Jahre 1919, in einer Zeit der größten außenpolitischen Notlage der Grundlag: Ueberzeugen können wir uns nicht, vergewaltigen dürfen wir uns nicht, also müssen wir uns dulden. Jetzt, in einer Zeit der außenpolitischen Beruhigung, scheint man nach dem Grundlag handeln zu wollen: „Ueberzeugen können wir uns nicht, zum Dulden haben wir keine Lust mehr, also vergewaltigen wir, solange wir die Macht haben!“

Wer solchen Wind fät, möge sich nicht über den Sturm wundern, den er dereinst ernten wird!

Alldeutsche Solidarität.

Clasch will es plötzlich wieder nicht gewesen sein.

Die Alldeutschen haben auf der Versammlung ihres Hauptvorstandes in Rasten dem Plauener Rechtsanwalt Müller, dem Beisitzer Strefemanns, ihre Anerkennung ausgesprochen. Man las darüber in der „Deutschen Zeitung“:

„Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung und erbat dem Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, Rechtsanwalt Dr. Artur Müller aus Plauen, besonderen Gruß, indem er sich unter lebhaftester Zustimmung des Austrags entließte, den der Ausschuss ihm erteilt hat, Dr. Müller den Dank des Alldeutschen Verbandes für seinen Kampf um die Reinheit und Reinigung des öffentlichen Lebens auszusprechen.“

Erste Phase: Solidarität der Alldeutschen mit Rechtsanwalt Müller.

Darauf schlug die „Nationalliberale Korrespondenz“ Lärm und behauptete, Clasch, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, stehe hinter Müller.

Heute liest man in der „Deutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Die Alldeutschen und Strefemann“:

„Wir sind in der Lage festzustellen, daß die Behauptung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ der Wahrheit widerspricht, da weder Justizrat Clasch, noch der Alldeutsche Verband Herrn Rechtsanwalt Dr. Artur Müller zu seinem Kampfe gegen Herrn Strefemann veranlaßt haben; ebensowenig haben sie bei der Beschaffung der Akten mitgewirkt, die im Plauener Prozeß eine so große Rolle gespielt haben. Justizrat Clasch wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Berichtigung zugehen lassen, sobald er den Wortlaut ihrer wahrheitswidrigen Ausführungen vorliegen hat.“

Zweite Phase: Die Alldeutschen schwächen ihre Solidarität mit Rechtsanwalt Müller ab.

Wenn man das Vorgehen Müllers für sittlich recht hält, wann man ihm Dank und Anerkennung ausspricht, warum der Eifer, sich hinterher zu distanzieren? Man wird doch nicht erzählen, es sei Bescheidenheit, die Herrn Clasch und den Alldeutschen Verband zu so auffälligem Berichtigungseifer veranlaßt? Zu einer öffentlichen Erklärung, die so gehalten ist, als ob es sich um ein Abridgen von einer faulen Sache handle?

Gestern Dank und Anerkennung, heute Distanzierung. Alldeutsche Treue!

Um die Studentenschaft.

Wann wird mit dem völkischen Sumpf ausgeräumt?

Der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat seine neue Affäre. Da rührt man die Trommel für eine Gefallenen-Gedenk-Stiftung. Circa 37 000 M. gehen ein. Aber die Herren vom völkischen Vorstand denken gar nicht daran, die eingehenden Gelder ihrem vorgesehnen Zweck zuzuführen. Bewahre. Die netten Sinnen gehen in die gemeinsame Kasse des Vorstandes, die schon einmal Gegenstand eines peinlichen Unterschlagungsprozesses war. Damals versuchte der erlauchte Vorstand die Schuld auf einige Lotteribuben abzuwälzen. Aber siehe da: die Lotteribuben verschwanden, die Lotteriwirtschaft blieb.

Bleib, wie die Unschuldenszene der gekränkten Ehrenmänner. Als vor einiger Zeit die Presse mit dem Finger auf den neuen Skandal zeigte, erfolgte ein entrüstetes Dementi. Die republikanische Presse, die sich alle Nase lang mit völkischen Verleumdern herumschlagen muß, schwing daraufhin. Die völkischen Herren heben die Fäustel, die ihnen republikanischer Anstand ließ, nicht ungenutzt. Wertpapiere, Guthaben, Postcheckkonten und Scheckanweisungen des Deutschen Hochschulrings wurden zusammengetroht, um den Skandal zu vertuschen. Es half alles nichts. Eine Untersuchung durch die Kriminalpolizei ergab,

daß ein Sonderkonto für die Gefallenen-Gedenk-Stiftung, wie es der Ordnung entsprechen hätte, nicht eingerichtet worden war. Der preußische Unterrichtsminister mußte es infolgedessen ablehnen. Die Verantwortung für die Erhebung von Zwangsbeiträgen zugunsten der Stiftung zu übernehmen.

Der Fall ist klar. Nach dem Unterschlagungsfall hatte der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft allen Anlaß, in der Kassenführung peinliche Sorgfalt walten zu lassen. Um so mehr, als er sich in seinem antisemitischen Feldzug als den Vorkämpfer für roffereines Deutschtum auführte. Er hat das nicht getan. Er hat sich trotz des noch nicht verjährten Skandals Nachschüssen zuschauen lassen, die mit einer sauberen Geschäftsführung nicht zu vereinbaren sind. Er hat dadurch, wie der Entschluß des Kultusministers zeigt, die Deutsche Studentenschaft finanziell empfindlich geschädigt. Er hat nach der zerrüttenden und irrsinnigen Verfassungstamponage gegen den Kultusminister nun auch noch den moralischen Kredit der Deutschen Studentenschaft vernichtet. Eine Körperschaft, die unter einer derartigen Führung steht, ist nicht mehr kreditfähig.

Der Fall ist klar. Der jetzige Vorstand der Deutschen Studentenschaft muß verschwinden. Hätte er ein fünftes Ehrgefühl, ein Mindestmaß von Verantwortungsgefühl im Leibe, würde er nach dieser Affäre von selbst zurücktreten. Was geschieht statt dessen? Der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft sucht einen Schutzschild und findet einen solchen wahrhaftig im Deutschen Hochschulring. Wenn der Deutsche Hochschulring so großmütig war, am Vorlage der Untersuchung das letzte Wort in der — sagen wir einmal nicht ordnungsgemäß seinem Zweck zugeführten Summe zu stoppen, gut, man wolle die Deutsche Studentenschaft und ihren völkischen Vorstand vor dem Verdacht einer neuen Unterschlagungsaffäre bewahren. Ehrenhaft. Nichts dagegen einzumenden. Aber dann — zum Teufel noch mal, mußte man den Brüdern die Faust unter die Nase halten: Schluß endlich, verschwindet! Statt dessen Deckungsversuch in der „Deutschen Zeitung“, dem Blatt Claschscher Wohlstandigkeit: Neue Sinfische gegen die Studenten, Verleumdung, der Kultusminister hat festgestellt, daß alles in bester Ordnung ist! Lüge statt Reinigung.

Und die Studenten, die von ihrem Vorstand auf den Hund gebrachte Deutsche Studentenschaft? Ja, das ist das Grausamste an dieser Geschichte. Schweigen. Nichts rührt sich. Ist man etwa einverstanden mit dieser Vorkammerwirtschaft oder findet sich kein Mutiger, der es wagt, mit den Herren deutsch zu sprechen, weiß sie sich eine völkisch-antisemitische Maske vorgerispielt haben? Deutsche Studentenschaft!

Keine Luftflotte des Völkerbundes.

Sondern nur Sonderabzeichen für Diplomatenflugzeuge.

Genf, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Luftfahrerverkehrskonferenz in Genf hat eine Anregung des Verkehrs Ausschusses des Völkerbundesrat gemäß beschlossen, daß Flugzeuge, die sich in dringenden Völkerbundsangelegenheiten nach Genf begeben (beispielsweise bei eiliger Einberufung des Völkerbundsrates in Konfliktfällen), als besonderes Zeichen einen schwarzen Streifen durch die Landeszeichen führen werden. Die weitergehende Nachricht der „Morning Post“, wonach der Völkerbund sich eine eigene Luftflotte anschaffe, entbehrt jeder Grundlage.

Aus dem Verleumdungssumpf.

2000 Mark Geldstrafe für einen deutschnationalen Parteibeamten.

Hildesheim, 28. April. (Ill.) Vor dem hiesigen Schöffengericht kam heute ein Verleumdungsprozeß des Oberbürgermeisters a. D. Beinert-Hannover gegen den deutschnationalen Parteigefährtensträger Mohrenwieser zur Verhandlung. Mohrenwieser jagte in seiner Vernehmung, Beinert habe für die

Verhöhnung städtischer Werte 100 000 M. vom Rheinisch-Konzern erhalten. Er berief sich auf die Reichstagsabgeordneten Logemann und Kay als Zeugen. Der letztere habe ein Schreiben des Rheinisch-Konzerns in Händen, aus dem hervorgehe, daß Beinert das Geld erhalten habe. Das Gericht lehnte einen Antrag auf Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Kay ab und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 2000 M. oder für je 20 M. einen Tag Gefängnis.

Das Recht der Sozialrentner.

Ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers.

In der Absicht die Gefahr zu beseitigen, daß bedürftige Invalidenrentner, die bei der Rentenzahlung am 1. Juli die erhöhte Invalidenrente erhalten, eine Kürzung der Fürsorgeernte um denselben erhöhten Betrag erdulden müssen, ist, wie wir erfahren, vom Reichsarbeitsministerium ein Rundschreiben an die Länder hinausgegangen, in dem ausdrücklich darauf gewarnt wird, daß die Fürsorgeunterstützung schematisch um die Erhöhung der Invalidenrente gekürzt wird. Eine solche Kürzung war nicht die Absicht des Gesetzgebers und sie entspricht nicht dem Sinn und dem Recht der Fürsorgepflichtverordnung. Es ist absolut nicht angängig, daß die Länder aus der Erhöhung der Invalidenrente jetzt Vorteile für sich herauschlagen.

Hoffentlich genügt das Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums, um von vornherein läßt Praktiken gegenüber hilfsbedürftigen Invalidenrentnern unmöglich zu machen.

Der Haushaltsplan für München.

Eine 68-Millionen-Anleihe.

München, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Der am Donnerstag vorgelegte Haushaltsplan der Stadt München ist mit rund 360 Millionen Mark ausbalanciert. Dazu kommt für das laufende Jahr ein Anleihenbedarf von 68 Millionen Mark, die im wesentlichen für die Erneuerung und den Ausbau der städtischen Betriebsbetriebe (Straßenbahn, Elektrizität, Gaswerke) verwendet werden. Unter den Ausgaben interessieren 4,8 Millionen für den Wohnungsbau, 2,5 Millionen für den Neubau eines Posthauses, 1 Million Zuschuß für den Bibliotheksneubau des Deutschen Museums und 1 Million für den neuen Flughafen und 650 000 Mark Zuschuß für die Aktiengesellschaft, die den Tierpark wieder errichtet.

Die sozialdemokratische Stadtfraktion lehnt den Haushalt ab, weil die bürgerliche Mehrheit (Deutschnationalen und Bayerische Volkspartei) ihre fortwährende Defizitwirtschaft im wesentlichen durch die Erhöhung gerade derjenigen Gebühren auszugleichen versucht, die die minderbemittelten Bevölkerungsschichten am schwersten treffen.

Die Mussfaschisten muken auf.

Im römischen Presseverein.

London, 28. April. (A.D.) Wie der „Times“ aus Rom gemeldet wird, sind innerhalb des faschistischen Syndikats der Journalisten heftige Differenzen entstanden im Anschluß an eine Rundgebung, zu der Inzerlandi, der Herausgeber des faschistischen „U Levere“ und Präsident der römischen Sektion des Journalisten-Syndikats, sämtliche Mitglieder dieses Syndikats einlud. Als nur 50 von 350 Mitgliedern der Unterordnung Unterandis Folge leisteten, forderte er die übrigen 300 auf, über ihr Verbleiben nachzudenken zu geben. Im Anschluß daran veröffentlichte der Herausgeber des „Ampero“, Sottimelli, einen geharnischten Artikel gegen Inzerlandis Aktion. Auf diesen Artikel hin hat Inzerlandi den unverzüglichen Ausschluß Sottimellis aus dem Berufsverband angeordnet. Die Pressefehde zwischen beiden nimmt ihren Fortgang, wobei Sottimelli durch zahlreiche Austrittserklärungen bisheriger Mitglieder des faschistischen Syndikats der Journalisten unterstützt wird.

Heulende Derwische.

Von Hermann Hieber.

Unsere mimosenhaft empfindsamen deutschnationalen Zeitgenossen fähren sich wieder einmal auf den Schlips getreten. Im Landtag haben sie sich durch eine Dame beschweren lassen, in Potsdam haben sich die „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ zu einer Protestkundgebung entschlossen, im „Lokal-Anzeiger“ wimmert Herr Ludwig Siernau: „Allenhalben sind Hände am Werke, Erinnerungen zu stiften, die Unzähligen teuerster Herzensbezug sind...“

Und warum diese Wechsellager? Wegen „umfangreicher Veränderungen“, die die preußliche Kronausverwaltung im Park von Sanssouci vornimmt. „Unter anderem sollen die beiden Standbilder Friedrichs des Großen abgetragen und an Plätze versetzt werden, die außerhalb der eigentlichen Parkschöpfungen des Königs liegen. Ohne Rücksicht auf die erheblichen Kosten sind die Arbeiten bereits im Gange. Wir unterzeichneten Einwohner Potsdams empfinden diese durch nichts gerechtfertigte Maßnahme als einen Eingriff... als eine bewußte Herausforderung... fordern Einstellung der Arbeiten und Wiederherstellung der Denkmäler in ihrer alten Form.“ Wodurch die „erheblichen Kosten“ noch erheblicher und zu dem nutzlos zum Heister herausgeworfen wären. Die Sorge für das Volkswohlwogen klingt besonders glaubhaft bei den Potsdamern, die ihren Hohenzollern gar nicht genug Millionen zuschützen können. Und wie steht's mit dem „Eingriff“ und der „Herausforderung“?

Die Kronausverwaltung im Dienste des Finanzministeriums versucht seit Jahren, die Schlösser Friedrichs II. im Park von Sanssouci in ihrer ursprünglichen Form wiederherzustellen. Sie betrachtet das, seitdem diese Werke in Staatsbesitz übergegangen sind, als ihre kulturelle Pflicht und wird darin gerade von dem „denkenden Volksteil“, den der „Lokal-Anzeiger“ gern unter seinen Lesern entdecken möchte, lebhaft unterstützt. Wenn dieser pietätvolle Volksteil, der den Behörden in den Arm fällt, wirklich denken könnte, dann müßte ihm die Erkenntnis aufdämmern, daß an der ungeheuer mühsamen und allerdings kostspieligen Arbeit des Finanzministeriums die Nachfolger des Bauherrn von Sanssouci schuld sind, die das kostbare Vermächtnis in einer geradezu schamlosen Art verwaltet haben.

Eine kleine Uebersicht mag dies erweisen. Friedrich Wilhelm II. ließ, kaum daß sein Oheim die Augen geschlossen hatte, das Sterbezimmer herausreißen und in klassizistischem Stil umbauen. Die wundervollen Kolonnaden von Anselm von Knobelsdorff, Friedrichs Weisterrarchitekten, die die lange Allee zwischen Sanssouci und Neuen Palais unterdrachen, ließ er wie altes wertloses Gerümpel abbrechen. Friedrich Wilhelm III., der das Barocktheater im Stadtschloß zerstört hat, kümmernte sich nicht um Sanssouci. Um so mehr taugen seine Söhne und sein Urenkel. In den vierziger Jahren ließ Friedrich Wilhelm IV., wie sein Vetterverwandter Ludwig II. von Bayern vom Bauhofler befehlen, Schloss Sanssouci und Umgebung radikal verändern. Ausgerechnet der Sommerhof des Alten Frhen bekam einen „Damenkloster“ in Wiedermeierstil, die neuen Kammern wurden verändert, die oberste Terrasse mit Marmorbalustraden und Bänken beladen, die zu der schlichten Weinstube aus dem 18. Jahrhundert pöhlten wie eine brutale Faust auf ein schönes Auge, und zu Füßen

der Terrasse mußte eine große Fontäne angelegt werden mit Rundbänken darum, trotzdem schon marmorne Figurengruppen aus dem 18. Jahrhundert den Rundplatz genügend markierten. Zu allem Ueberflus ist in die Allee, die von der Hofgärtnerwohnung her kommt, eine riesige Marmorvase gepflanzt worden, die „Drach-Vase“ mit dem Sockelrelief vom Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Berliner Tiergarten, einem stillen Monument aus dem Jahre 1856. Und als hätte man es darauf angelegt, die beherrschende Wirkung des Terrassenbauwerkes um jeden Preis zu vernichten, setzte Wilhelm I. mitten davor im Jahre 1865 eine Marmorvase von Kauchs Friedrich-Denkmal unter den Linden. Abgesehen davon, daß einem diese Figur den Blick versperrt, ist sie als verkehrte Liebertragung einer Bronzefigur in ein fremdes Material — aus technischen Gründen müßte man den Bierbehauch noch extra fügen — eine Geschmacksbarbarei schlimmster Art. Und damit Blick im Keigen der Balthorne nicht fehle, hat das Sterbezimmer Friedrichs einen Marmorloß von Harro Wagner bekommen, der den sterbenden Fridericus vorstellt, und vor die Reptungrotte wurde nach berühmtem Vorbild, um zu verhindern, daß man das architektonische Werk für sich genieße, der jugendliche Fridericus von einem anderen Sesselsofae-Besitzeranten, von Nag Uphues, gepflanzt.

Der sterbende Fridericus ist entfernt. Nun soll all der übrige Marmorballast folgen, damit Anselms Schöpfung wieder für sich selber sprechen kann. Die Friedrich-Figuren, Rundbänke, die Drach-Vase sollen verschwinden. Anstatt daß nun die Berührer des „Großen Friedrich“ sich über diese heilsame Reinigung und die Wiederherstellung seiner Schöpfung freuen, erheben sie ein Jetergeschrei. Man erkennt daran, was ihnen an Kulturwerten der fridericianischen Zeit liegt. Der Banbalsamum und die Uabildung ihrer geliebten Hohenzollern wird in Sanssouci stillschweigend torrigiert. Das können Lakaienleuten nicht vermindern.

Der Mensch und der Paragraph.

Die nachfolgenden beiden kleinen Geschichten stellen eine vorzügliche Uebersetzung aus der „Revue“ Branda dar. Sie enthalten alle wesentlichen und haben so einwandfreie Kulturkritik, daß jeder Kommentator überflüssig erscheint.

In diesen Tagen war ich in einer Moskauer Apotheke Augst der folgenden Szene: Gegen Abend wurde in die Apotheke ein Mann mit einem verrenkten oder gedrückten Bein hereingebracht; er war bleich, stöhnte und ließ sich kräftig, fast ohnmächtig, auf die Chaiselongue in der Ecke nieder. Der Arzt schnitt den Stiefel auf dem verletzten Fuße auf, holte Verbandstoff und ein Fläschchen aus der Handtasche hervor; der Feldscher oder Sanitäter, der zusammen mit ihm hereinkam, war, zog aus einer Tasche ein Blatt Papier und einen Bleistift. Er tat das schnell und besorg, mit der Miene eines Menschen, der die Hauptrolle bei einer Sache spielt. Der Arzt bestrich den Fuß mit Salbe und ließ an einen Verband anzulegen. Der Mensch stöhnte gequält und biß sich die Lippen blutig. Der Sanitäter aber stand da mit dem Papier, schrie dem Kranken ins Ohr und leckte den Bleistift an.

„Hallo, Bürger! Ihr Familienname? Ihr Alter? Ihre soziale Abstammung? Ihr Beruf?“

„Dachdoker,“ kam es stöhnend aus dem Munde des Verunglückten, während er krampfhaft mit den Fingern im Dloan wühlte.

„Dach... o Gott!“

„Wo arbeiten Sie? Ihre Anstellung? Die Nummer Ihres Verbandsbuches? Hallo, hören Sie?“

Dem Kranken wurde übel. Man ließ ihn in ein Fläschchen rücken. Der Sanitäter deutete sich erwartend über ihn und hielt den Bleistift wieder bereit. Kaum hatte der Kranke die Augen geöffnet und wieder gestöhnt, da schrie der Sanitäter abermals: „Sind Sie verheiratet? Das wievielte Mal erleiden Sie einen Unfall? Hallo!“

Ich dachte, daß er jetzt unbedingt fragen werde, was dieser Mensch vor der Februarrevolution getrieben habe; ob er seinen Rang in der alten Armee hatte, und was für stützliche Anzeichen seine Großmutter vertrat in der Zeit, als Dschafski und die Krim erobert wurden. Ich dachte weiter, selbst wenn man einen sterbenden Menschen halten, ihm sogar Komplex einprägen möchte, werde man erschrecken, ob er nie vorbestraft gewesen ist und was für Immobilien er besitzt, was seine Frau, die Eltern und die Verwandten bis zur dritten Generation besitzen. Das eine steht fest, daß man ihm nicht eher zu sterben gestatten wird, bevor nicht alle Rubriken der Enquete ausgefüllt worden sind. Wenn er ganz zuletzt seinen Geist aufgibt, erstreckt die Augen schließen wird, dann wird man ihn nach fragen, des wievielten Mal ihm „dieses“ passiert sei. „Sind Sie schon einmal früher gestorben, und wenn nicht, weshalb?“ So ist die Macht des Papierchens. Wäre es möglich, daß ein Mensch stirbe, ohne die Spuren von Fragebogen und Paragraphen zu hinterlassen?!

Im Gouvernement Wolodga, im Dörchen Bogislawa, hatte sich ein zweijähriges Mädchen mit einem Span in Auge gestochen. Das Auge schwoll sofort an, trönte und begann auszufließen. Das Kind wurde ins Krankenhaus gebracht, das sich im Dorfe Orjajowoz, zwoing Werk vom Heimatsort entfernt, befand. Der Arzt untersuchte es in der Ambulanz, wusch und verband das Auge und sagte, daß das Kind dringend eine sofortige Operation benötigte und deshalb gleich in der Klinik belassen werden möchte. Es stellte sich aber heraus, daß das Kind nur dann ins Krankenhaus aufgenommen werden könnte, wenn man erkens die Bescheinigung bräute, daß es tatsächlich aus einer Bauernfamilie stamme, und zweitens die Bestätigung dafür, daß die Steuern für diesen Bauernhof bezahlt worden seien. Die vor Aufregung halb verrückt gewordene Mutter ließ in der Kanzlei von einem Registrator zum anderen, schwer bei allen Heiligen, daß die Steuer ihres Gehöfes schon vor Belohnung bezahlt worden wäre, und hat, daß man doch auf ihre verarbeiteten Hände schauen möchte, um zu erkennen, daß sie wirklich eine Bäuerin und keine Gutsbesitzerin oder Generalsfrau wäre. Sie meinte, dröhle und flehte abwechselnd und war bereit, jeden, der ihrem Kinde das Augenlicht retten würde, auf den Knien darum zu bitten.

Imsonst war ihr stehen. Geben Sie das Papier! Sie nahm das Kind und ging wieder zwanzig Werst zurück ins Dörchen, um die Bescheinigungen zu holen. Im Dorfe bekam sie die Bescheinigung, aber darauf stand: „Ohne Stempel nicht gültig.“ Nach dem Stempel mußte ins Kammittee der Dörfer gefahren werden. Der Vorsitzende war mit dem Papiere verweilt, und man mußte warten,

Auf den Toteninseln.

Ein Brief aus der Deportationshölle.

Aus Mailand berichtet man uns:

Ein Brief, der auf geheimen Wegen in Freundschaft gelangt ist, lehrt uns das martervolle Dasein der politischen Verbannten auf der Deportationsinsel Ustica kennen. Der Brief lautet:

Isola Ustica, im April 1927.

Mein Lieber! Herzlichen Dank für Deinen Kartengruß, den ich mit großer Freude als Zeichen der Anhänglichkeit und des Bedenkens erhalten habe. Eine Stimme, ein Gruß aus der Ferne ist ein heller Lichtstrahl in die Finsternis des Lebens, das zu führen wir hier gezwungen sind. Mit mir zusammen haufen hier der frühere Abgeordnete Conca aus Verona, sein Kollege Romita aus Turin, Florio aus Mailand und mehrere Kommunisten, Anarchisten und Republikaner. Ustica ist eine kleine, im Mittelmeer verlorene Klippe vulkanischen Ursprungs. Wir sind 1000 Bewohner, 600 wegen gemeinsamer Verbrechen Deportierte (eine Sammlung von Uebelthätern jeder Art), 60 schiffsärztliche Militärsoldaten, 40 Carabinieri, etwa 30 Wächter und Beamte und ungefähr 40 Araber, ebenfalls politische Verbannte, da sie sich gegen die italienische Fremdherrschaft in ihrer afrikanischen Heimat auflehnt haben. Es fehlt alles: Elektrisches Licht, Trinkwasser, und wenn der Dampf wegen der vielen Stürme nicht herankommen kann, sind wir sogar von dem allernotwendigsten Bedarf entblößt, der auch noch sehr teuer bezahlt werden muß. Die Regierung gibt uns täglich 10 Lire, die aber bei weitem nicht ausreichen, um Essen, die Wohnung bezahlen und sich sauber halten zu können. Noch tragen wir unsere Zivilkleider, aber bald, wenn sie abgenutzt sein werden, werden wir gezwungen sein, Sträflingskleider anzuziehen. Trotz alledem geht meine Gemütsverfassung hoch wie der Himalaya und meine Hoffnung wie der Montblanc. Schreibe mir öfter und denke daran, daß örtliche Fenster besteht und noch eine andere, die die Briefmarken Deiner Karte abgerissen hat, um zu schmücken, ob Du unter ihnen nicht einige Pläne irgendwelcher Art aufgezeichnet hast.

Die in München von „Freunden der Förderung gemeinsamer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und Italien“ herausgegebene „Nord-Süd-Korrespondenz“ mit noch näher bezeichnendem Untertitel „Admischer Depeschendienst“ beklagt sich in ihrer Nr. 16 vom 8. d. M. bitter darüber, daß man im antisozialistischen Lager kein Verständnis für ihre edle Aufgabe aufzubringen vermöge und verpricht, auch „ehrliehen Gegnern des Faschismus ihre Spalten gern zur Verfügung zu stellen“. Dieser Brief eines Unglücklichen, dessen „Verbrechen“ darin bestanden hat, seiner politischen Überzeugung treu zu bleiben und sich gegen jede Tyrannisierung seiner Volksgenossen durch die brutale Minderheit zu erklären, bietet der „Nord-Süd-Korrespondenz“ und ihrem verantwortlichen Redakteur Dr. Friedrich Wöhl die gewünschte Gelegenheit, einen ehrlichen Gegner des Faschismus zu Worte kommen zu lassen. Wir geben ihr den Abdruck des Briefes frei.

Der britische Gewerkschaftskampf.

Auch die Industrielle Allianz gegen die Bill.

London, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände über den Kampf gegen das Gewerkschaftsgesetz wird am Freitag zusammenzutreten. Dieser Konferenz werden 86 Distrikonferenzen folgen, um das Vorgehen in den einzelnen Bezirken zu organisieren. Das Gewerkschaftsvereidigungskomitee hat beschlossen, für die Dauer des Kampfes gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz die Wochenzeitschrift „The British Worker“ herauszubringen; so hat auch die während des Generalstreiks erschienene Arbeiterzeitung geheißen.

Der Generalrat der Industriellen Allianz, eine aus Arbeitern und Unternehmern bestehende Organisation hat den Ministerpräsidenten aufgefordert, das Anti-Gewerkschaftsgesetz zurückzuziehen.

bis er wiederkehrte. Dann konnte nicht gleich ein anderes Gelpenn aufgetrieben werden, das das müde Pferdchen ablöste. Unterdessen wurde es Nacht. Am folgenden Morgen war das Auge des Kindes ausgelaufen. Keine Bescheinigung konnte den Krüppel in einen gesunden Menschen verwandeln.

Das ist die grausige, erschütternde, grenzenlose Macht des Paragraphen. Es ist noch gut, daß nur ein Auge ausgelaufen war. Der Mensch konnte überhaupt überleben oder vielleicht sogar sterben, nur weil ihm das Papierchen fehlte, oder weil die Nummer und der Stempel auf der falschen Seite des Papiers stand. Es ist grauenvoll! Was ist der Mensch? Der Paragraph ist die Hauptsache! Der Paragraph muß ausgeführt werden.

Jetzt folgendes: Der Paragraph ist lustigerecht ausgeführt, aber der Mensch, der lebendige Mensch ist nicht mehr da. Was ist teurer?

Neue Wandertheater des Volksbühnenverbandes. Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine wird im laufenden Jahr neue verbandseigene Wanderbühnen übernehmen, und zwar eine für Ostpreußen und wahrscheinlich eine weitere für Hannover. Aus dem Frankfurter Künstlertheater scheiden der bisher beteiligte Bühnenvereine aus, so daß dieses für Baden, Hessen und die Rheinprovinz maßgebende Wandertheater nur noch vom Verband der deutschen Volksbühnenvereine in Gemeinschaft mit dem Rheinprovinzischen Verband für Volksbühnen geführt werden wird. Des weiteren verfügt der Volksbühnenverband bekanntlich über das Deutsche Landesbühnen für Brandenburg und Pommern, das Schlesische Landesbühnen in Schlesien und das Mitteldeutsche Landesbühnen für Sachsen-Anhalt.

Paris verlangt seine Luft. Der Pariser Polizeipräsident hat eine besondere Kommission eingesetzt, an deren Spitze Prof. Henriot steht, die die besondere Aufgabe hat, die Pariser Luft von dem Gasdunst der Automobile und dem Rauch der Fabriken zu reinigen. Es sind bereits verschiedene Projekte vorgelegt, darunter eines, das durch künstliche Ozonisierung die schädlichen Schwefelverbindungen in der Luft auscheiden soll.

Freie Sozialistische Hochschule. Der nächste und letzte Vortrag in diesem Semester findet am Donnerstag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des ehemaligen Perlenbades, Leipziger Straße 3, statt. Gastvortrag Dr. Brechtels, Dr. H. H., Vortrag über das Thema: „Sozialistische Kulturpolitik“. Karten zum Preis von 20 Bl. sind ab sofortigen Tages zu haben: Bureau des Bezirksbühnenvereins, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8. — Buchhandlung A. O. H. Fleck, Raab, Lindenstraße 2. — Verband der grandischen Hilfsvereine, Ritterstraße, Ecke Lindenstraße. — Büchergeschäft Dörsch, Angerstraße 24/25, Gewerkschaftsbau. — Tabakvertrieb, Angerstraße 6. — Verkauf des Verbandes der deutschen Buchhändler, Dreieckstraße 6. — Verkauf der „Wächterzeitschrift“, Waldemarstraße 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 24/25, Gewerkschaftsbau. — sowie in allen „Vormittag“-Editionen.

In den Kammerzimmern findet ab Montag, den 2. Mai, bis einschließlich Montag, den 9. Mai, ein achtstündiges Spiel statt. Zur Aufhebung gelangt: „Revue zu Sieren“, Komödie in fünf Akten von Klaus Mann. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Klaus Mann, Etika Mann, Camilla Wedelind und Gustav Freund. Bühnenbilder: Elsa Starobin.

Der Beheimbund Chamberlain-Mussolini und die Komödie britischer „Demarche“ in Rom.

Paris, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Hier erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß bei der vorjährigen Zusammenkunft in Livorno Chamberlain und Mussolini weitgehende Abmachungen über verschiedene internationale Fragen, die beide Länder besonders auch Frankreich betreffen, getroffen haben. Darauf sei, so wird behauptet, die bemerkte Untätigkeit der englischen Diplomatie und die gewiß beabsichtigte Unwirksamkeit ihres „Eingreifens“ in Rom im jugoslawisch-italienischen Konflikt zurückzuführen.

Italien meldet Aufrüstung in Montenegro.

Paris, 28. April. (T.M.) Das Pariser Spätabendblatt „La Presse“ gibt unter Vorbehalt eine Meldung aus Tirana (!) wieder, wonach nach Meldungen von der Grenze in Montenegro soeben ein sehr bedeutender Aufrüstung ausgebrochen sei. Die jugoslawischen Truppen sollen unter Führung früherer montenegrinischer Offiziere an mehreren Stellen die ihnen entgegengeschickten serbischen Truppen geschlagen haben. Ein nationales Komitee soll einen Appell an den Völkerbund gerichtet haben, in dem erklärt werde, daß die Friedenskonferenz niemals die gewaltsame Annexion gewollt habe, die von dem serbischen Heere angewandt worden sei. Albanische Truppen sollen die Grenze überwachen, um jede Abzweigung zu verhindern, die die Neutralität Albanens zu verletzen suche.

Deutsch-südslawischer Freundschaftsvertrag.

Der „Soz. Pressedienst“ erzählt, daß der jugoslawische Gesandte in Berlin, Professor Salugschitsch, in der kommenden Woche dem Reichsaussenminister den Abschluß eines Freundschafts- und Schiedsvertrages mit Deutschland vorzuschlagen wird. Es soll sich nach den Wünschen der jugoslawischen Regierung dabei um einen ähnlichen Vertrag handeln, wie ihn Deutschland kürzlich mit Italien abgeschlossen hat. Es gilt als selbstverständlich, daß die Reichsregierung auf ein derartiges Angebot eingeht.

Pariser Polizei-Mai.

Nur die Schutzleute dürfen demonstrieren.

Paris, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Innenminister Sarraut hat sämtlichen Präfekten ein Zirkular zugehen lassen, in dem ersucht wird, in allen Bezirken am 1. Mai gegen jede kommunistische Propaganda und kommunistische Manifestation mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen und sie zu unterdrücken.

Privatwirtschaft gegen Gemeinwirtschaft

Eine Berliner Erinnerung zum Kampf um die Gasfernversorgung.

Der Kampf der privaten Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft, insbesondere die der Gemeinden, ist diese Jahrzehnte alt und entstand, als unter dem Druck sozialdemokratischer Gemeindevorsteher hier und da eine Gemeinde sich anschickte, im Interesse ihrer Bewohner den „gemeinnützigen“ Bedarf auch auf solchen Gebieten zu decken, die wie Wasser, Gas, Elektrizitätswerte und Verkehrsunternehmungen mit Aussicht auf Gewinn betrieben werden können. Logisch ist die gemeindliche Regie auf solchen Gebieten, die, wie Kanalisationswerke mit anschließenden landwirtschaftlichen Betrieben u. a., die für das Leben der Gemeinde zwar die gleiche Bedeutung haben und schwieriger zu leiten sind als die genannten, bei denen aber wenig oder gar kein Gewinn zu erwarten ist, von der privaten Wirtschaft niemals bestritten worden.

Der beste und sicherste Bundesgenosse der Privatwirtschaft in ihrem Kampf gegen jede Erweiterung der gemeindlichen Betätigung war in der Zeit vor dem Kriege in den preußischen Gemeinden das Dreiklassenwahlrecht, das unbedingte Gewähre für rein privatwirtschaftlich eingestellte Majoritäten in den Gemeindevertretungen bot. Immerhin, die sozialdemokratische Propaganda für die gemeindliche Regie, vor allem bei den großen Monopolbetrieben, hatte eine solche Durchschlagskraft, daß die öffentliche Meinung und vielfach auch die Magistratsmitglieder durch ihre Amt und ihre Tätigkeit privatwirtschaftlichen Forderungen vorurteilsfreier gegenüberstanden, sich mit unseren Auffassungen zu befreunden angingen. Mehr und mehr kam in den letzten Jahren vor dem Kriege, gefördert durch das kräftig pulsierende, aufwärtsstrebende Wirtschaftsleben Deutschlands, in die Gemeinden ein früherer Zug. Der Kreis der gemeindlichen Betätigung erweiterte sich nach den Anträgen der Sozialdemokratie, wenn auch häufig unter schweren Reibungen und Schwierigkeiten. Selbst Berlin, wo die sozialdemokratische Wählerorganisation wegen der kommunalen Zerstückelung, der Herrschaft des engstirnigen Kommunalliberalismus und der Feindschaft der preußischen Staatsbehörden schwieriger war als irgendwoanders, konnte sich der neuen Strömung nicht ganz entziehen. Der Krieg griff wie überall auch in diese gemeindliche Aufwärtsbewegung mit rauher Hand ein, bewirkte eine vollkommene Umwälzung aller städtischen Arbeit und führte vor den Gemeinden Schwierigkeiten auf, die anzufassen sie bis dahin fast ausnahmslos abgesehen hatten.

Solche Schwierigkeiten ergaben sich u. a. auch bei der Gasversorgung infolge der durch den Krieg bedingten ungeheuren Verteuerung und Knappheit guter Kohle, der Unmöglichkeit, wie bisher englische Kohle zu beziehen, und der Abhängigkeit der Wähler von den Diktatoren des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats. Die Berliner Verhältnisse in den Kriegsjahren ähnelten — durch den Krieg verstärkt — in mancher Beziehung denen, in denen sich heute rheinische Gemeinden befinden, deren Kampf gegen die Monopolschicht des Syndikats in diesen Spalten wiederholt geschildert worden ist.

Die Berliner Sozialdemokratie darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, damals schon mit ganzer Kraft Pläne betrieben und durchgeführt zu haben, deren Verwirklichung heute unter sehr viel einfacheren Verhältnissen den Gemeinden Köln und Frankfurt als Maßstab angeordnet wird. Der verlorene frühere Direktor der Berliner Gaswerke Schimming, ein weißhäutiger, kluger Mann, entwickelte im dritten Jahre des Krieges in der Gasdeputation seinen Plan, im Interesse der Verbilligung der Gasherzeugung die Betriebsform der Berliner Gaswerke zu ändern und von dem gewöhnlichen Gasanstaltsbetrieb auf den Kokereibetrieb überzugehen. Solche Umgestaltung des technischen Betriebes der Gaswerke sei aber nur zu empfehlen.

wenn die Stadt sich durch Ankauf von Steuben und Isbern die für diesen Betrieb notwendigen Kohlen auf lange Zeit gesichert habe.

Der kühne, weitwäuhende Plan rief bei den bürgerlichen Stadtverordneten der Deputation zuerst geradezu Entsetzen hervor. Aber

In Paris selbst hat der Polizeipräsident sämtliche öffentlichen Umzüge verboten. Der Polizei sind ferner außerordentliche Weisungen erteilt worden gegen den Vertrieb von kommunistischen Broschüren und antimilitaristischen Aufrufen.

Neue Todesurteile in Litauen.

Wegen Vorbereitung eines Militäraufstandes.

Kowno, 28. April. (T.M.) Nach einer Meldung der „Litauischen Rundschau“ verurteilte das Kriegsgericht den Sejmabg. Dr. Josef Pajausis, den Oberleutnant Erich Tornau und den Sergeanten Schemaitis wegen Vorbereitung eines militärischen Aufstandes zum Tode durch Erschießen. Von den weiteren 19 Angeklagten wurde ein Sergeant zu 12 Jahren, ein Feldwebel und ein Schreiber zu je 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sämtliche militärischen Angeklagten wurden degradiert und aus dem Heere ausgeschlossen. Pajausis, Tornau und Schemaitis haben an den Senatspräsidenten ein Gnadengesuch gerichtet, dem, wie das Blatt wissen will, mit ziemlicher Sicherheit stattgegeben werden wird.

Internierung oder Auswanderung!

Kowno, 28. April. (T.M.) Im Konzentrationslager Mornu sollen zurzeit 130 Personen, darunter neun Frauen, für die Dauer des Kriegszustandes interniert sein. Den Internierten ist anheim gestellt, sich ins Ausland zu begeben.

„Unbeeinflusste“ Wahlen „unter Aufsicht“.

Amerikanische Vermittlung in Nicaragua.

Managua, 28. April. (T.M.) Drei Vertreter der ausländischen Liberalen sind auf einen amerikanischen Torpedobootszerstörer nach Managua abgereist, um mit der konservativen Gegenpartei in Friedensverhandlungen einzutreten. Es sei bemerkt, daß der in besonderer Mission hier weilende frühere amerikanische Kriegsschiffkapitän die folgende Lösung vorgeschlagen wird: 1. Präsident Diaz bleibt bis Dezember 1928 im Amt. 2. Beide Parteien liefern sofort die Waffen ab. 3. Die Liberalen werden aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen. 4. Im Jahre 1928 finden unter der Aufsicht (!) der Vereinigten Staaten unbeeinflusste Wahlen (!) statt.

Briand hat gestern sein 24jähriges Parlamentsjubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß sandte ihm auch Graf Seinemann ein Glückwunschtelegramm. In seinem Danktelegramm hat Briand die letzten beiden Jahre als die fruchtbringendsten seines politischen Lebens bezeichnet.

Schimming ließ nicht locker. Nachdem er die grundsätzliche Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation zu seinen Ideen festgestellt hatte, trat er zu diesen in nähere Beziehung und in unzähligen Besprechungen wurde jeder weitere Schritt in dieser Sache gemeinsam beraten und vorbereitet. Es gelang den Bemühungen Schimmings, mehrere einflußreiche Magistratsmitglieder, vor allem den Oberbürgermeister Wermuth, für den Plan zu gewinnen, und nach unendlichen Bemühungen und Verhandlungen unterbreitete der Magistrat im März und April 1917 den Stadtverordneten zwei große Kohlenentwürfe.

Zur Gewinnung der für den Kokereibetrieb erforderlichen Feinkohlen sollte die Majorität der 3000 Ruxe des Bergwerks Trier und zur späteren Ergänzung der Kohlenvorräte die Ruxe der Bergwerksgesellschaft Köhling angekauft werden. Der Besitz der Bergwerksgesellschaft Trier besteht aus zwei Gebieten, von denen das eine nördlich der Lippe bei Dorsten, das andere im Osten des westfälischen Industriezentrums westlich von Hamm liegt. Es waren der Stadt 1500 Ruxe zum Preis von 14 500 M. pro Ruxe angekauft. Die Gewerkschaft Köhling umfaßt die Kohlenfelder zwischen Werne und Herborn in der Nähe von Hamm in der Größe von 21 preußischen Magimassfeldern mit etwa 45 Millionen Quadratmeter Flächeninhalt. Diese Kohlenfelder sind durch ihren großen Reichtum an Feinkohlen besonders wertvoll. Als Preis für die 1000 in Frage kommenden Ruxe der Gewerkschaft Köhling wurden 8,4 Millionen gefordert. Die letztere Vorlage wurde zuerst beraten und bei der Abstimmung mit geringer Mehrheit angenommen. Um so erbitterter wurde der schärfste Druck auf diejenigen Mitglieder ausgeübt, die bei der Abstimmung über die Köhling-Vorlage mit der Sozialdemokratie gestimmt hatten. Im Laufe der sehr eingehenden Beratungen wurde auf Antrag der Sozialdemokratie ein um 2000 M. pro Ruxe billigerer Preis ausgehandelt und alle Sachverständigen gehört, die von den Gegnern der Vorlage namhaft gemacht worden waren. Sie alle sprachen sich für die Durchführung des großangelegten, für Berlin sehr günstigen Planes aus. Die Gegner machten demgegenüber für die Ablehnung geltend, daß der Ankauf dieser Ruxe ein für eine Stadtgemeinde zu spekulatives Geschäft sei. Auch der um 2000 M. herabgesetzte Preis von 12 500 M. pro Ruxe erweise noch zu hoch, und schließlich vertrat man die Ansicht, daß von Berlin aus ein so großes Werk nicht geleistet werden könne.

Sie beharrten bei diesen Auffassungen trotz aller Gegenreden der sozialdemokratischen Mitglieder und der Sachverständigen.

Der wahre, unausgesprochene Ablehnungsgrund war natürlich der, daß man der Privatwirtschaft ein derartig lukratives Geschäft wie das der Kohlenverlieferung Berlins nicht entziehen wollte.

In der Abstimmung wurde der Ankauf des Bergwerks mit 57 gegen 47 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Damit war der sorgfältig bedachte Plan zum Scheitern gebracht. Denn wenn Berlin durch den Ankauf der Köhling-Felder nunmehr auch im Besitz von hochwertigen Kohlenvorkommen sich befindet, so kommen diese unerlösten Felder für praktische Zwecke zunächst nicht in Betracht.

Im ungeheuren Versehen des Weltkrieges ist die geschätzte Kohlenaktion Berlins, die ohne das Wirken der Sozialdemokratie nicht hätte eingeleitet werden können, meist unbeachtet geblieben. Nachdem jetzt das Vorgehen von Köln und Frankfurt, die, in gleicher Weise wie Berlin in 1917, als Abwehrmaßnahme gegen Monopolkonglomerate des Syndikats Steinkohlenfelder erworben haben, von weiten Kreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt und zustimmend oder scharf ablehnend besprochen wird, erschien es angebracht, die weit größeren Pläne Berlins der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückzurufen, wenn sie schließlich auch nur in dem Umfang zur Durchführung gelangten, wie das jetzt in Köln und Frankfurt geschehen ist.

Hugo Heimann.

Gegen die Arbeiterschaft.

Die Sozialpolitik des Bürgerblocks.

Nach ist das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die obersten Landesbehörden, worin die ersten Schritte zum Abbau der Erwerbslosenfürsorge mitgeteilt wurden, in frischer, unangenehmer Erinnerung, da bezieht sich das Reichsarbeitsministerium, eine Vorlage zum

Abbau der Krisenfürsorge

fortzusetzen, die bei der gesamten Arbeiterschaft einen Schrei der Empörung auslösen muß.

Für das Spinnstoffgewerbe, das Dienstleistungsgewerbe und die Gärtnerei ist die Höchstzahl in der Erwerbslosenfürsorge vom Reichsarbeitsminister auf 26 Wochen festgesetzt worden. Wohl werden, wie wir hören, dadurch die Arbeitslosen der betreffenden Gewerbe, die bereits in der Krisenfürsorge sind, nicht ohne weiteres davor entfernt; aber allen anderen Arbeitslosen der genannten Gewerbe ist damit der Zutritt zur Krisenfürsorge verweigert.

Dieser erste Schritt gemäß dem Reichsarbeitsministerium noch nicht. Es hat deshalb eine Vorlage ausgearbeitet, durch die der Abbau der Krisenfürsorge

fast auf der ganzen Linie in Angriff genommen

werden soll. Aus der Krisenfürsorge sollen neben den Arbeitslosen des Spinnstoffgewerbes, des Dienstleistungsgewerbes und der Gärtnerei herausgenommen werden: Landarbeiter, Forstarbeiter, die Arbeiter des Bauwesens und seiner Hilfsindustrien, die Arbeiterschaft der Baustoffindustrie und die Hausgehilfen.

Zu der Herausnahme bestimmter Berufe aus der Krisenfürsorge stellt sich eine solche bestimmter Bezirke. In allen Bezirken der öffentlichen Arbeitsnachweise, wo die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge und der Krisenfürsorge zusammen seit mindestens zwei Wochen 1,5 Proz. der Ein-

wohnerschaft nicht erreicht, soll die Krisenfürsorge ebenfalls abgebaut werden. Selbst das genügt der Rechtsregierung nicht. Um das Maß unerträglicher Zumutungen voll zu machen, verlangt die Vorlage, daß überall dort, wo die Krisenfürsorge einmal abgebaut ist, später aber die Zahl von 1,5 Proz. wieder erreicht wird,

der Abbau trotzdem bestehen bleiben soll.

Das Vorgehen der Rechtsregierung ist von nicht zu überbietender Brutalität. Die Arbeitsmarktfrage der einzelnen Bezirke und Berufe ist zu verschieden, und man kann dabei unmöglich durch einen Federstrich in der Arbeitslosenunterstützung gleich tabula rasa machen. Was soll die Bestimmung, daß alle Bezirke der öffentlichen Arbeitsnachweise, wo die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger an 1,5 Proz. der Einwohnerzahl nicht mehr heranreicht, aus der Krisenfürsorge herausgenommen werden? Es kann solche Bezirke geben; die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Berufen dieser Bezirke aber kann trotzdem noch immer sehr hoch sein. Schließlich mutet der überstürzte Abbau der Krisenfürsorge um so eigenartiger an, als doch seinerzeit bei der Schaffung der Krisenfürsorge ausdrücklich erklärt wurde, daß diese Fürsorge nicht etwas Vorübergehendes, sondern etwas Dauerndes darstellen soll. Deshalb sieht sie ja auch der neue Arbeitslosenversicherungsentwurf vor.

Schon Mitte Mai soll die Abbauvorlage in Kraft treten. Der Reichstag muß gegenüber diesem Abbauwahnsinn seine Stimme erheben, wenn er sich nicht eines Verbrechens an der Arbeiterschaft schuldig machen will. Das Vorgehen der Rechtsregierung — trotz aller Warnungen der Gewerkschaften, die durch den neuen sozialreaktionären Kurs immer stärker kompromittiert werden — kommt einer platten Verhöhnung der Arbeiterschaft gleich. Will man die Arbeiterschaft bewußt provozieren?

einen Zuge, dessen Sammelpunkt oben angegeben worden ist. Es ist dringend notwendig, diesen Hinweis genau zu beachten, weil es für uns darauf ankommt, jede Zersplitterung zu vermeiden und die gesamte Kraft des A.F.A.-Bundes zu zeigen.

Weiter ist es erforderlich, daß alle Teilnehmer strengste Disziplin wahren und den Befehlen der Zugleitung und der Ordner unbedingt Folge leisten. Das Mitbringen von Stöcken, auch von Spazierstöcken, ist verboten. Plakate und Transparente dürfen im Zug nur mitgeführt werden mit Zustimmung der Zugleitung oder der Leitung der einzelnen A.F.A.-Gewerkschaften.

Wegen des Rückmarsches ergehen die Anordnungen an die Teilnehmer durch die Ordner. Kontrollmarken erhalten nur die Teilnehmer.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
F. J. A. Rössner.

Ein unvorhersehbarer Schiedsspruch.

Erstundenschiicht in der Kallindustrie.

Das Wolffsbureau meldet: In der Mantelartif- und Arbeitszeitstreitigkeit in der Kallindustrie wurde nach zweitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der den Mantelartif mit einigen Abänderungen zugunsten der Arbeiter wieder in Kraft setzt. In der Arbeitszeitfrage ist eine Regelung getroffen, die die Schichtzeit in einschichtigen Betrieben vom 1. August ab auf 10 1/2 Stunden, in Fabriken, Keil- und Maschinenhäusern und sonstigen durchgehenden Betrieben vom 1. Januar (1) ab auf elf Stunden herabgesetzt. Für die über acht Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeitszeit ist vom 1. Mai ab ein Lohnzuschlag von 15 Proz. festgesetzt. Der Mantelartifvertrag läuft unkinbar bis zum 31. Dezember 1928, die Arbeitszeitregelung bis zum 31. Juli 1928. Die Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs läuft am 29. April ab.

Die Kallindustrie ist die Industrie der spekulativen Uebergewinne. Ihre Arbeiterschaft gehört zur am schlechtesten entlohnten und am schwersten arbeitenden Deutschlands. Sie muß vielfach stundenlange Wege zur Arbeitsstätte zurücklegen. Hält man sich diese Tatsachen vor Augen, dann ersieht man erst das Schändliche dieses „Schiedsspruchs“. Nach dem Uebesdienst der Preiserhöhung, den Herr Curtius den Spekulanten der Kallindustrie erteilt hat, ist dieser Schiedsspruch eine Ungeheuerlichkeit.

Achtung, Zimmerer! Die Baugesellschaft Süd-Ost, O. m. b. H., Treptow, Pfingststr. 9, führt in derselben Straße einen größeren Neubau auf. Die Zimmerarbeiten sind dem ehemaligen Gemüßhändler Josef Kolodziej, Reutlin, Kaiser-Friedrich-Straße 99/100, übertragen. Dieser Herr hat zwei Kameraden, darunter den Vertrauensmann, gemahrgagt. Kameraden, die Baustelle Pfingststraße sowie alle anderen Baustellen sind gesperrt. Liebt Solidarität mit den Streikenden.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Jahrestelle Berlin und Umgegend.

SOB.-Fraktion der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Pankow. Mitgliederversammlung heute abend 7 Uhr im Lokal von Wegner, Frankfurter Allee 236. Referent Bürgermeister Genosse Dr. Siegel. Thema: „Die Arbeit der Sozialdemokratie in der kommunalen Verwaltung.“
Der Fraktionsvorsitzende.

Freie Gewerkschaftsliga. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz (Kaufhaus 2); Gruppenheim Jugendheim Sanderstr. 11, Ecke Sobrechtstraße. Eine Gewerkschaftsliga. — Oberschöneweide: Gruppenheim Jugendheim Kaufhaus Str. 2 (Pater Goll). Vortrag: „Rom Odeonbogen zum Automobil.“ — Wedding: Gruppenheim Stadtbah Wedding, Gerichstr. 65-69, Zislonskasobende: „Der 1. Mai.“ — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Oberwallstr. 10, Zimmer 12. Vortrag: „Wie sehen wir zum Weltfrieden?“ — Juppelplatz (Wedding 3): Gruppenheim Stadt Jugendheim Turiner, Ecke Seebrücke. Vortrag: „Aufbau der SOB.“

Achtung, Zimmerer! Wir geben hierdurch folgende Beschlüsse bekannt: Heute, Freitag, tagt der Bezirk 1. Sonnabend tagen die Bezirke 10, 11, 12 und 17 abends 7 Uhr. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Jahrestelle Berlin u. Umg.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Hingrich; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götter; Verhältnisse: R. A. Eicher; Soziales und Sonstiges: Fritz Karsch; Anzeigen: Ed. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Bornhörs-Verlag O. m. b. H., Berlin, Brud.: Bornhörs-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2. Hierzu 2 Beilagen, „Stadtblätter“ und „Unterhaltung und Wissen“.

Die Antwort der Polizeibeamten.

Eine Reform Bögicbels.

Der Bezirk Berlin des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Beruflichen Polizeibeamtenverbandes hatte zu Donnerstagabend nach den Kammerfällen eine Vollversammlung der Berliner Polizeibeamten einberufen, die, wie der starke Besuch zeigte, überaus reges Interesse fand. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zu der neuen Dienstregelung der Berliner Polizeibeamten.

Der Versammlungsleiter, Genosse Hildebrandt, erklärte, daß die Polizeibeamtenschaft mit größter Genugtuung und Befriedigung und dankbar die Absicht des Berliner Polizeipräsidenten begrüßt, nun endlich eine Neuregelung des Dienstes eintreten zu lassen. Dann gab Genosse Hildebrandt im Auftrage des Verbandes noch folgende Erklärung ab:

„Bei den Rechtszeitungen, insbesondere „Sozial-Anzeiger“ und „Deutsche Tageszeitung“, hat unser Aufruf eine Wirkung ausgelöst, die uns zwinnt, hierzu ganz kurz Stellung zu nehmen. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Hauptstadt der deutschen Republik ist Berlin, und

daß am 8. Mai in Berlin Ruhe und Ordnung nicht gestört, die Republik nicht verhöhnt, beschmutzt wird oder republikanische Bürger angegriffen werden, dafür zu sorgen ist die Aufgabe der Polizei.

Unsere Lösung für den 8. Mai lautet: „Alle Kraft für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, alle Kraft für die Republik und mit aller Kraft gegen alle Feinde der Republik!“

Die Ausführungen Hildebrandts wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In seinem Vortrag über die neue Dienstregelung führte der Verbandsvorsitzende, Genosse Beinard, aus, daß die Polizei seit Jahren um eine solche Dienstregelung kämpft, die die 48-Stunden-Woche mit achtfündiger Abfolge vorsehe. Bei der Staatsumwälzung 1918 fiel der damaligen staatlichen Schutzmannschaft diese Kulturerrungenschaft der freien Gewerkschaften so ziemlich müßelos in den Schoß. Die Beamtenschaft verstand es jedoch nicht, diesen Erfolg zu halten. Den Feinden des Achtstundentages gelang es, nach verhältnismäßig kurzer Zeit bei der Polizeibeamtenschaft wieder den 24stündigen Dienst einzuführen. Trotzdem ließ

die fortschrittlich eingestellte Beamtenschaft nicht nach, um ihrer berechtigten Forderung Nachdruck zu verschaffen. Nachdem der neue Berliner Polizeipräsident Bögicbels sich in seinem Wirkungsbereich genügend informiert und sich auch über die Dienstregelung unterrichtet hat, wird nunmehr ab 15. Mai bei der Berliner Polizei die 48-Stunden-Woche mit achtfündiger Abfolge eingeführt werden. Dadurch wird der Straßenaufsichtsdienst der Berliner Polizei nicht nur eine erhebliche Verstärkung erfahren, sondern die Beamten werden auch körperlich nicht so in Mitleidenschaft gezogen werden und ihre Funktionen körperlich und geistig frischer versehen können.

Da diese Dienstregelung aber nur für die Einzeldienstbeamten der Polizei gilt, kann sie nur als Teilregelung angesehen werden, denn ähnlich so, wie sich der 24stündige Häftendienst bei den Revierbeamten auswirken mußte, wirkt sich die derzeitige Dienstregelung bei den tasernen Beamten aus.

Der 2. Verbandsvorsitzende, Genosse Klein, erläuterte die grundsätzlichen Ausführungen des Referenten und legte die Einzelheiten der neuen Dienstregelung auseinander. Er schilderte vor allen Dingen die Hindernisse, die der Beamtenschaft in der Dienstregelung zu überwinden hatte.

Zum Schluß wurde im Sinne der beiden Referate einstimmig eine Entschließung angenommen.

Berliner Maidemonstration.

An die Berliner A.F.A.-Mitglieder!

Auf vielfache Anfragen und im Anschluß an die vorangegangenen Mahnrufe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen machen wir bekannt, daß alle Mitglieder der Berliner A.F.A.-Gewerkschaften, gleichviel, in welchen Verwaltungsbezirken sie wohnen, sich ausschließlich am 1. Mai Punkt 11 Uhr am gemeinsamen Sammelpunkt aller Berliner A.F.A.-Gewerkschaften Oseisenau, Nordstraße (Mittelpromenade) einzufinden haben.

Gemäß den Entschlüssen der Berliner A.F.A.-Körperschaften kommt für die A.F.A.-Mitglieder, gleichviel, ob es sich um jugendliche oder ältere Kollegen handelt, ein Anschluß an andere oder sonstige Demonstrationen und Gruppen nicht in Betracht, sondern ausschließlich eine Beteiligung der gesamten Berliner freigewerkschaftlichen Angestelltenchaft an dem

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Frische Ananas Pfund 95 Pt.	Frische Morcheln Pfd 40 Pt.
Rhabarber . . . 3 Pfund 25 Pt.	Kranzfeigen . . . Pfund 25 Pt.
Blatt-Spinat 2 Pfund 35 Pt.	Tafeläpfel Pfund 40 Pt.
Salat . . Kopf 15 Pt. u. 20 Pt.	Zitronen Duzend 40 Pt.
Blumenkohl Kopf von 20 Pt. an	Bananen Pfund 58 Pt.
Kartoffeln neue 3 Pfd. 58 Pt.	
Kalifornische Aepfel Kiste ca. 45 Pfund 15,75	

Rotwurstpreßsack Pfund 110	Mettwurst (Braunschw. Art) Pfund 1,45
Landleberwurst Pfund 1,10	Filetwurst Pfund 1,50
Dampfwurst Pfund 1,10	Bierwurst Pfund 1,50
Mortadella Pfund 1,30	Schinkenspeck Pfund 1,65
Mettwurst grobe, Pfund 1,30	Schvelat u. Salami 1,70
Jagdwurst Pfund 1,45	
Königsstraße, Rosenthaler Straße, Moritzplatz:	
Mettwurst weiche, Pfund 1,25	Fettar Speck . . Pfund 1,10
Leberwurst ohne, Pfund 1,40	Magerer Speck Pfund 1,25

Limburger Pom. Pfund 42 Pt. All-Käse Pfund 50 Pt.	
Holländer Pfund 68 Pt.	Tilsiter vollfett, Pfd. 1,10 1,20
Edamer Pfd. 68 vollfett 95 Pt.	Kokosfett 1 Pfund-Tafel 58 Pt.
Emmenthaler o. Rinde 72 Pt.	Margarine . . . Pfund 58 Pt.
Schachtel 25 Gramm 95 Pt.	Tafelbutter . . . Pfund 1,88
Steinbuscher vollf., Pfd. 95 Pt.	Dänische Butter Pfd. 1,95
Schweizer ^{ca.} Pfd. 98 Pt. ^{ca.} Pfd. 1,45	

Frisches Fleisch
Hammel, dicke Rippe und Brust Pfund 92 Pt.
Kalbskamm, Brust Pfund 80 Pt.
Kalbsnierenbraten Pfund 88 Pt.
Schweinebauch u. Rücken, mit Bellage Pfund 82 Pt.
Schweinekamm u. Blatt Pfund 88 Pt.
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knochen Pfund 1 M
Kabler Speer u. Kamm Pfund 115
Liesen Pfd. 75 Pt. Gehacktes Pfd. 75 Pt.

Konserven 1/2 Dose	Gemischt. Gemüse 1/2 Dose 1,45
Schnitt- und Brechbohnen fein 63 Pt.	Grünkohl 50 Pt.
Kaiserschoten 1/2 Dose 87 Pt. 1,58	Ananas Hawaii, extra . . . 1,55
Gemüse-Erbisen 55 Pt.	Pflaumen mit Stein 75 Pt. ohne Stein 1 M
Junge Erbsen sehr fein 1,40	Birnen halbe Frucht 80 Pt.
Jg. Erbsen m. Karotten 62 Pt.	Gulasch aus Rind- u. Schweinefleisch 73 Pt. 1,35
Konfitüren, 2 Pfund-Eimer	
Ananas 1,65 Orangen, Johannisb. 1,15 Pflaumen 1,10	
Erdbeeren, Himbeeren, Aprikosen, Kirsch 1,45	

Fische
Kabeljau u. Seelachs ohne Kopf, ganze Fische Pfund 18 Pt.
Fischfilet Pfund 30 Pt.
Zander gefroren Pfund 65 Pt.
Karpfen lebend, Hechte frisch Pfund 105
Lebende Aale starke Pfund 195 an
Lebende Krebse Mandel 110 an

Prima Ochsenfleisch, gefroren	
Suppenfleisch Pfund 50 Pt.	
Kamm u. Brust Pfund 55 Pt.	
Bruch-Reis Pfund 19 Pt.	
Auszugmehl . . . Pfund 24 Pt.	Bosn. Pflaumen Pfd. 28 Pt.
Valencia-Reis . . Pfund 28 Pt.	Backobst gemischt, Pfd. 42 Pt.
Hartgrieß Pfund 29 Pt.	Kalif. Pflaumen Pfund 48 Pt.
Makkaroni Bruch, Pfund 42 Pt.	Kaliforn. Birnen Pfund 65 Pt.

Wein	Preise für 1/2 Flasche ohne Glas
1922 Laubenheimer milder Tischwein 1,25	
1925 Edesheimer Schloß blumig, pikant 1,35	
1922 Piesporter Falkenberg spritziger Mosel . . . 1,60	
1924 Roxheimer Neuberg Riesling bukettreicher Nahewald 1,80	
1924 Oppenheimer Goldberg sehr gehaltvoll, blumig . 2,30	
1924 Domaine St. Coloma milder Rotwein 1,15	
1922 Chât. La Grollet hüblischer Bordeaux 1,60	
Fruchtschaumwein vorzügliche Qualität, mit Flasche . 1,30	
Spezial-Cuvée (Hausmarke) feiner Traubensaft, Flaschengüllung, ausschließlich Banderollessteuer 3 M	

Geflügel u. Wild	
Junge Tauben Stück 85 Pt. an	
Brat- u. Suppenhühner Pfund 110 an	
Enten frisch geschlachtet Pfund 135 an	
Hirschblätter Pfund 95 Pt.	
Rehblätter Pfund 135	
Schellfische geräuchert . . Pfund 45 Pt.	
Seelachs 1 Stück, Pfund 48 Pt.	Makrelen Pfund 52 Pt.
Voll-Böcklinge Nr. 48 Pt.	Lachs in Stücken, Pfund 1,85

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei Kaffee-Misch., Pfd. 2,20	
Haushalt-Misch. Pfund 2,60	Globus-Misch. . . Pfund 3,80
Sonder-Misch. . . Pfund 3 M	Residenz-Misch. Pfd. 4 20
Olympia-Misch. Pfund 3,40	Elite-Mischung Pfund 4,60

Für Diätikuren:
Lampa's Wormser Traubensaft
Riesling 1,80 Oppenheimer 2,20 Roter 1,80
9 Sorten Wein und Spirituosen vom Faß

Holl. Kakao Marke „Kamphors“, in Blechdosen, ca. 1 Pfund	1,60
Speiseschokolade Tafel 100 Gramm	27 Pt.
Milchschokolade mit ganzen Haselnüssen, Tafel 100 Gramm	38 Pt.
Borkenschokolade . Karton ca. 75 Gr. 35 Pt. ca. 150 Gr. 65 Pt.	
Sandgebäck 1/4 Pfund 25 Pt. Pfund 95 Pt.	

Berlin im Finanzausgleich.

Kampfanfrage des Oberbürgermeisters gegen die Parteien der Rechten.

Die Schädigung Berlins durch den preussischen Finanzausgleich wurde gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gründlich und ausgiebig erörtert. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei unternehmen in Anträgen einen Sturm gegen den Oberbürgermeister, der zu einem Ausrufer des „Berliner Tageblatt“ sich abfällig über die Haltung der rechtsstehenden Parteien des Preussischen Landtags geäußert hatte. In der Stadtverordnetenversammlung gab ihnen Oberbürgermeister Böß die verdiente Antwort mit einer Schärfe, die man von ihm bisher nicht gewöhnt war. Seine Rede, die eine offene Kampfanfrage bedeutete, wurde von ihnen mit lärmenden Jurufen begleitet. Ein Antrag der Demokraten, den die sozialdemokratische Fraktion und die Zentrumsfraction unterstützten, erhob Einspruch gegen die Haltung der Rechten des Preussischen Landtags und gegen den Preussischen Städtetag. Kräftig geheiße auch unser Genosse Czemincki das Treiben der rechtsstehenden Parteien, die sich in der Frage des Finanzausgleichs als übelste Schädlinge Berlins betätigt haben. Ihnen hat die Berliner Bevölkerung es zu danken, daß die Mittel der Stadt nicht ausreichen, die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. In der weiteren Debatte nahm Oberbürgermeister Böß nochmals das Wort zu einer scharfen Entgegnung auf die Ausführungen der Redner von rechts. Die Abstimmung über den Antrag mußte vertagt werden.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab der Vorkämpfer, Genosse Haß, bekannt, daß an Stelle des verstorbenen Genossen Hecht Genosse Kermes getreten ist. Dem im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt.

Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion wegen des Baustoffwuchers.

Der vom Magistrat ein Einschreiten verlangt, wurde von der rechten Seite widersprochen, so daß er in dieser Sitzung nicht beraten werden konnte. Bei einer Vorlage wegen vorzeitiger Freigabe weilerer Baumittel wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Befestigung der Baustoffpreise fast einstimmig angenommen. Ebenfalls zugestimmt wurde der Uebernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 1 Million Mark für den Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen zum Ausbau des Sportforums. Die Vorlage auf Erhöhung der Hundesteuer wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Die ebenfalls von uns bereits mitgeteilte Vorlage wegen Finanzierung von Wohnungsbauten durch eine städtische Anleihe, die ein Teilergebnis langer Beratungen der städtischen Körperschaften ist, möchten die Deutschnationalen noch in einem Ausschuß beraten. Hiergegen wandte sich Genosse Lohmann. Die Ausschußberatung wurde von der Linken abgelehnt und mit derselben Mehrheit gelangte die Vorlage zur Annahme. Gegen eine Vorlage auf Uebernahme einer

Bürgschaft für ein von der Volksbühne bei der Sparkasse der Stadt Berlin aufzunehmendes Darlehen

von 200 000 Mark äußerte Stadtverordneter Caspari (D. Sp.) Bedenken, die Stadtsyndikus Dr. Lange als unbegründet zurückwies. Stadtverordneter Dethleffsen (Dnat.) behauptete, die Volksbühne verfolge „politische“ Ziele. Für die Stadtverordnete Frau Hoffmann-Göwiner (Komm.), die den Fall Piscator heranzog, ist die Volksbühne nicht revolutionär genug. Genosse Jataun zeigte die Hastlosigkeit ihrer Bemerkungen und trat für die Uebernahme der Bürgschaft ein, die denn auch in namentlicher Abstimmung mit 88 Stimmen der Linken gegen 74 Stimmen angenommen wurde.

Der Streit um den preussischen Finanzausgleich

und Neuherungen des Oberbürgermeisters hierzu, hatten den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und auch der Wirtschaftspartei Anlaß zu Anträgen an den Magistrat gegeben. Dazu lag ein Antrag der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums vor, der Einspruch erhob gegen die Benachteiligung Berlins im Finanzausgleich, die im Landtag besonders auf die Deutschnationalen und auf die Deutsche Volkspartei zurückzuführen war. Nach Begründung der Anträge durch Dethleffsen (Dnat.) und Künzler (Wp.) führte Mertens (Dem.) in der Begründung des Antrages aus, daß Berlin durch das Verhalten der rechtsstehenden Parteien aufs schwerste geschädigt wurde. Er rügte die Haltung des Preussischen Städtetages, der hinter den Kulissen gegen Berlin gearbeitet habe. Es sei zu erwägen, ob Berlin nicht aus dem Städtetag austreten sollte.

Oberbürgermeister Böß

beantwortete die Anträge dahin, daß der Magistrat sich einstimmig hinter seine Ausführungen gestellt habe. Scharf wandte er sich gegen die rechtsstehenden Parteien des Landtages, die keine Rücksicht auf die finanzielle Notlage Berlins genommen haben, obwohl Berlin in einer Denkschrift gezeigt habe, wie in den letzten Jahren wichtige Aufgaben wegen Mangel an Mitteln unterbleiben mußten. Trotz klarer Lage der Dinge haben die Parteien der Rechten gegenüber Berlin eine Stellung eingenommen, die Berlin auf schwerste schädigt. Es sei für Berlin nicht länger möglich, viele Millionen an andere Gemeinden abzugeben, und dieser Zustand dürfe nicht dauernd festgelegt werden. Die Berliner Bürgerschaft dürfe sich das nicht länger gefallen lassen.

Das der Stadt Berlin zugefügte Unrecht müsse wieder gut gemacht werden.

Er werde seinen Mann stehen im Kampfe zur Wiedergutmachung dieses Unrechtes. — Caspari (D. Sp.) versucht, an dem Verhalten der Rechten eine Rechenwäsche vorzunehmen. Dem Oberbürgermeister warf er vor, daß er in unzulässiger Weise in den Kampf der Parteien eingreife. Böß antwortete er sich auch darüber, daß Oberbürgermeister Böß sich einmal über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold freundlich geäußert habe. Das Verhalten des Städtetages versuchte der Redner dagegen zu verteidigen. — Fabian (Dnat.) tabelte die Schärfe, mit der der Oberbürgermeister hier gegen die Parteien der Rechten aufgetreten sei. Die Stadt Berlin habe überhaupt ihre Forderungen in brüster Weise durchzusetzen versucht. Er möchte dem Magistrat selber die Schuld am Ausgang des Streites um den Finanzausgleich zuschreiben. — Kämmerer Lange trat ihm entgegen und wandte sich gegen die Haltung des Städtetages. Die Angriffe der Rechten auf den Oberbürgermeister wurden auch durch Mertens (Dem.) gekennzeichnet. Genosse Czemincki ging näher auf die Schädigung Berlins durch den Finanzausgleich ein. Viele Millionen aus den von den Einwohnern Berlin aufgebracht Steuern werden der Stadt bei der Steuerverteilung entzogen. Unser Redner stellte fest, daß

die Sozialdemokraten die besten Vertreter der Stadt Berlin sind. Wenn Steuererhöhungen notwendig sind, so liege die Schuld an den Bürgerlichen, weil sie dafür eintreten, daß die Einnahmen der Stadt Berlin für das Land verwendet werden sollen. Das Land schiebt auch viele Hilfsbedürftige an die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin ab. Es ist unrecht, daß die Steuereinnahmen Berlins so beschmitten werden. Es ist die allerhöchste Zeit, dem Preussischen Städtetag Valet zu sagen. Der Städtetag ist keine Interessensvertretung der Städte mehr; man gewinnt den Eindruck, daß sich die übrigen preussischen Städte gegen Berlin verbündet haben, um es finanziell zu schädigen. Für die Forderungen Berlins sind im Staatsrat und im Landtag die Sozialdemokraten geschlossen eingetreten. Zu der Rede

des Oberbürgermeisters äußerte sich Genosse Czemincki zustimmend und er folgte ihm

volle Unterstützung in dem Kampfe für Berlin

zu. Schwent (Komm.) bemerkte zu dem Verhalten des Städtetages, daß es das Dummste sei, was eine Organisation tun könne, daß sich die Mitglieder gegenseitig bekämpfen. Auf einen Antrag von Fabian (Dnat.), der die Feindschaft der Deutschnationalen gegen Berlin unverhüllt hervorhob, antwortete Oberbürgermeister Böß unter dem Vorn der Rechten. Er geißelte das Treiben der rechtsstehenden Presse, die mit sensationellen Artikeln auf unverständliche Weise zu wirken versucht. Nach einem Vortrag von Schwarz (D. Sp.), die Haltung seiner Partei zu rechtfertigen, wurde in vorgerückter Stunde die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt. Es wurde dann noch eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte erledigt, unter anderem die Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 30 Mk. für die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Blindenanstalt.

Heiliger Bureaukratismus!

Das heißt „Förderung der Jugendpflege“.

Reich, Länder und Kommune verweisen immer erneut auf die große Bedeutung jugendpflegerischer Bestrebungen in unserer heutigen Zeit. Ministerien, Kreis- und Kommunalverbände veranstalten Kurse zur Förderung jugendpflegerischer Bestrebungen und zahlreich sind die Erlasse, in denen von den nachgeordneten Stellen Unterstützung und Förderung der jugendpflegerischen Organisation und ihrer Veranstaltungen verlangt wird.

Wie diese „Förderung“ gelegentlich aussieht, dafür ein Beispiel: Die Abteilung Kaulsdorf der Sozialistischen Arbeiterjugend beabsichtigte am 10. April d. J. in der Turnhalle der Gemeindefschule zu Biesdorf eine Veranstaltung durchzuführen, die der Werbung unter der schulentlassenen Jugend gewidmet sein sollte und zu der auch die Eltern eingeladen waren. Was ist notwendig, um diese Veranstaltung durchzuführen? Am 7. März. Antrag an das Schulbureau wegen Benützung der Turnhalle, der jedoch unerledigt zurückkam, da vorher eine Einverständniserklärung des Hausmeisters beigebracht werden muß. — Am 20. März. Einverständniserklärung des Hausmeisters erfolgt. — Am 30. März. Erneuter Antrag an das Schulbureau. — Am 31. März. Antrag an das Steueramt auf Genehmigung für Steuerfreiheit der Jugendpflegeveranstaltung. — Am 31. März. Auf Veranlassung des Steueramtes Anmeldung der Veranstaltung beim Polizeirevier Biesdorf. — Am 31. März. Antrag beim Polizeirevier Kaulsdorf, da Biesdorf sich für unzulässig erklärte. — Am 31. März. Nachmals Polizeirevier Kaulsdorf, da ein Programm beigebracht werden mußte.

Damit nicht genug, erhielt die Abteilung am 7. April eine Vorladung vom Polizeipräsidenten zur Rücksprache unter Vorlegung der Grundrisszeichnungen der Turnhalle für den gleichen Tag. Also erneuter Gang zum Schulbureau mit der Bitte um Aushändigung von Lageplänen für die Turnhalle und dann zum Polizeipräsidenten. Aber noch konnten die in diesem Falle als unzulässige Behörden sich nicht zufrieden geben. Am 2. April, also am Tage vor der Veranstaltung, kam ein Schreiben des Polizeipräsidenten, daß gegen die Veranstaltung nur dann nichts einzuwenden sei, „wenn die Vorführungen im streng geschlossenen Kreise stattfinden, d. h. nur Abteilungsmitglied oder nebst ihren Angehörigen und besonders geladene Gäste zu den Darbietungen Zutritt haben, eine öffentliche Ankündigung der Vorstellung unterbleibt und eine öffentliche Kasse nicht stattfindet“.

Wie sollen jedoch bereits erfolgte öffentliche Ankündigungen rückgängig gemacht werden, wenn ein Verbot dafür am Tage vor der Veranstaltung folgt? Bei Ueberretung der Anordnung wird angekündigt: „Sollte die Kontrolle das Gegenteil ergeben, haben Sie Bestrafung und eventuell Verhinderung der Vorstellungen zu gewärtigen, da Sie nicht im Besitze der erforderlichen Theaterkonzession des § 32 RGO. sind.“ Wofür sollte hier eine Theaterkonzession erforderlich sein? Das der Polizei eingereichte Programm sah ausschließlich Gesang und Musik, eine Rede, Rezitation und Volkstänze vor. Sollte die hier geübte Praxis der „Förderung der Jugendpflege“ weiter um sich greifen, so könnten Jugendorganisationen überhaupt auf alle Veranstaltungen verzichten.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

81) Roman von Frh Red-Mallezewen.

Heulen einer Dampfmaschine weit draußen, wo die Schiffe liegen, die morgen am Weihnachtsabend nach Europa fahren werden. . . betrunkenen Matrosen, die grölend an Bord zurückkehren, Dirnengesichter, das Brüllen einer Kauferei. . . Hunger, Hunger, Hunger.

Leichte Schritte trippeln heran, irren herum unter dem Wagen. Dann hört man es von dort unten, von jenseits des Bretterbodens leise wimmern. Aufgestanden mit irren Sinnen, mit ätzernden Gliedern, die so schwach sind, so schwach. . . Da beginnt es unten laut zu heulen, lange und kläglich zu heulen, und da ist es unten einer der räubigen Hunde, die am Tage von den Fußritzen der Passanten leben und nachts hier nach Abfällen suchen. „Fatale!“ wiederholt die kleine, vor Hunger halluzinierende Sif ihr Traumwort, kriecht zwischen den Rädern hindurch zu der wimmernden Kreatur, fängt an, das Tier zu locken. Der Hund, auf die unglaubliche Tatsache stehend, daß es Geschöpfe gibt, die nicht mit Frühen treten, kriecht demütig heran, krümmt sich in unfeliger Verprügeltheit. Da legt sich das Weib neben das zitternde Tier, schmiegt sich an das verwahrloste, übelduftende Fell, denkt, daß sie Klein-Vinky vor sich hat, beginnt die Kreatur zu streicheln.

Es ist, wie gesagt, ein herrenloser armer Kötter, und da ist vielleicht in dem fruppigen Fell eine Messerwunde, vielleicht hint man auch, da eines getrocknet ist, auf drei Beinen, indem man das vierte nachschleift, vielleicht haben auch kleine braune Halbgötter, die sonst auf dem Kai die Zeitungen „Mercurio“ und „El Sur“ anbieten, eine Freude daran gehabt, einem ein Ohr abzuschneiden: in jedem Falle aber geschieht es, daß das Tier bei der Liebkosung der Menschenhand zusammensinkt und wieder sein langgezogenes entsetztes Heulen beginnt. Und da das Menschenkind je selbst toll ist vor Hunger, und da es ein bitteres, vor Gesehtheit halb wahnsinniges Menschenkind ist, so geschieht es, daß der Mensch das Tier versteht, daß beide sich als eines Schöpfers Kreaturen bekennen: daß Klein-Robbys in die Welt hinausgestoßenes Weib neben dem räubigen Hunde liegt und einstimmt in das Heulen des Tieres. Da heulen sie denn beide hinaus in die einsame Nacht. —

Es ist höchst natürlich, daß die große Stadt, beschäftigt mit Weizenpreisen, mit Kaffeetransit, mit den Ideen von Menschheitsfortschritt und Humanität nicht weiter Notiz nimmt von Geräuschen, wie sie allnächtlich zu hören sind in Buenos Aires. Und ringsumher, während die kleine Sif eingeschlossen ist zwischen den Gleisen, und das Hündchen sich längst davongeschlichen hat, setzt sich nach ein paar Stunden ruhig das große Uhrwerk des Hafens in Bewegung.

Und dann ist es wohl gar schon voller Mittag, als sie von einem starken Geräusch erwacht. Da sieht sie, daß das fahrbare Haus, in dem sie Zuflucht gesucht hat in dieser Nacht, über ihr sich zu bewegen beginnt, daß rechts und links von ihr langsam die Räder zu rollen beginnen, daß über ihr der lange, lange Zug der Güterwagen hinweggleitet. Da erinnert sie sich dunkel daran, daß Eisenbahnzüge von Lokomotiven in Bewegung gesetzt werden, daß hinter diesen Eisenbahnwagen die Maschine kommen muß mit einem Aschensack, der tief genug greift, um sie zu zerschmettern. Da bleibt ihr wohl nichts anderes übrig, als sich hindurchzuschwingen zwischen den Rädern des schneller und schneller gleitenden Wagenzuges. Da rafft sie sich denn auf, benützt die Lücke zwischen zwei Räderpaaren, wirft sich über die Schienen. Da ist, während sie die Schienen passiert, mit messerscharfen Ranten ein riesiges, blankes Rad, das auf sie zukommt. . . oh, ich kann versichern, daß es etwas anderes ist, solch ein Rad von einem sicheren, mit Steinfliesen ausgelegten Perron zu sehen, als in der gegenwärtigen Situation der kleinen Sif. . .

„Gibt es Gott?“ schreit die kleine Sif, als sie das Hentersbeil auf sich zukommen sieht, „Gibt es Gott oder gibt es ihn nicht?“

Da die eben erwähnte Instanz andere Absichten mit ihr hat, so gelingt es ihr, sich hinüberzuschwingen in den überhöhten Ales zwischen den Gleisen. Da steht ein Mann vor ihr mit dem Signalhorn und einer roten Flagge in der Hand, schreit sie, während er mit der einen Hand seine rote Flagge schwenkt, auf spanisch an. Da taucht wieder die Angst auf, daß der Mann den Unterschied zwischen Anita Thesiger und Sif Brudner kennen könnte, da springt sie auf und läuft davon.

Das geschieht um drei Uhr mittag. Und am Abend dieses Tages fährt sich die Stunde, in der in gemessenem Abstand von dieser Christenstadt ein Kindlein zwischen Dohs und Gsel in der Krippe lag. —

In den schon mehrfach erwähnten und, wie gesagt, in der Strafrechtspflege ziemlich bekannten Akten der kleinen Sif sind nur spärliche Angaben über die nun folgenden Stunden

zu finden. Man geht eine breite elegante Straße mit maurischen, gotischen, barocken Giebeln entlang, mit Cabs und Landams und breitlehrigen eleganten Kavaliere und Niggerdandys mit grellroten Schlipfen, und Hamburger Handelsbühnen, die von Weizenpreisen reden, und Polizisten, die all das Getriebe in Sitte und Ordnung halten: vielleicht ist es die Calle da Rivadavia, die man entlangstreicht.

Der Hunger ist nun nicht mehr so sehr zu spüren, es ist nun ein eigentlich ganz angenehmes Gefühl ungemessener Gleichgültigkeit da, das subjektiv vermert wird. Objektiv freilich will der junge Körper sein Recht haben, und wenn das Menschenkind, die kleine Sif selbst, auch überhaupt nichts spürt, so ist es doch der Körper, der sich in durchaus animalischer, eigentlich unangenehmer Weise benimmt.

Da ist es beispielsweise an der „Mercado del II. de Setiembre“ ein großer, monokelbewehrter älterer Mann, der die Würde des britischen Imperiums im Knopfloch trägt und besagten Körper an der Mauer lehnen sieht. Und wie dieser Körper eine Bettelhand ausstreckt, da trifft ihn aus dem Monokelauge ein Blick, bei dem der ganze Ozean zwischen Steinbock und Krebs seinen hohen Temperaturen zum Trotz gefrieren könnte: Altengland, die Beisele und Vertommenheit der weißen Rasse hier unter Halbblutgemisch mit Verachtung strafend, geht langsam weiter, widmet sich dem Ankauf nie gesehener kleiner Orchideen mit violetten Farbtupfen, welche Orchideen nebenan hinter Scheiben von Scheunentorgröße zum Verkauf geboten werden. Dafür taucht ein Konstabler auf, der die Bettlerin bemerkt hat. Da läuft Klein-Körperchen davon.

Dann wieder findet sie sich in buckligen kleinen Straßen mit Regnerläden und Garluchen. Fortgeworfene Bananenschalen wären hier zu finden, auch ein im Maulsektor liegender Kälberdarm könnte vermerkt werden, wenn besagter Körper auf diese Speise nicht mit deutlicher Uebelkeit reagierte. Dafür gibt es da fragwürdige Würste, die vor den Häusern in Del gebraten werden, und da dieser Duft ihr in die Nase steigt, so streicht sie gierig im Verein mit den bettelnden Röttern um diese Stelle, greift, während der Bestirer sich in einer Verkaufspause der Lektüre des abendlichen „Sur“ hingibt, hemmungslos nach dem, was köstlich ist wie eine Fata Morgana und auch wirklich nur Realität besitzt, wenn man einen Fünfstück-Belo in der Tasche hat. Da wird der Verkäufer in der Lektüre der Kammerinterpellation über den neulichen Busch jäh unterbrochen, springt auf, sendet der Davonlaufenden sämtliche Segenswünsche des Christentums nach. . .

(Fortsetzung folgt.)

Am 1. Mai in den Lustgarten! Das ist die Parole des gesamten arbeitenden Berlin. Die Arbeiterschaft muß vollzählig am Platze sein.

Welchem Jugendleiter ist es möglich, so oft seine Arbeit zu veräumen, um allen behördlichen Anordnungen Folge zu leisten? Wer der Förderung jugendpfegegerischer Bestrebungen haben solche Maßnahmen sicherlich nichts zu tun.

Der 1. Mai.

Ein Tag des Volkes und der Republik.

Dieser 1. Mai muß werden wie bisher kein anderer in Berlin. Selten war ein Tag so günstig gelegen wie dieser. Es ist Sonntag. Jeder hat Zeit. Jeder kann kommen. Und jeder muß kommen. Niemand darf zu Hause bleiben. Niemand darf sich ausschließen. Kopfarbeiter und Handarbeiter vereint müssen sich hier zu einer einzigen großen Kampffront zusammenschließen.

Der Platz am Lustgarten, bis 1918 für die Massen des arbeitenden Volkes unerschließbar, steht seit dieser Zeit dem Volk zur Verfügung. Am Sonntag, dem 1. Mai, muß dieser Platz sich für die Massen der Demonstrierenden als zu klein erweisen.

Für den Schutz der Arbeit, für den Schutz der Arbeitenden gilt es einzustehen. Aber diesmal soll auch gezeigt werden, daß die Arbeitenden gewillt sind, für die Republik einzustehen.

Männer und Frauen von Berlin, macht diesen Tag zu einer überwältigend großen Heerschau des Proletariats, das gewillt ist, für die Republik und den Sozialismus zu kämpfen. Zeigt der Reaktion, daß das republikanische und sozialistische Berlin von keiner wie immer gearteten Sturmfronte erobert werden kann!

Sozialdemokratie und Republik.

Einer Anregung des Genossen D. Frank, des Kreisvorsitzenden, folgend, hatte die letzte Kreisvertreter-Versammlung beschlossen, in großen Versammlungen Stellung zu nehmen zu den Problemen der Gegenwart, die das Interesse der Parteimitglieder dauernd wachzuhalten, wie z. B. die Wohnungsfrage und das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat. Die erste dieser Versammlungen fand am 22. April 1927 in der Aula des Schiller-Theaters statt. Genosse Klühs sprach über das Thema „Sozialdemokratie und Republik“. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wies er nach, daß die Umgestaltung der Gesellschaft und die Erringung eines freien Volksstaats von Anfang an ein programmatisches Ziel unserer Bewegung gewesen ist. Der militärische Zusammenbruch hat uns 1918 den Volksstaat gebracht, und Aufgabe der Partei und der Parteigenossen ist es, in diesem Staate Einfluß zu gewinnen auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung, um den Forderungen der sozialen Entwicklung zu genügen. Die Bürgerlich-Regierung sucht diese Entwicklung aufzuhalten, aber ihre Bemühungen werden sich als vergeblich erweisen; denn aufzuhalten ist die Entwicklung nicht. Sie wäre weit erfolgreicher, wenn nicht die Zersplitterung in christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gruppen die Kraft der Arbeiterbewegung lähmte. Ohne diese Zersplitterung würden sich die Machtgelüste der Rechtsparteien nicht hervormachen können. Zwar sind die Pläne auf dem republikanischen Willen der Arbeitermassen gescheitert, dafür sind jene Parteien jetzt um so eifriger am Werke, die Republik in ihrem Sinne umzugestalten, um möglichst viele Nachpostionen mit demsnationalen Männern zu besetzen und die republikanischen Beamten zu verdrängen. Dieser Machtwort muß auch bei der Sozialdemokratie herrschend werden, obgleich sie es schwerer hat, für diese Posten die geeigneten Persönlichkeiten vorzuschlagen. Wichtig ist es, die Verwaltung der Länder mit republikanischen Beamten zu durchziehen. Unsere Partei ist auf Gedeih und Verderb mit dem heutigen Staat verachsen. Darum wäre es falsch, auf eine Koalition in Preußen zu verzichten. Wir sind in der Regierung nötig, um den freien Volksstaat zu retten und um die Republik zu erfüllen mit demokratischem Wachstum und sozialistischem Gedankengang. Reicher Beifall bewies dem Redner, daß die Versammlung einig war in dem Bestreben, eine solche Staatspolitik zu unterstützen.

Eine Frühlingsfeier. In der vollbesetzten Aula des Sophien-Charlotten-Theaters beging die Sozialistische Arbeiterjugend Charlottenburgs ihre Frühlingsfeier. Die neu eingetretenen Jugendlichen hatten dabei zum erstenmal Gelegenheit, das Wirken ihrer Gemeinschaft in größerem Rahmen zu erleben. — Genosse Diederich feierte in seiner Ansprache den Frühling und die Jugend. In bunter Reihe wechselten Regitationen, Reigenstänze und ansprechende Lieder zur Laute, gesungen von der Genossin Gravenstein. Dazwischen bot die kleine, aber lauter spielende Zupfkapelle Konzerte. Zum Schluß gab's den Wirtshausakt aus den „Rebellen“. Eifrig waren die jungen Schauspieler bei ihrer Sache. Besonders die revolutionären Szenen fanden bei den Zuhörern starken Widerhall. Und als nach den letzten Worten auf der Bühne: „A, jeder Mensch hat halt a Sehnsucht“, die jungen Darsteller zu ihren Genossen in Saale traten und aus frischen Reihen die Internationale erklang, da fühlte wohl jeder, daß die Sehnsucht aller Jungen, Kämpfer zu sein für ein schönes Ideal, in Erfüllung gehen wird.

Die Aufforstung des Flugplatzes Wiesdorf.

Ueber den Plan des Richtenberger Bezirksamtes, das Gelände des ehemaligen Flugplatzes in Wiesdorf aufzuforsten, sind die Siedler, die auf diesem Gelände Kleingärten errichtet haben, empört, weil ihnen angeblich versprochen worden sei, daß sie das gepachtete Gelände käuflich oder mindestens in Erbpacht erwerben könnten. Das Bezirksamt hat das Gelände mit Verträgen, die 1929 abgeschlossen, verpachtet. Bei der Verpachtung und auch bei späteren Verhandlungen ist den Siedlern ausdrücklich erklärt worden, daß nach Ablauf der kurzfristigen Verträge eine weitere Verpachtung nicht mehr in Frage kommen werde. Das Bezirksamt hat das Gelände auch nur für Kleingartenzwecke verpachtet. Ein Teil der Siedler scheint allerdings über die Art der Ueberlassung des Geländes nicht richtig informiert gewesen zu sein. Eine Anzahl Siedler haben entgegen den polizeilichen Bestimmungen auf dem Gelände größere Wohnlauben errichtet. Das Bezirksamt hat den Plan, das ganze Gelände des ehemaligen Flugplatzes wieder aufzuforsten und der ganzen Bevölkerung damit Erholungsanlagen zu schaffen. Bisher ist diese Aufforstung erst geplant. Bindende Beschlüsse sind vom Bezirksamt noch nicht gefaßt. Das Bezirksamt teilt uns mit, daß es selbstverständlich ist, daß, wenn diesem Projekt nähergetreten wird, die Entschädigungen an die Siedler und die Uebertragung der Siedler auf anderem Gelände erst geregelt wird.

Die Lumpendiebe vom Wedding.

Köpenicker Straße im Wedding — die Gasse des Elends, der Jugendverwahrlosung, der Kriminalität. Straße der Lumpensammler und Lumpenankäufer. Lumpen als Symbol der Not, des Verbrechens, des Lasters. Auf der Anlagebank vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fünf junge Lumpendiebe aus der Köpenicker Straße. Sie hielten die Sätze mit Lumpen heimlich von den Lustgärten und verkauften sie bei der Konkurrenz. Sieben vollendete Diebstähle, ein versuchter im Laufe eines Monats; der Gesamtwert der Lumpen kaum 100 Mark; bekommen haben sie dafür natürlich noch weniger. Das Haupt der Bande ein mehrfach, selbst mit Jugendhaus vorbe-strafte Vagabunde: Uchloffe Jugend, Bodellosigkeit, Mißhandlungen durch den älteren Bruder, Tod der Mutter, frühe Abirungen vom geraden Wege — fehl ein Ritter von der kaurigen Gestalt. Von seinen Diebstählen hat er wenig Freude — während der Rede des Verteidigers schluchzt er Tränen; er ist „auf die Lumpen“ gekommen

— die zweijährige Gefängnisstrafe und die drei Jahre Ehrverlust nimmt er ohne Widerrede hin. Sein Komplize in sechs Fällen V. erhält ein Jahr Gefängnis; die Jugendfürsorge kennt ihn schon seit Jahren; er bittet um Bewährungsfrist, sie wird ihm aber abge-schlagen, da er vorbestraft ist. Der Dritte, L., ist nur einmal vorbestraft. Auch hier die elendesten Proletariatsverhältnisse zu Hause — 9 Monate Gefängnis. S. und T. Teilnahme an einem der Diebstähle wird mit je drei Monaten Gefängnis quittiert; der eine hoffte 75 Pf. zu bekommen, der andere nicht viel mehr. Der Vorsitzende zu L.: „Was haben Sie sich dabei gedacht?“ „Nichts habe ich mir gedacht. Zu Hause sind acht Kinder, der Vater ist arbeitslos. In der Not frisst selbst der Teufel Fliegen.“ Diese wenigen Lumpen! Sie sind doch nichts wert! Ja, aber diese wenigen Lumpen haben den fünf Burschen insgesamt vier Jahre drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust eingebracht. Die Lumpenankäufer können nun ruhig schlafen; die Weddingkolonne der Lumpendiebe ist hinter Schloß und Riegel. — Doch aus ihr nur nicht einmal eine bössere Weddingkolonne wird!

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Freie Turnerschaft Gr.-Berlin, Jugendgruppen Jungsozialistische Vereinigung der SPD.

Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr, Spielplatz am Friedrichshain

KUNDGEBUNG

„Für Jugendschutz und Jugendrecht, für den Sozialismus gegen den Faschismus!“

Anschließend Fackelzug zur Weberwiese.

Treffpunkte der Werbebezirke: Moabit: 5 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten. — Wedding und Reickendorfer: 4 Uhr Brunnenplatz (Amtsgericht). — Prenzlauer Berg: 6 1/2 Uhr Danziger Straße, Ecke Schönhauser Allee (Weissenhof). 5 1/2 Uhr Antonplatz. — Friedrichshain: 6 1/2 Uhr Helsingfors Platz (Bf. Warschauer Brücke). — Kreuzberg: 6 1/2 Uhr Mariannenplatz. — Schöneberg, Westen, Teufelkanal, Oberspre, Müggelsee: 6 1/2 Uhr Bahnhof Alexanderplatz (Auss. Dirksenstraße). — Neukölln: 6 1/2 Uhr Bahnhof Neukölln. — Lichtenberg: 5 1/2 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg. — Pankow: 5 1/2 Uhr Pankow, Marktplatz.

Das Diebesversteck im Tiergarten.

Der verschwundene Goldschak.

Die geheimnisvolle Geschichte eines vergrabenen Goldschakes beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Ein früherer Goldschrank-einbrecher, der verurteilt wurde, sollte, wie eine von Mund zu Mund in gewissen Kreisen verbreitete Geschichte wissen wollte, seine „Ersparnisse“ in der Nähe der Tiergartenschleuse unter einem Baume vergraben haben. Es sollte eine Kasse sein, die viele alte Goldstücke enthielt.

Diese Erzählung kam auch zu Ohren der Kriminalpolizei, die nun die Nachforschungen nach dem vergrabenen Schake aufnahm. Der einstige Besitzer der Goldstücke war, wie bald festgestellt wurde, schon im Jahre 1915 im Justizhaus in Raugard verstorben. Ein früherer „Kollege“ von ihm aber, der sich später zur Ruhe setzte und in Moabit eine Schankwirtschaft betrieb, sollte genau Bescheid wissen. Aber auch diesen Mann konnte man nicht mehr befragen, da er im Jahre 1918 das Zeitliche segnete hatte. Endlich erfuhr man, daß der Baum, unter dem der Schak vergraben sein sollte, an einer Wegetreckung stehen und mit einem halbmondförmigen Zeichen versehen sein sollte. Als man nun nach dem Baum suchte, fand man ihn auch und entdeckte an ihm das Zeichen, das im Laufe der Jahre zwar halb verwachsen, aber immer noch deutlich zu erkennen war. In einer Tiefe von zwei Metern ließ man beim Graben auf ein rundes Loch von etwa 20 bis 25 Zentimeter Durchmesser, das sorgfältig mit Ziegelsteinbruch abgesteift war. Aber das Loch war leer. Ohne Zweifel hat es früher einmal als Versteck gedient, der Inhalt ist aber verschwunden und bisher noch nicht aufgefunden. Ohne Zweifel hat der ehemalige Knacker und spätere Gastwirt seine Kenntnis des Schakes benutzt, um ihn zu heben, als sein Freund nicht mehr lebte. Was er mit dem Gelde angefangen hat, wird wohl immer unbekannt bleiben. Vielleicht stiftete er mit seiner Hilfe seine Wiegendochter aus, als sie sich nach Ostpreußen verheiratete. Die Nachforschungen nach dieser Frau sind aber bis jetzt erfolglos verlaufen, da ihre Adresse und der Name des Ehemannes nicht mehr ermittelt werden konnten.

Drei Wohnlauben niedergebrannt. In der Laubentonie „Feldschlößchen“ an der Landsberger Allee brannten gestern nachmittag in kurzer Zeit drei Wohnlauben völlig nieder. Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, eine weitere Ausdehnung des Feuers im letzten Augenblick zu verhindern. Nur wenige Minuten später wäre der gesamte Laubentstand der Kolonie bei dem heftigen Wind ein Haub der Flammen geworden. — Ein Laubentoniist wollte die Dächer abdecken und war mit dem Kochen von Tee beschäftigt. Infolge des zu heftigen Feuers lockte die Rasse jedoch über und geriet in Brand. Alle Löschversuche blieben erfolglos, so daß schließlich die Feuerwehr eingreifen mußte.

Der zweihunderttausendste Besucher auf dem Funktum. Der Berliner Funktum in Wilsleben durfte am gestrigen Donnerstag seine Jubiläumstunde erleben. Nachmittags 5 Uhr fuhr der Fahrstuhl den 200 000 Besucher auf die Aussichtsplattform, die den so schnell beliebt gewordenen besten Rundblick über die Reichs-

Funkwinkel.

Der Tag brachte zwei Zeitgenossen an den Vortragsstisch. Nachmittags Hans Siemsen, abends Joachim Ringelnatz. Siemsen las vier kleine Geschichten aus seinem Buch „Pant ist gut“. Diese Miniaturen aus dem Weltbilderbuch, zur einen Hälfte in Resignation, zur anderen in gläubigen Hoffen getaucht, sind für Hans Siemsen charakteristisch, der nichts anderes ist und sein will als Zeitgenosse, Mitmensch, einer von den Besseren, die Sehnsucht nach der Klarheit des Prädikats „gut“ haben. Führt auch Ringelnatz dazu? Die Frage ist schwer zu beantworten. Aber eigentlich ist wohl Ringelnatz, auch im tiefsten Menschlichen, feiner, der „werden“ will. Eigentlich gehört Ringelnatz an den Vortragsstisch, wo man ihn seine Verse auch sprechen sieht. Mit Robert Schumanns D-Roll-Sonate, Opus 121, für Violin und Klavier, von Professor Rudolf Demann und Bruno Seidler-Winkler gespielt, schloß der Abend harmonisch ab. Von den Vorträgen des Tages sei Dr. Arno Schirrauers Fortsetzung des Jgklus „Weltkulturen im Spiegel ihrer poetischen Formen“ erwähnt, in der er diesmal die Entwicklung des Epos durch die Jahrhunderte verfolgte. Chefredakteur Georg Bernhard begann eine Vortragsreihe „Der Reich in der Volkswirtschaft“ mit der Diskussion der Frage, „Was ist Volkswirtschaft?“ Wenn auch die künftigen Themen des Jgklus mit der gleichen Klarheit und Allgemeinverständlichkeit behandelt werden, so dürfte sich das Anhören dieser Vortragsreihe für weite Kreise lohnen.

hauptstadt und die weitere Umgebung bietet. Der nichtsahnende Jubiläumsgast, der mit Familie aus Stuttgart zur Besichtigung der großen Ausstellung Berlin 1927 „Das Wochenende“ hergepöchtelt wird, ließ erst überrascht, dann außerordentlich erfreut eine Reihe freundlicher Glückwünsche und Ehrungen des Turn-restaurant und der Ausstellungsleitung über sich ergehen.

Die Aboag.

Ungeschränkter Umsteigeverkehr im Herbst.

Die Generalversammlung beschloß die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. und genehmigte den bekannten Interessengemeinschaftsvertrag mit der Berliner Straßenbahnbetriebs G. m. b. H. und der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen. Der Aufsichtsrat setzt sich in Zukunft aus vier Mitgliedern des Magistrats, acht Stadtratsordnenen und zwei Sachverständigen zusammen. Auf Anfrage eines Aktionärs zu der Dividendengarantie von mindestens 6 Proz., erklärte die Verwaltung, daß dieser Satz auch bei einer eventuellen Erhöhung des Kapitals unbeschadet einer höheren Dividende auf jeden Fall zur Ausschüttung gelangen würde. Eine Kapitalserhöhung sei jedoch in absehbarer Zeit nicht beabsichtigt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist die geschäftliche Entwicklung weiter zufriedenstellend. Es ist in Aussicht genommen, den ungeschränkten Umsteigeverkehr im Herbst durchzuführen. Eine Einrichtung neuer Linien sei jedoch vorläufig nicht geplant.

Arbeitersport.

Fußballspiele zum 1. Mai.

Im allgemeinen besteht am kommenden Sonntag im Bezirk der Mächtigen Spielvereinigungen Spielbetrieb. Die Arbeitersportvereine betreiben es als ihre Pflicht, an diesem Tage mit den Gewerkschaften und Parteien für die Förderung des Arbeitersport zu bemühen. Spielverbotnis ist lediglich bei den Turnvereinen erteilt worden, bei denen die Spiele als Pflicht der Mitglieder gelten. Für Berlin interessiert hauptsächlich das Treffen Adler 05 gegen Bernau auf dem Städtischen Sportplatz am Waldpark in Bernau. Die Bernauer, die über einen guten Innenschuß verfügen, werden durch ihren Elfer den Abwehrenden schwer zu schaffen machen.

Das Hauptaugenmerk wird am Sonnabend das Spiel um die Bundesmeisterschaft in Preußen auf sich ziehen. Auf der herrlich gelegenen Jäger-Kampfbahn in Preußen werden sich der Preussische Sportverein 1920 und der Vertreter aus Eidenbüsch, Rürnberg-Weil, gegenüber stehen. Schon zum vierten Male konnten die Dresdener die Preis- und Verbandsmehrfacherringeren. Dreimal gelang ihnen auch das Spiel um die höchste Ehre, die der Arbeiter-Turn- und Sportbund zu vergeben hat, zu gewinnen. Kennzeichnend für die überaus große Spielstärke der Dresdener ist die Tatsache, daß sie bei dem am Ostermontag in Wien stattgefundenen Europacup das Gerippe der Mannschaft der Deutschen hielten. Nicht nur, daß die Dresdener die letzten Spiele um die Bundesmeisterschaft gewonnen, sondern daß diese Spiele auch mit hohen Zuschauerzahlen besetzt wurden, spricht für das Können der Mannschaft. Aber auch die Nürnberg-Weil sind ein nicht zu unterschätzender Gegner. Vor zwei Jahren, 1925, fanden sich beide Vereine schon einmal, allerdings nur im Vorwettbewerb, in Nürnberg gegenüber. Hier gewonnen die Dresdener mit 4:1. Trotzdem hatten sie sehr schwer zu kämpfen. Erst in der zweiten Spielzeit machte sich die bessere Technik und die größere Spielerfahrung bemerkbar. Im vergangenen Jahr gelang es Nürnberg nicht, die Kreismeisterschaft zu erringen. In dieser Spielzeit stellt Schweinau den Meister, der jedoch nicht bis zur Endrunde kam. Erst in diesem Jahre konnten sich die Nürnberg-Weil wieder durchsetzen. Georg Vorber-Domburg wurde das Spiel in der Vorrunde mit 3:0 gewonnen. Wenn die Dresdener auch über die technisch bessere Mannschaft verfügen, so müssen sie sich doch sehr anstrengen, um auch in diesem Jahre die Bundesmeisterschaft zu gewinnen.

Turnspiele vom 30. April bis 6. Mai.

Am 1. Mai Spielbetrieb besteht, neben sich an den Wochentagen nur einige Männermannschaften gegenüber. Am Sonnabend, 30. April, spielen folgende Spiele: 1. gegen Neukölln 1. Vereinsmannschaft um 6 Uhr auf dem Urbanplatz; 2. gegen Neukölln 2. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Baumfuhlenweg und Rieberschloßstraße; 3. gegen Neukölln 3. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 4. gegen Neukölln 4. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 5. gegen Neukölln 5. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 6. gegen Neukölln 6. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 7. gegen Neukölln 7. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 8. gegen Neukölln 8. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 9. gegen Neukölln 9. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße; 10. gegen Neukölln 10. Vereinsmannschaft um 6 Uhr in Rieberschloßstraße.

Die Fußballspiele sind am 30. April auf dem Rennbahnplatz Weihenstephan folgende drei Treffen vor: Um 1/2 Uhr Weihenstephan II gegen Fichte 13 I; um 1/2 Uhr Fichte 13 II gegen Fichte 13 III und um 1/2 Uhr Weihenstephan I gegen Fichte 21 I. Fichte 13 I dürfte ohne weiteres die Punkte holen, während bei der 2. und 3. Mannschaft es vielleicht zur Punktgleichheit kommt. Fichte 21 I hat den Sieg, wenn vielleicht auch mit knappem Resultat, über.

Karben 05 gegen Libertas. Im Anschluß an die Waiseier findet am 1. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, der Fußballwettbewerb, Vordrucke, ein Kampf zwischen Karben 05 und Libertas im Ringen und Heben statt. Von Karben gehen folgende Ringer auf die Matte: G. Raden, F. Hammer, A. Wulfsch, C. Schmitt, B. Gräber, G. Raden, G. Raden, G. Raden. Die Heber sind folgende: F. Einl, P. Gerullis, A. Gebel, G. Fabricius, F. Domin, G. Klein. Arbeiter-Radsportverein Groß-Berlin. Sonntag, 1. Mai, fallen die Touren aus.

Freie Schwimmer Charlottenburg H. e. D. Sonnabend, 30. April, Beginn der Wettkampfmannschaft in Wilsleben, Berliner Eist. 10. April, Sonntag, 1. Mai, Antritt zur Waldemonstration nachmittags 10 1/2 Uhr beim Jugendheim Spreer, 20.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Die männliche und weibliche Jugend trifft sich zur Jugenddemonstration am Vorabend des 1. Mai, am Sonnabend, 30. April, um 7 Uhr im Friedrichshain, Jägermilitären. Sport-Club Berlin 02. Am Sonnabend, 30. April, 7 Uhr, Vortragsveranstaltung bei Schul, Elisabethstr. 20. Katholische Abteilung über jeden Mittwoch auf dem Sportplatz Friedrichshain, Platz 8, Anfang 6 Uhr. Jg. Jg. Feuer Kerulz beginnt am Montag, 2. Mai, 8 Uhr. Turnhalle Rieberschloß Str. 2. Anmeldungen werden bezüglich Entgegennahme, Selbststudium, Training jeden Mittwoch abends 7 Uhr Sportplatz Friedrichshain, an der Wilslebenstraße.

08. Sport. Reichstagsklub. Freitag, 8. Mai, Monatsversammlung, Pankow-berger Str. 21 I. Arbeiter-Radsportverein „Sozialist“. Sonntag, 1. Mai, Treffen aller Turnvereine zur Waldemonstration der Gewerkschaften im Ringen an der Wasserseite. Start 10 Uhr an den bekannten Stellen. — 1. Beise: Alle teilnehmenden bringen sich am Sonntag, 1. Mai, an der Gewerkschaftsdemonstration im Ringen, 1 Uhr. Start 11 1/2 Uhr an den bekannten Stellen.

Freie Turnerschaft Rieberschloßstraße. Vereins-Kameradschaft zum 1. Mai, 8 Uhr, Abteilungsversammlung bei Ritter, Schillerstr. 26.

Sport.

Rennen zu Grünwald am Donnerstag, dem 28. April.

1. Rennen. 1. Aurelius (Schmidt), 2. Rolando (Ebert).
2. Rennen. 1. Schneeflocke (Henne), 2. Ferkel (Schmeier), 3. Roller (Rarr). Toto: 21:10. Platz: 19, 25:10. Ferner liefen: Catania, Gellotro, Calderon.
3. Rennen. 1. Domfelle (Wara), 2. Jorno (Williams). Toto: 10:10.
4. Rennen. 1. Ronabin (Schmidt), 2. Schneeburg (Gefele), 3. Licht (Egloff). Toto: 37:10. Platz: 13, 20, 15:10. Ferner liefen: DeLona, Teif, Victoria, Rainabrt, Durone, Galanova, Torre.
5. Rennen. 1. Velis (Grath), 2. Vorkiss (Wiedemann), 3. Rolensch (Wider). Toto: 17:10. Platz: 11, 13, 13:10. Ferner liefen: Reitelhof, Rivalin, Grilling II, Volkraue.
6. Rennen. 1. Verstepone (Schmidt), 2. Kamenobis (Kuzmin), 3. Pompejus (Koch). Toto: 13:10. Platz: 11, 18:10. Ferner liefen: Bärenbrunn, Laufjunge.
7. Rennen. 1. Lichtke (Larraf), 2. Caro Dube (Grath), 3. Thalasia (Vengh). Toto: 26:10. Platz: 13, 11, 23:10. Ferner liefen: Traunegg, Gorbium, Role Marie, Herzog Christoph, Worgenstein, Feltenwelle, Jasquita, Landrichter, Krenprinz.

Zugausgang und immer eine große Belohnung des Glats. Um so angenehmer ist das „Electrol“-Fahrrad, das die Anschaffung der „Electrol“-Fahrräder für jedermann wesentlich erleichtert. Die „Electrol“-Fahrräder sind von d. S. Berlin W. 8, Leipziger Str. 23, gefastet Vorpreis ohne Kaufzwang.

Wetterbericht der Deutschen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Böllig bis keller und unbedäun. Radid sehr kühl. Strichwelle nachtrofgefahr. — Für Drückluft: Im Westen und Süden mäßig bis heiter ohne erhebliche Niederschläge. Ueberall unbedäunig und kühl.



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Die Arbeiten des neuen Berlin. Zukunftsbau im Bezirk Weissensee.

Weissensee ist ein etwas vergessener Bezirk der Weltstadt. Es hat mit 4700 Hektar eine Ausdehnung wie fünf Innenbezirke. Vor Jahrzehnten aber war Weissensee ein beliebter Ausflugsort. Das große Restaurant von Stormer am Weissen See war das Ziel von Tausenden von Berlinern. Stormer war den Berlinern vor zwanzig Jahren, was uns heute der Lunapark ist. Die Waisern und Parteiveranstaltungen bei Stormer werden den allen Genossen unvergessen sein. Damals ging die Pferdebahn nur bis zum Königstor, und von dort mußte gewandert werden. Zwischen Weissensee und Berlin liegt ein langer Gürtel unbebauten Geländes, das für die Industrie als Lagerplatz dient. Dieser Gürtel schließt Weissensee von der Weltstadt ab. Er macht diesen Bezirk gleichsam zu einem idyllischen Provinzstädtchen.

Die Verkehrsverhältnisse.

Weissensee hat heute rund 60 000 Einwohner. Im letzten Jahr hat sich die Einwohnerzahl um etwa 7000 erhöht. Die Wohnbautätigkeit hat im Bezirk Weissensee in den letzten Jahren stärker eingesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß die Steigerung der Bevölkerungsziffer noch Jahre hindurch anhalten wird. Durch die städtische Baugesellschaft und durch die private Bautätigkeit werden im Laufe des Jahres 3000 neue Wohnungen geschaffen. Gegenüber dem Jahre 1926 bedeutet diese Ziffer eine Zunahme von rund 2000 Wohnungen. In den früheren Jahren war die meist proletarische Bevölkerung Weissensees in den Industrien des Bezirks beschäftigt. Die Industrie in Weissensee ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, so beschäftigen frühere Großbetriebe heute nur noch einen geringen Prozentsatz ihrer früheren Belegschaft. Der größte Teil der Weissenseer Bevölkerung ist heute in den Fabriken der Innenstadt beschäftigt, und der Bezirk hat zur schnelleren Beförderung der Arbeiter, wie fast alle Außenbezirke, in den letzten Jahren das Verkehrsnetz erweitern müssen. Nur drei Straßenbahnverbindungen und zwei Autobuslinien, die nicht einmal bis in das Herz des Bezirks führen, stellen die Verbindung mit den übrigen Bezirken dar. Um eine schnellere Verkehrsverbindung zu schaffen, hat der Bezirk den Wunsch, einen Ausbau der Untergrundbahn nach Weissensee zu schaffen. Die Pläne hierfür sind seit langem fertiggestellt. Bei dem Umbau des Untergrundbahnhofs Alexanderplatz wird ein Bahnhof mit eingebaut, der später dem Anschluß von Weissensee an das Untergrundbahnnetz dienen soll. Der Bahnhof Alexanderplatz wird, wie der Bahnhof Rollendortplatz, dreistöckig gebaut. Von hier aus gehen dann die Linien nach Danziger Straße, nach Lichtenberg und nach Weihensee. Leider fehlt jede Straßenbahnverbindung nach den Nachbarbezirken Pantow und Lichtenberg. Die Weissenseer Arbeiter müssen wenn sie in den beiden Nachbarbezirken beschäftigt sind, jeden Tag zeitraubende Fahrten machen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Der Bezirk will eine Querverbindung schaffen und hat dazu schon die Straßen, durch die die neue Verbindung gelegt werden soll, ausgebaut. Es wäre erwünscht, wenn diese Querverbindungen, wie sie auch von den anderen Bezirken geplant sind, einheitlich in der Art der Außenringe gestaltet würden. Für die zu Weissensee gehörenden Orte Malchow und Hohenschönhausen wünscht der Bezirk Ausbau einer Straßenbahnlinie. Linien 60, 61, 62 oder 72 kämen für Malchow und die Autobuslinien 8 oder 14 für Hohenschönhausen in Frage.

Verwaltungs- und Schulbauten.

Weissensee hat kein Zentralverwaltungsgebäude. In den verschiedensten Gebäuden — räumlich weit voneinander getrennt — sind die einzelnen Verwaltungen in Miethäusern, einem Bediengheim und dergleichen untergebracht. Das kleine Rathaus konnte nur die Bezirksstatistikverwaltung aufnehmen, selbst der Bürgermeister und einzelne Stadträte sind in einer früheren Villa untergebracht. Die Verwaltungsarbeit ist naturgemäß durch diese Zersplitterung sehr erschwert und verteuert. Ein Heer von Boten hält den Verkehr zwischen den einzelnen Verwaltungen aufrecht. Der Bezirk hat den Wunsch, ein Verwaltungsgebäude zu errichten, das alle Dienststellen und auch die Polizei aufnehmen kann. Die Schulbauten, die längst nicht mehr ausreichend sind, sind in einem trostlosen Zustande. Eine geregelte Unterrichtsverteilung ist durch fliegende Klassen und Barackenschulen, die noch von der Kriegszeit her in Weissensee stehen und jeder familiären Einrichtung ermangeln, erschwert. Die zentralen Stellen in Berlin haben ihre Zustimmung zur Errichtung eines Gymnasiums und einer Berufs- und Handelsschule in Weissensee gegeben. Des weiteren soll eine Baracke zur vorläufigen

Aufnahme einer Berufsschule, ein Schulgebäude für die 8. Volksschule und eine Doppelturhalle für die Volksschule Wörthstraße gebaut werden. An Ausbauarbeiten für Schulgebäude ist vorgesehen die Anlage einer Kanalisation in den Schulen Köditzstraße, ein Ausbau an die Volksschule in der Langhansstraße und Wörthstraße. Der Bezirk hat einen bestehenden Kinderhort ausgebaut und die Verschönerung der Kinder in die Ferienkolonie ausgebaut. Das vorhandene Ferienheim Birckholzaue wurde vergrößert und ausgebaut. Für die Jugend wurde ein Jugendheim geschaffen. Eine dringende Abhilfe bedürfen die Zustände in der Feuerwehr. Die Dampfspritze der Feuerwehr ist in einem völlig unzureichenden Gebäude untergebracht. Der Bau eines Feuerwehrdienstgebäudes ist vom Magistrat bewilligt.

Freibad am Orankesee.

Der Bezirk plant die Anlage und Einrichtung eines Naturbades am Orankesee und Umgestaltung des umliegenden Brachgeländes zu einer öffentlichen Erholungsstätte für die Bevölkerung des Nordostens von Berlin. Die gesamte Anlage liegt im Grüngürtel von Groß-Berlin und ist bequem über Weissensee mit mehreren Straßenbahnlinien und über Hohenschönhausen mit der Linie 66 in je 15 Minuten zu erreichen. Der Bezirk will dem von der Natur nur sehr sorgfältig bewachten Nordosten Berlins auf künstliche Weise Frei- und Grünflächen schaffen, die als Lungen der werktätigen Bevölkerung dienen sollen. Die Gesamtfläche des Orankesees beträgt 4,5 Hektar und bietet bequem für 6000 Personen Badegelegenheit. Der große vorgelagerte Strand ermöglicht Tausenden von Menschen Gelegenheit zum Luft- und Sonnenbaden. Das Wasser des Sees kann durch eine Zentrifugalpumpe mittels einer provisorischen Leitung in den Regentank der Bushaltee gepumpt werden und fließt dann durch diesen Kanal nach dem „Weissen See“ ab. Nach Trockenlegung sollen der seit vielen Jahren abgelagerte Schlamm und die Algen und sonstigen Gewächse mit dem Wurzelwert entfernt werden. Das gewonnene Erdreich wird zur Verbreiterung der Strandanlagen und zum Auffüllen der großen Tiefen benutzt. Die neue Seefläche soll ganz allmählich abfallen, so daß auch eine große Menge von Nichtschwimmern ziemlich weit in den See hineingehen kann.

Nach Beendigung der Reinigungsarbeiten und Einbau des Rettungsteges wird das Becken vom „Obersee“, der etwa 2,50 Meter höher liegt, wieder aufgefüllt. Im Anschluß an den Badestrand ist ein Grünstreifen, der als Luft- und Sonnenbad dienen soll, vorgesehen. Für die nichtbadenden Besucher ist eine Seepromenade mit geräumigen, erhöhten Sitzplätzen mit Lieberblichmöglichkeiten über den Strand und den See hinaus geplant. In unmittelbarer Nähe und auf dem gleichen Grundstück befindet sich ein Restaurant mit Sommer- und Winteraal, Terrassen, Gartenanlagen usw., so daß keine besonderen Restaurationsräume errichtet werden brauchen. Am Badestrand sind acht Trinkwasserstellen geplant. Der Bezirk hat die frühere Rennbahn Weissensee aufgekauft und als Spiel- und Sportplatz umgebaut. Am „Faulen See“ wurde ein Stadion errichtet und das Wäldchen am Faulen See als Erholungsanlage hergerichtet.

Weissensee konnte in den letzten Jahren auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung erhebliches leisten. Vor der Eingemeindung war Weissensee sehr arm. Erst langsam konnten die Spuren dieser Armut durch die Unterstützung des großen Berlin beseitigt werden. Es wäre aber zu wünschen, daß diese Unterstützung in noch größerem Ausmaße vor allem den Bezirken mit proletarischer Bevölkerung zuteil wird.

Der Haushalt der Stadt Berlin.

Im Lichte sozialdemokratischer Politik.

Die Einnahmen.

Sämtliche Zweige der städtischen Verwaltung haben ihre besonderen Einnahmen, aber kein einziger Zweig kommt mit diesen Einnahmen aus außer zweien: der Betriebsverwaltung und der Steuerverwaltung. Die natürliche Folge davon ist, daß diese beiden auch für den Bedarf aller übrigen Verwaltungszweige aufzukommen haben. Die Ueberschüsse der Werke und die städtischen Steuern decken die gesamten Ausgaben der Stadt auf sozialem und kulturellem Gebiete wie für Zwecke des Straßenbaues und des Verkehrs.

Es ist bedauerlich, daß der größte Teil dieser Einnahmen seitem

Wesen nach eine indirekte Besteuerung der Bevölkerung bedeutet. Solange aber die Mehrheitsverhältnisse im Reich und in Preußen eine sozialere Finanzpolitik unmöglich machen, muß sich der Kommunalpolitiker mit dieser Tatsache abfinden und innerhalb des gegebenen Rahmens eine möglichst soziale Verteilung der Lasten zu erreichen suchen.

Die städtischen Werke sollen im Jahre 1927 insgesamt 44 Millionen Mark an die Stadt abliefern. Diese Summe entspricht durchaus dem, was auch vom Standpunkt sozialdemokratischer Politik aus verantwortet werden kann. Wir hüten uns daher, die vorhandenen Betriebe der Stadt zu Abgaben zu zwingen, die ihre innere Rentabilität irgendwie gefährden könnten. Denn wir wissen, daß kommunale Werke eine Etappe auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft darstellen und daß alles getan werden muß, um ihre Lebensfähigkeit und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber privatkapitalistischen Betrieben zu erweisen. Aber wir können andererseits bei der augenblicklichen Lage der Gemeinden nicht auf erhebliche Zuschüsse aus den Werken verzichten. Die Sozialdemokratie hat der Heranziehung der Werke zur Bilanzierung des Etats darum stets zugestimmt, soweit dadurch keine Tarifierhöhung erforderlich wurde und soweit die Abgaben auch vom wirtschaftlichen Standpunkt der Werke aus verantwortet werden konnten. Sie hat es durch diese ihre Politik erreicht, daß die Berliner städtischen Werke in ihrer überwiegenden Mehrzahl innerlich kerngesunde Wirtschaftsbetriebe geworden sind, die auch in Krisen, die alles andere eher als sozialistisch gefinnt sind, dem Gedanken des gemeinwirtschaftlichen Betriebes Freunde geworden haben. Man braucht nur an den Kampf um die mit höheren Tarifen und unzulänglichen technischen Mitteln arbeitenden privaten Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im Südwesten Berlins zu denken oder an die Vereinheitlichung der Verkehrsunternehmen der Stadt. Doch die geforderten Abgaben der Werke ohne Gefährdung ihrer Rentabilität geleistet werden können, steht außerhalb jedes Zweifels. Es darf vielleicht daran erinnert werden, daß der Rohüberfluß der Straßenbahn allein fast ebensolch beträgt wie die Abgaben aller Werke zusammen genommen.

Die Werksabgaben decken ungefähr den zehnten Teil des gesamten Bedarfs aller städtischen Verwaltungen. Neun Zehntel sind durch Steuern aufzubringen.

Der Steuerhaushalt hat sich gegenüber der Vorkriegszeit völlig verändert. Während früher der lokale Zuschlag zur Einkommensteuer, also eine direkte Steuer, das Rückgrat des gesamten Steuerbaus ausmachte, ist heute die vom Staate zugewiesene Einkommensteueranteils fast nicht mehr der ausschlaggebende Faktor im Steuerhaushalt. Durch die Einkommensteuer wird nicht einmal ein Viertel des Bedarfs gedeckt. Der Kampf Berlins um eine gerechte Verteilung des Gesamtaufkommens aus der Einkommensteuer ist noch in frischer Erinnerung. Der vereinigte Phalanx der Deutschnationalen, der Volkspartei und des Zentrums haben es die schaffenden Klassen Berlin zu verstanden, daß von der in Berlin selbst aufgebrachtene Summe in Höhe von 110 Millionen nur etwa 90 Millionen in Berlin verbleiben, daß also volle 20 Millionen durch andere, indirekte Steuern aufgebracht werden müssen.

So ist es dahin gekommen, daß heute der Steuerhaushalt der Stadt auf drei aneinander gleichstarke Pfeilern ruht: neben dem Anteil an der Reicheinkommensteuer auf der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Sie sollen sämtlich nach dem Vorschlag des Magistrats rund je 90 Millionen einbringen. Die Bedenken, die gegen eine Erhöhung der Grundsteuer vom Standpunkt der zur Miete wohnenden Bevölkerung, gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer vom Standpunkt aller Verbraucher aus sprechen, sind hier bereits eingehend dargelegt worden. Die Sozialdemokratie kann und wird ihre Hand nicht davor ziehen, weil sie eine erhöhte Belastung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung Berlins für untragbar hält.

Fünf weitere Steuern, die insgesamt etwa 100 Millionen einbringen, bilden die Ergänzung des Steuerhaushalts. Voran die Steuern auf Grunderwerb und Wertzuwachs mit zusammen über 30 Millionen, an deren Erhaltung die Sozialdemokratie nicht rütteln lassen wird, so kräftig auch gerade jetzt der Kulturm der „Interessenten“ gegen die „wirtschaftsschädigende“ Höhe der Steuer einsetzt. Weit schwieriger liegen die Verhältnisse bei der Vermögens-, der Getränke- und schließlich der Hundesteuer, die letzten Endes doch von den breiten Massen getragen werden müssen. Ein Abbau wird zurzeit noch nicht möglich sein; er würde auch bei der Vermögens- und Getränkesteuer schließlich nicht den Konumenten zugute kommen. Charakteristisch für die Politik des Bürgerblocks ist es, daß die Weinsteuer den Gemeinden entzogen ist, während die Biersteuer aufrechterhalten ist.

Die Sozialdemokratie wird alles daransetzen, um den Etat ohne jede Erhöhung einer Steuer, die die breiten Massen belasten könnte, zu verabschieden. Sie wird gleichwohl verlangen, daß alle dringenden Aufgaben der Stadt im laufenden Jahre er-

DER GRÖSSE UNSERER FABRIK ENTSPRICHT DIE GRÖSSE UNSERER AUSWAHL!



SALAMANDER



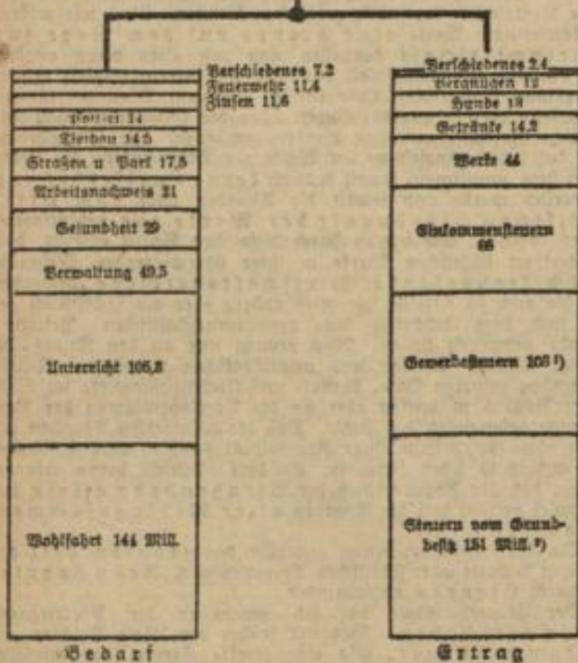
fällt werden, weil sie der Ueberzeugung ist, daß dies im Rahmen des jetzigen Haushaltsplanes möglich ist. Wenn es ihr gelingt, das Gleichgewicht im Etat auf dieser Grundlage herzustellen, so darf sie dies als einen der größten Erfolge konsequenter sozialdemokratischer Politik im neuen Berlin buchen.

Jeder Berliner zahlt jährlich für Berlin:

(in runden Ziffern)	Mark
Einkommensteuer	30,00
Gewerbesteuer (abwählbar)	20,00
Miete (umgelegte Grund- und Haussteuer)	18,00
Tarifpreis (Anteil an den Ueberschüssen der Werke)	10,00
Vergnügungssteuer	8,00
Grundsteuer	8,00
Biersteuer	2,00
Brantweinsteuer	1,00
Insgesamt:	78,00

Das Gleichgewicht.

Ertrag und Bedarf im ordentlichen Haushalt Berlins.



1) Darunter 20 RM. Umfahsteuer, 1 RM. Schankkonzessionssteuer
2) Darunter 25 RM. Hauszins-, 18 RM. Grundbesitz-, 13 RM. Wertgegenstandssteuer.

Aus den Bezirken.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksverordnetenversammlung am 20. April widmete der Vorsteher den verstorbenen Genossen Hecht und Köhler einen Nachruf, in dem er ihre Tätigkeit im Dienste der Arbeiterschaft und ihre kommunale Tätigkeit mit warmen anerkennenden Worten schilderte. Die Versammelten hatten sich während dieses Nachrufes zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Für den Genossen Hecht ist Genosse Kermes in die Stadtverordnetenversammlung und Genosse Linsenbath in die Bezirksverordnetenversammlung einberufen. Als Fraktionsvorsitzender ist Genosse Litzner gewählt. Von den für eine einheitliche Schulverfassungsforderung vom Bezirksamt getroffenen Maßnahmen nahm die Versammlung Kenntnis. Auf eine Anfrage der KPD-Fraktion betriebs des gefährlichen Zustandes der Bürgersteige in der Cantienstraße berichtete Stadtrat Genosse Weber, daß das Bezirksamt beabsichtigt sei, die bestehenden Mißstände abzustellen und daß dazu bereits Verhandlungen eingeleitet worden sind, die aber auf große Schwierigkeiten stoßen. Von einer Vorlage über die vorläufige Haushaltsmittels für 1927 wurde Kenntnis genommen. Für die erstmalige Einrichtung der Säuglingsfürsorgestelle in der Star-garder Straße wurden aus Vorbehaltsmitteln 1506,25 M. bewilligt. Auf einen erneuten Versuch des Bezirksamts zur Errichtung eines zweiten Aufganges am Hochbahnhof Danziger Straße hat die Hochbahngesellschaft mitgeteilt, daß über die für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Bauausführungen mit dem Magistrat ein Programm aufgestellt und darin ein zweiter Aufgang für den Bahnhof Danziger Straße noch nicht vorgesehen sei. Das Bezirksamt wird für das nächste Etatsjahr erneut diesen Antrag stellen.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Die bereits in der gestrigen Morgenausgabe kurz berichtet wurde, fand am vergangenen Mittwoch in der Bezirksversammlung die Ersatzwahl für den infolge Ueberalterung in den Ruhestand ge-

tretenen Stadtrat und stellvertretenden Bürgermeister Genossen Brandt statt. Zur engeren Wahl standen außer dem unbesoldeten Stadtrat Genossen Hermann Schweikardt der volksparteiliche Bezirkskämmerer Dr. Grunow, der deutschnationale Stadtrat Brandt und der kommunistische unbesoldete Stadtrat Gabel. In der Wahl vorausgegangenem Aussprache gab der Kommunist Fröhlich die Erklärung ab, daß die KPD auf keinen Fall für einen Bürgerlichen stimmen und trotz geringer Aussichten an ihrem Kandidaten festhalten werde. Diese Erklärung veranlaßte den rebellischen Volksparteiler Dr. Falck zu der etwas gemündeten Erklärung, daß die Volkspartei ursprünglich für den Kommunisten stimmen wollten, nach Fröhlichs Ausführungen aber sich besonnen hätten. Sie werden auch nicht mehr an dem eigenen Kandidaten Dr. Grunow festhalten, sondern weiße Zettel abgeben. Der wahre Grund dieser Erklärung ist aber der, daß die Demokraten und Zentrumsverordneten den Volksparteilern die tolle Schallerei gezeigt und die Parole ausgegeben hatten, geschlossen für unseren Kandidaten zu stimmen. Der deutschnationale Schutz plädierte für den eigenen Kandidaten Brandt. Die Wahl ergab für Genossen Schweikardt 35 Stimmen, für Brandt 18 Stimmen der Deutschnationalen und Volksparteiler, welche also trotz der Erklärung von Dr. Falck keine weißen Zettel abgaben, und 11 Stimmen für Gabel, so daß Genosse Schweikardt bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde. Nach diesem Ergebnis entfernte sich die Rechte. Zur Untersuchung des Todesfalles des Fr. Kraner im Krankenhaus Gütchiner Straße wurde ein Ausschuss eingeleitet. An einen anderen Ausschuss ging ferner ein Antrag der KPD betr. Bewilligung von Sonderbeihilfen für Erwerbslose. Einer Vorlage des Bezirksamts, neben den zurzeit bestehenden drei Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen im Bezirk noch drei weitere einzurichten, stimmte die Versammlung zu. Ein Antrag der KPD, der verlangte, daß vom Bezirksamt dem Stahlhelmtag am 8. Mai Generäle Vorbesuch geleistet werde, gab dem Bürgermeister Genossen Dr. Herz Gelegenheit zu der bestimmten Erklärung, daß selbstverständlich im Bezirk Kreuzberg dieser Veranstaltung weder direkte noch indirekte Unterstützung durch die städtischen Behörden zuteil werde. Genosse Dr. Herz stellte außerdem fest, daß diese Haltung einheitlich für alle zwanzig Bezirksämter gelte.

8. Bezirk — Spandau.

Die Bezirksversammlung beschäftigte sich bei der Erledigung ihrer Tagesordnung sehr eingehend mit der Vorlage über Ausbau des Friedhofes in den Kissen zu einem Sammelriedhof. Obwohl die zuständigen Deputationen und Ausschüsse sowie das Bezirksamt sich bereits für die Annahme der Vorlage entschieden hatten, glaubten die berechtigten Parteien, noch einmal die Gründe vorbringen zu müssen, die gegen die Anlage eines Sammelriedhofes sprechen. Es wurden angeführt: Unterbindung der Bautätigkeit, die Gefahren durch die Nähe des Wasserwerkes, daher Verlegung des Sammelriedhofes nach Pausin, Seeburg oder Weinberge. Es wurde von allen ihren Rednern Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss beantragt. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion entkräftete die angeführten Gründe und entwickelte die Gesichtspunkte, die die Sozialdemokratie veranlassen, für die Vorlage zu stimmen. In der Abstimmung wurde der Ausschussantrag der Bürgerlichen mit großer Mehrheit abgelehnt und die Vorlage angenommen. Der linken Mehrheit hatten sich auch die beiden Vertreter der Wirtschaftspartei angeschlossen. Außerdem gelangten noch verschiedene Anträge zur Annahme, die sich auf Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für die neue Straßenbahnlinie 75 und die Omnibuslinie nach Staaten bezogen.

12. Bezirk — Steglitz.

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung vor den Osterferien zeichnete sich durch bemerkenswerte Kürze aus. Unter Mitwirkung verlas der Vorsteher ein Gutachten der Akademie des Städtebaues über die Umgestaltung des Platzes an der Dreifaltigkeitskirche in Kantow, das sich lobend über den Plan des Stadthausrats Fremmler äußert. In einer früheren Sitzung war ein kommunistischer Antrag über die Benutzung des Skulptur Pumpwerks an einen Ausschuss verwiesen worden. Genosse Lohse stellte bei der Behandlung dieses Antrages fest, daß die Antragsteller in den Ausschussfragen gar nicht anwesend waren. So groß ist ihr wirkliches Interesse für die Ermittler, denen das Werk nutzbar gemacht werden soll! Entsprechend dem Ausschussantrag wurde beschlossen, ein vorhandenes Bureauhaus für Ermittler umzubauen. Die Anträge wurden dahin beantwortet, daß Räume für den Arbeitsnachweis noch nicht gefunden seien, daß aber weiter gesucht werde. Ein Lustbad ist auf dem Sportplatz in Lichterfelde geplant. Eine längere Debatte entspann sich über den deutschnationalen Antrag, die Anschaffungs-gesellschaft, die bereits zusammengebrochen sei, abzubauen. Unterstützt wurde dieser Antrag von der Wirtschaftspartei. Man zog sich wiederum auf den Schutz des Mittelstandes zurück und behauptete, daß deswegen die Anschaffungs-gesellschaft abgebaut werden müsse. Genosse Rohrbach und Genosse Heintz wiesen dagegen auf die Zentralisation der Kleinkaufleute in Einkaufsgesellschaften hin und betonten, daß Geschäfte mit vielen Filialen doch auch nicht jeder Filiale den besonderen Einkauf für ihren Bedarf überlassen. So kann auch das große Gemeinwesen Berlin nicht jedem Bezirk überlassen, dort einzukaufen, wo er wolle. Der deutschnationale Antrag wurde infolge dieser Beweisführung abgelehnt. Wichtig war der einstimmige Beschluß, das Grundstück in der Bismarckstraße, Steinstraße, Wolfstraße der Gemeinnützigen Baugesellschaft Heerkstraße zum Bau von Kleinwohnungen zu überweisen und zu verpachten. Angenommen wurden ferner zwei Anträge, einer der Demokraten auf Einfluß der Bezirke auf die Organisationsänderung

von Groß-Berlin und einer unserer Genossen auf Abschaffung der Gehaltsklassen 2 und 3, die einer Stadt wie Berlin unwürdig sind.

16. Bezirk — Weißensee.

In der Bezirksverordnetenversammlung vom 20. April gab zunächst der Vorsteher, Genosse Thiele, unter anderem bekannt, daß die KPD an Stelle ihres bisherigen Vorsitzenden Griebel den Bezirksverordneten Böttcher gewählt hat. Eine lebhafteste Aussprache rief die Vorlage des Bezirksamts über die Errichtung eines Nebenwochenmarktes in der Großen Seefraße, zwischen Schön- und Poststraße, hervor. Bezirksverordneter Thiele (Wp.) sprach im Namen der Handel- und Gewerbetreibenden gegen die Vorlage und brachte ein Protestschreiben der Weißenseer Geschäftswelt zur Vorlesung. Genosse Sahin sprach die Zustimmung unserer Fraktion aus. Die Vorlage des Bezirksamts wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nimmere nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß bei der Verteilung der restlichen Zuschußmitteln für 1926 dem Bezirk noch 282 Wohnungen grundsätzlich genehmigt worden sind. Es kommen hierfür folgende Bauvorhaben in Betracht: Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau K.-G. (Gedag) in Berlin auf städtischem Gelände an der Buschallee 142 Wohnungen, Charlottenburger Baugenossenschaft, e. m. b. H., auf dem privaten Gelände an der Straßburgstraße, Wehstraße und Hindenburg 80 Wohnungen, Allgemeine Wohnbauverein für Groß-Berlin auf privatem Gelände an der Berliner Allee (Schule) 60 Wohnungen. Für 1927 sind weitere 360 Wohnungen vorgemerkt, die durch die Bankower Heimstätten-gesellschaft in der Roßnerstraße ausgeführt werden sollen. Mit der Hergabe des erforderlichen Geländes erklärte sich die Bezirksversammlung einverstanden.

Ein gefälliges Kreisballett veranstaltete die 69. Abteilung in Bilmersdorf vor kurzem im Viktoria-garten, das um 7 Uhr begann und etwa 150 Mitglieder und Freunde unserer Partei bei Musik und Tanz bis 1 Uhr nachts zusammenhielt. Für die Darbietungen waren erste Künstler gewonnen worden. Die Pianistin Erna Klein spielte Stücke von Grieg, Schubert und Mendelssohn. Es gelang ihr, trotz des wenig guten Klaviers die Zuhörer ganz in ihren Bann zu ziehen. Käthe Wagner-Breiter sang mit ihrer schönen, gut durchgebildeten Stimme Lieder von Schubert und Hoffmann. Als Conférencier wirkte Theo Kerei, der von vornherein die Zuhörer in eine gute Stimmung brachte. Besonderen Beifall erntete er durch seinen glänzenden Vortrag von politisch-satirischen Dichtungen von Glasbrenner, Weinert und aus dem Bürgerpiegel. Großen Anklang fanden auch die Darbietungen des Jamboukünstlers Fred Korro. Als nach Schluß des künstlerischen Teils ein riesiger Schinken als Hauptrefreer einer kleinen Verlosung — als Trostpreise waren verschiedene gute Bücher von Parteigenossen gestiftet worden — durch den Saal getragen wurde, war der Jubel groß. Die aufgelagerten Lose wurden im Handumdrehen verkauft. Der Hauptgewinn fiel einem schon seit einem Jahre arbeitslosen Parteigenossen zu, was allgemeine Befriedigung auslöste.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftskeller: Berlin S 14, Seckelstr. 1738, Hof 2 Z.
Reichsbanner: Fr., 8. 20. Turnabend, Turnhalle Metzger Str. — Reichsbanner: Erwerbslose Kameraden Arbeitsdienst Co., 8. 30. 2 1/2 Uhr, Köpenickerstr. — Kreuzberg: Co., 8. 30. 6 Uhr, Sitzung der erweiterten regionalen Leitung bei Krupp, Pflaumer 70 (Gde. Am Urban). 7 1/2 Uhr Sitzung des erweiterten Kreisverbandes mit den Funktionären im großen Saal. — Winteroperabellung: Co., 8. 30., 8 Uhr, wird die Schule Ostend im Schöne-park (Hörsaal-Ausstellung) von unserer Winteroperabellung vorgeführt. Frage Zeitnahme erwidert. — Kreuzberg: Am Sonntag, 8. 1., nachm. 3 1/2 Uhr, Sonntag (ohne Reichsbanner) mit Kindern an der Bismarck-Platz. Mitreue und weisse Kameraden müssen dort ankommen. Einparken: Sonntag, 8. 1., 12 Uhr, 12 Uhr, 12 Uhr. — Weibliche: Die Anschaffung des erforderlichen Bau-Prezinger, Winterabend, findet am Sonntag, 30. April, vorm. 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt. Die Kameraden treffen sich um 10 Uhr bei Müller, Uferstr. 12.

Freizeitsportliche Gemeinde Berlin, e. V., Ortsgruppe Köpenick. Der Vorbereitungsunterricht der freizeitsportlichen Gemeinde, Ortsgruppe Köpenick, zur Jugendweitschule jeden Mittwoch nachmittags von 3 1/2—6 1/2 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 3 statt.

Reise in die Reichshauswirtschaft zu Charlottenburg. Freitag abend 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr Anfangs-, Fortschritt- und Reichshaus-Verbindungs-, Siemens-Verbindungs-, 8 1/2 Uhr.

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Reichsbanner der Kriegswidrigsten, Kriegswidrigsten und Kriegswidrigsten. Bezirk Zentrum, Sonntag, 8. Mai, findet im Kolonnenhof, Pöppelstr. 12, die Monatsversammlung statt. Referat Kam. Schwarz: „Die Stellung der Kriegswidrigsten zur Staatsform und zum Frieden“.

Arbeiter-Klub Berlin-Weißensee. Jugendweitschule in Weißensee. Der Vorbereitungsunterricht für die Herbstjugendweitschule beginnt heute, Freitag, nachmittags von 4—6 Uhr, im Schulhaus Wilhelmstraße. Anmeldefrist: 10 Uhr dort auszufüllen.

Konferenz der „Die Roten Kameraden“, Ortsgruppe Berlin, e. V., zentrale Kassen. 20. Charlottenburg: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Gericke, 20. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Schuldbücherei: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. Zimmer 1, Bismarckstr. — Wkt. Südost: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Weidenburger Str. 66. „Eoslogie.“ — Wkt. Südwest: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Nordstr. 11. „Widrigkeiten.“ — Wkt. Ostend: Freitag, 20. April, 8 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Gemeine Fragen.“ — Ortsgruppe Berlin: Sonnabend, 20. April, beginnt die zentrale Kassenarbeit, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“ — Wkt. Weibliche: Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, im Heim Köpenicker, 10. „Die Roten Kameraden von 1904.“

Kaiser's Sonderangebote

- Freitags und Sonnabends in unseren 107 Groß-Berliner Filialen
- Kaiser's Kaffee „Marke Kaffeekanne Extra“ neu eingeführt M. 2.00 das 1/2 Pfund-Paket
 - Kaiser's Kaffee „Marke Kaffeekanne“ M. 1.55 das 1/2 Pfund-Paket
 - Kaiser's Kaffee Perl Sorte „Ausnahme“ M. 1.15 das 1/2 Pfund
 - Kaiser's Kaffee „Wohlfeile Sorte“ M. 1.05 das 1/2 Pfund
 - Kaiser's Tee „Ceylon-Spezial-Mischung“ } 60 Pf. das 1/10 Pfd.-Paket
 Die feine Mischung für den Berliner Geschmack } 120 Pf. das 1/5 Pfd.-Paket

Täglich unsere bekannten Qualitäts-Kaffees in den Preislagen:
 Mark 4.80, 4.60, 4.40, 4.20, 4.00, 3.60, 3.20, 3.00, 2.80, 2.60, 2.40 das Pfund
 sowie unsere feinen aromatischen Tees
 Mark 8.00, 7.00, 6.00, 5.20, 4.60, 4.00 das Pfund, lose und in Paketen.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Ueber 1000 Filialen



Die falsche Front des Maschinenbaus.

Sozialpolitische Reaktion oder Handelspolitik.

Der Geschäftsführer, Direktor Lange, des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten gilt nicht mit Unrecht als einer der geschicktesten Taktiker in der deutschen Wirtschaftspolitik. Die gestrige Tagung des Vereins hat aber gezeigt, daß allein mit taktischen Gesichtspunkten noch nichts oder doch nur wenig getan ist und daß Herr Lange sich von

seinen Gegenspielern in eine Lage hat treiben lassen,

in der er nicht mehr wie bisher die wahren Interessen seiner Industrie, des Maschinenbaus, mit dem Nachdruck vertreten kann, wie man das bisher gewohnt war.

Das Wirtschaftsprogramm des Rechtsblocks scheint ungefähr das folgende Gesicht zu haben: Zuerst werden die unumgänglichen sozialpolitischen Abschlagszahlungen geleistet; sie bestehen in der Duldung der Welle von Lohnerhöhungen, die die Arbeiterschaft sich jetzt überall im ganzen Lande erkämpft. Sie bestreiten weiter in kleineren sozialpolitischen Reformen ohne erhebliche Bedeutung wie dem sogenannten „Arbeitszeitnotgesetz“ und der Besserstellung einzelner Gruppen von Invalidenrentenempfängern. An diese sozialpolitischen Abschlagszahlungen wird man vielleicht zur Beruhigung der Gemüter noch eine scheinbare Verschärfung der Kartellgesetzgebung anknüpfen, die man dann sofort in der praktischen Auswirkung wieder zunichte machen wird. Nachdem man so anscheinend eine überraschend liberale Politik erlitten hat, wird man zur Befriedigung der handelspolitischen Wünsche der stärksten Koalitionsparteien übergehen. Dabei werden die Weinsfrage im Handelsvertrag mit Frankreich und die Schweinefrage im Handelsvertrag mit Polen die größte Rolle spielen; an diesen Fragen wird man die für Deutschland

gemeinen. Herr Lange, der geschickte Taktiker, hat mit seiner sozialpolitischen Taktik

die handelspolitischen Interessen des Maschinenbaus preisgegeben und der Schwerindustrie einen großen Dienst geleistet. Ihr Bündnis mit der Landwirtschaft ist schon perfekt; daß die Verarbeiter im gleichen Augenblick sich zu Trägern der von der Schwerindustrie ausgehenden Parole machen, sichert den Erfolg des Bundes, der der wirtschaftliche Hintergrund der neuen Koalition ist. Die Seitenhänge der Verarbeiter werden den schwarzblauen Block auch in der Handelspolitik zusammenschweißen und allmächtig machen. Herr Lange hat mit seinem Trotz im Gefolge der sozialpolitischen Reaktion dieser Koalition die deutsche Handelspolitik ausgeliefert. Damit hat er die Interessen nicht nur der Arbeiterschaft und der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch seiner Industrie aufs schwerste geschädigt. Und das alles aus Taktik. . .

Die Tagung der Maschinenbauer.

Die gestrige Tagung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten hatte drei Höhepunkte: Die schon gestern mitgeteilte Begrüßungsansprache des Reichsaussenministers, in der Dr. Stresemann den scharfen Widerstreit zwischen den Interessen der deutschen Außen- und Handelspolitik, die er selbst repräsentiert, und dem engherzigen Gewinn- und Rentenpartikularismus der Schwerindustrie und des Großagariertums, die Herr Schiele vertritt, vor aller Öffentlichkeit unterstrich. Die beiden anderen Höhepunkte waren das Plädoyer des Geschäftsführers Direktor Lange vom VDMB für die Maschinenindustrie und die Rede des bekannten Betriebs- und Bilanzwissenschaftlers Ernst Schmalenbach von der Kölner Universität über die geschäftliche und finanzielle Seite der Rationalisierung. Warum die

Professorenweisheit des Herrn Gustav Cassel kein Höhepunkt

der Tagung sein konnte, haben wir schon gestern angedeutet. Belehrsamkeit kann so systematisch und logisch sein, daß sie unfruchtbar wird für alle Praxis. Hier war sie es. Die einzige vernünftige Konsequenz, die aus der ebenso gelehrten wie unfruchtbareren Rede von Gustav Cassel zu ziehen ist, lautet, daß es vergeblich ist in einer Zeit, deren Kämpfe allein noch um die vernünftige planmäßige Organisation des Erzeugens und Verteilens geht, für einen zwar sehr kultivierten, aber sinnlos gewordenen Liberalismus zu werben. Prof. Cassels Plädoyer für die schrankenlose Bewegung der Arbeitskraft und für die Rationalisierung der Böhne war so theoretisch, daß es selbst bei den Maschinenfabrikanten kein Unheil anzurichten braucht, hat doch der größte Teil der Hörer das Worteln des Professors nicht verstanden.

Um so ernster muß die Öffentlichkeit mit Direktor Lange und seinen Ausführungen zur Bilanz und Kritik der deutschen Wirtschaftskrise rechnen. Direktor Lange und mit ihm der VDMB, ist nicht ohne Verdienste. Er hat sehr früh für seine Industrie die gründlichste Rationalisierung auch da gefordert, wo sie den Fabrikanten und Aktionären Opfer zumutet. Er hat für seine Industrie in Fragen der Handelspolitik auch da Vernunft bewiesen, wo andere Länder für ihre Maschinenindustrie Zollschutz verlangten, und er war nicht unter die sozialpolitischen Schatzmacher gegangen. Er hatte es auch nicht nötig, denn die Krise der Maschinenindustrie war die denkbar schwerste, und ihre Belegschaften standen ohnehin unter dem Druck der hinter ihnen stehenden gewaltigen Reservearmee von Arbeitslosen. Um so mehr muß heute vor der Öffentlichkeit unterstrichen werden, daß Direktor Lange im Namen der deutschen Maschinenindustrie

das sozialpolitische Kriegsbeil hoch emporhob

und proklamierte, daß nur niedrige Löhne der Weg zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit sein könnten und daß der beginnende Konjunkturaufschwung durch die Lohn- und Arbeitszeitbewegung unzeitig abgedrosselt werde. Es mag richtig sein, daß die verarbeitende Industrie keinen Pakt mit der eisen-schaffenden Industrie geschlossen hat, daß die Maschinenindustrie in die Front der sozialpolitischen Reaktionen einzuschwenken hat, nachdem die Eisenindustrie auf die Erhöhung der Eisenpreise nach langem Kampfe verzichtete. Nachdem aber Direktor Lange selbst die alles weniger als arbeiterfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns vom Standpunkt der Industrie als „Braunsche Krisenpolitik“ ablehnte, bleibt es bei der Tatsache, daß die Maschinenindustrie durch Herrn Direktor Lange heute offiziell in die Front der sozialpolitischen Reaktion eingereiht worden ist. Es ist einfach nicht wahr, wie Herr Direktor Lange behauptete, daß Lohnerhöhungen und Arbeitszeiterfahrungen deshalb verhängnisvoll seien, weil der Rationalisierungsprozeß noch viel Kapital verschlinge. Wahr ist vielmehr, daß erst jener Aufwand, zu dem die Unternehmerklasse gezwungen wird, sie auch zu jenen Kapitalaufwendungen anreizt, die die Rationalisierung voraussetzt und zur Bedingung hat.

Wenn das Hochheben des sozialpolitischen Kriegsbeiles der

Preis wäre, um den die Maschinenindustrie ihre sonstigen an sich vernünftigen Forderungen der Öffentlichkeit der Kapitalisten und der übrigen Wirtschaft plausibel machen kann, so müßte das wahrlich das Ansehen des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten sehr erschüttern. Es ist mutig, daß Herr Lange die private Bankenwirtschaft in Deutschland eine monopolistische genannt hat, gerade weil es gefährlich ist, das öffentlich auszusprechen. Es ist auch gut, daß er die Rationalisierung der deutschen Staatsverwaltung verlangt in dem Sinne, daß nicht 80 Minister und 2100 Parlamentarier zum großen Teil überflüssige Kosten machen, und daß er das Deutsche Reich mit einem Betrieb verglichen hat, dessen 18 Abteilungen darum streng voneinander geschieden sind, damit die gleichen Waren in grünweißes, weißblaus und schwarzweißes Papier eingewickelt werden, und daß Herr Lange von dem Reichsernährungsminister Schiele fordert, daß er Reichsminister nicht nur für die Ernährung der Landwirtschaft, sondern auch für die des ganzen Volkes sein sollte. Aber die deutsche Maschinenindustrie hat an der Aufstellung solcher Forderungen kein besonderes Verdienst, denn die Durchführung dieser Forderungen schlägt auch bei ihr in ersparten Kosten und höheren Gewinnen zu Buche, so sehr das in diesem Falle zugleich auch der ganzen Volkswirtschaft zugute kommt. Jedenfalls aber schneidet sich die Maschinenindustrie in das eigene Fleisch, wenn sie für die Erhebung dieser Forderungen das sozialpolitische Kriegsbeil noch höher hebt, als es bisher von den meisten Mitgliedern auch des VDMB schon geschehen ist. Prof. Ernst Schmalenbachs Rede über die

geschäftliche und finanzielle Seite der Rationalisierung zeigte,

wo zwischen den verschiedenen Theorien von Prof. Cassel und dem gewiß nicht ganz durchschnittlichen Interessenplädoyer von Herrn Direktor Lange die gut wissenschaftliche und zugleich gut praktische Mitte liegen kann. Es ist Schmalenbachs Recht, ein Feind des Marxismus zu sein, obwohl gerade dieser allen Problemen vernünftiger Betriebsorganisation mehr Verständnis entgegenbringt als das Unternehmertum, das zu vernünftiger Organisation erst gezwungen werden muß. Aber Prof. Schmalenbach ist auch ein Feind des Unternehmertums und der Unternehmerrummheit, wo er ihr begegnet, und deutschen Unternehmern ihre Unzulänglichkeit mit viel Mühe nahegebracht zu haben, war ein öffentliches Verdienst. Er sprach klar aus, daß

Arbeitslose entweder beschäftigt oder auf Kosten der Industrie unterhalten werden müssen.

Für die Kapitalbildung sei es grundsätzlich gleichgültig, ob sie bei dem Arbeiter erfolge oder beim Unternehmer. Auf den Staat schimpfen sei billig, koste gar nichts und mache immer einen guten Eindruck, und wenn es auch wahr sei, daß der Staat vielfach durch seine Steuerpolitik die private Kapitalbildung hindere, so sei an die von den Unternehmern sabotierte Ergänzungsteuer Erbergers zu erinnern, die gerade die Kapitalbildung dadurch fördern wollte, daß sie den Luxusverbrauch einer besonderen und scharfen Besteuerung unterwarf. Wer die staatliche Bureaucratie besonders in der öffentlichen Wirtschaft wie das Unternehmertum bekämpfe, dürfe die Bureaucratie in der Privatwirtschaft nicht übersehen, die hier nicht geringere Organe feiere als beim Staate.

Diese Bemerkungen wurden eingeflochten in den sachlichen Vortrag über die Rationalisierung, der auf einem hohen Niveau stand. Schmalenbach machte der Tagung begreiflich, daß die Maschinenindustrie dafür verantwortlich sei, daß Deutschlands Wirtschaft den Übergang zur Flieharbeit, die kein Problem von heute sei, richtig bewältige. Deutlicher als bisher werden sich in der Zukunft unter der Herrschaft des Flieharbeitsprinzips drei Typen in der Produktionsmittelindustrie herausbilden: Fabriken für die Gesamtanlage von Werken, Einzelmaschinenfabriken, von denen die ersteren weitgehend normalisierte Elemente beziehen, und Normalmaschinenfabriken, die der Typisierung der Produktion auf allen Stufen zu dienen hätten. Viel mehr als bisher müsse auch das Rechnungswesen rationalisiert werden, und vor allem müsse der dezentralisierte Betrieb zu überfachlicher Erfolgsrechnung in den einzelnen Abteilungen erzogen werden.

Die Tagungen der deutschen Maschinenbauer sind im öffentlichen Leben Deutschlands immer von einer besonderen Bedeutung gewesen.

Die Bilanz der diesjährigen Tagung

kann deshalb nicht befriedigen, weil sie im Widerspruch mit dem eigentlichen Interessen der Maschinenindustrie, die dreiviertel Millionen Arbeiter beschäftigt, und deren Gedeihen von dem wachsenden Wohlstand der breiten Massen abhängig ist, die schon bestehende sozialpolitische Spannung noch vertieft hat. Es ist nicht die Arbeiterschaft, die das zu bedauern hat. Die Arbeiterschaft führt um so lieber und um so erfolgreicher ihre Kämpfe, je klarer die Fronten sind. Die Arbeiterschaft wird sich auch nicht abhalten lassen, trotzdem die Politik der Eisenmonopolisten und der Schwergewer zu bekämpfen, die auch die eisenverarbeitende Industrie aufs schwerste schädigt. Sie verlangt dafür von der eisenverarbeitenden Industrie keinen Dank. Aber die eisenverarbeitende Industrie muß wissen, daß die Arbeiterschaft auch eine bewußte Verbreiterung der sozialreaktionären Front nicht fürchten wird, wenn den Worten von Herrn Lange auch Taten folgen sollten.

ungemein wichtigen Verträge mit Polen und Frankreich scheitern

lassen, ob dies Scheitern nun wie gegenüber Polen in der Fortsetzung des Zollkrieges oder wie gegenüber Frankreich in einer Vermehrung der Zahl der Provisorien ohne Definitivum seinen Ausdruck finden wird. Gleichzeitig wird man die Belastung der Verbraucher durch erhöhte Lebensmittelzölle weiter steigern. Als weitere Last für die Arbeiterschaft kommt hinzu das Stocken des Exports nach Frankreich und Polen; die hierbei erlittene Einbuße an Absatz schädigt der Verband Deutscher Maschinenbauanstalten auf zusammen 550 Millionen, die etwa 200 000 Arbeitern Beschäftigung geben könnten, die ohne sie noch arbeitslos bleiben müssen. Die Kosten für ihre Unterhaltung, die sich auf rund 200 Millionen Mark jährlich belaufen, trägt ebenfalls zum größten Teil die Arbeiterschaft; hinzukommt ihre Einbuße an Löhnen, die diese 200 000 sonst bezogen hätten (nachts 200 Millionen), und die erhöhten Ausgaben für die Waren, deren Preise und Zölle durch den Richtabschluß der Verträge künstlich hochgehalten werden. Dahin gehören insbesondere Mehrausgaben für Bekleidung; denn die Textilizölle sind eins der wichtigsten sorgsam gesicherten Kompensationsobjekte gegenüber Frankreich mit einer Massenbelastung von vielen Millionen Mark. Obendrein kann man mit Sicherheit erwarten, daß das neue Regime durch eine Senkung der Hauszinssteuer den Hausbesitzern ein großes Geschenk machen wird, das zur Einschränkung des öffentlichen Wohnungsbaus führen dürfte. So will man der Arbeiterschaft mit der einen Hand nehmen, was man ihr jetzt mit der anderen zu geben scheint. Zudem hat man mit der 20prozentigen Steuererhöhung von ihrem Einkommen schon eine Milliarde vorweg mit Beschlag belegt, die zum größten Teil den Hausbesitzern zufließt. So ist es deutlich, daß

die Arbeiterschaft keinerlei Vorteil von dem neuen Regime

hat und daß die Lohnerhöhungen, die die Industrie jetzt allgemein als Vorwand für erhebliche Preissteigerungen benützt, nur Erhöhungen des Nominallohns, nicht des Reallohns sind, zumal wenn man die Preissteigerung der letzten Monate in Betracht zieht. Das alles dürfte auch dem Taktiker des Maschinenbaus nicht unbekannt geliebt sein. Aus lauter Taktik hat er sich aber verpflichtet gefühlt, in seiner gestrigen Rede sich zunächst gegen die sozialpolitischen Abschlagszahlungen der Regierung zu wenden, als sei nicht das andere Programm schon völlig klar. Herr Lange tut damit der

Schwerindustrie den Gefallen, sich mit ihr in eine sozialpolitisch reaktionäre Einheitsfront zu stellen.

Er, der bisher wohlweislich das Unternehmerinteresse seiner Mitglieder in den Vordergrund gestellt hat, entdeckt jetzt ihre Arbeitgeberkollektivität mit der übrigen Industrie.

Was ist die Konsequenz dieser Haltung? Die Rechte in der Regierung kann triumphieren. Jetzt kann sie den Arbeitnehmern im eigenen Lager sagen: „Seht, so sieht die Sozialpolitik der freihändlerischen Maschinenindustrie aus.“ Sie wird ihnen jetzt einreden, daß Freihandel und sozialpolitische Reaktion zusammengehören. So wird es ihr möglich sein, die Gesamtheit ihrer Anhänger für ihr handelspolitisches Wahnsinnsprogramm zu



SIE KAUFEN IN UNSEREN GESCHÄFTEN

FÜR WENIG GELD

SCHÖNE UND GESCHMACKVOLLE SCHUHE

MERCEDES

Steigende Umsätze der Konsumvereine.

Von Zentralverband deutscher Konsumvereine liegt die Umsatzstatistik für den Monat März vor, zu der 57 Konsumgenossenschaften mit 1.534.251 Mitgliedern, also rund die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft, berichtet haben. Die Wochenumsätze sind im Monat März wieder ununterbrochen gestiegen. Von der ersten bis zur vierten Woche stieg der absolute Umsatz der berichtenden Genossenschaften von 9,29 auf 10,13 Millionen. Die wichtigeren Ziffern der Umsatz pro Kopf. Er erhöhte sich vom 7. März bis zum 2. April von 6,05 auf 6,61 Mark pro Kopf.

Im Monatsdurchschnitt ergab sich gegenüber dem Monat Februar eine Erhöhung von 6,14 auf 6,23 Mark pro Kopf der Mitglieder. Gegenüber dem Monat März vorigen Jahres ist der Kopfumsatz um 1,30 Mark, also um nicht weniger als 26,4 Proz. erhöht. Den höchsten durchschnittlichen Wochenumsatz erzielte der Verband sächsischer Konsumvereine und der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit 8,28 bzw. 7,76 Mark, den niedrigsten wieder der Verband südwestdeutscher Konsumvereine mit 4,08 Mark und Ostdeutscher Konsumvereine mit 4,98 Mark.

Sieht man auf die seit Beginn 1926 zurückgelegte Entwicklung zurück und sieht man von dem Ostermonat März 1926 und dem Weihnachtsmonat 1926 ab so hat auch der März d. J. den ununterbrochen ansteigenden Anteil pro Kopf weiter erhöht. Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die gewaltige Krise des Jahres 1926 die Anziehungskraft und Schlagkraft der Konsumvereine nur noch gesteigert hat. Seit Januar 1926 bis März 1927 ist der Umsatz pro Kopf von 4,37 auf 6,23 Mark erhöht worden, also um 1,86 Mark oder um nicht weniger als rund 43 Proz. Jede Besserung der Wirtschaftslage kann diese Entwicklung nur beschleunigen, und die Arbeiterschaft darf auf den Beweis stolz sein, daß ihre Selbstversorgung in eigenen Betrieben Krise wie Konjunktur in gleicher Weise dienen müssen.

10 Proz. Dividende im Chemietrakt. Der Aufsichtsrat der J. G. Farbenindustrie hat nicht, wie vermutet, eine Dividende von 12 Proz., sondern nur von 10 Proz. der Generalversammlung vorzuschlagen beschlossen. Die Betriebsüberschüsse sind gegenüber dem Vorjahr von 168,56 auf 166,07 Millionen Mark erhöht. Die Unkosten sind von 45,19 auf 42,11 Millionen Mark gesunken! Nach der sehr beträchtlichen Erhöhung der Abschreibungen von 55,77 auf 75,23 wird ein Reingewinn von 70,52 gegenüber 68,04 Millionen ausgewiesen. Allein die um 20 Millionen erhöhten Abschreibungen zeigen schon, daß ein sehr viel höherer Reingewinn und eine größere Dividende hätten zur Verteilung stehen können. Wir kommen auf den Geschäftsbericht noch ausführlich zurück.

Zum Zusammenbruch der Mologa A.-G. fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der nach den gesetzlichen Vorschriften Mitteilung über den Verlust von mehr als dem halben Aktienkapital gemacht wurde. Sie erfolgte nach einer Vereinbarung zwischen russischen und deutschen Stellen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, weil nach dem Wunsch der Beteiligten vor Abschluß der Verhandlungen keine eingehenden Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit gemacht werden sollen. Vom Staatssekretär Dr. Hemmer, dem offiziellen Verhandlungsführer in Moskau, wurden vier Gründe für den Zusammenbruch der Mologa angegeben: die Ausstattung mit Kapital sei unzulänglich gewesen, die falsche Kalkulation der Herstellungskosten habe auf dem Weltmarkt zur Konkurrenzunfähigkeit geführt, die Freigabe des russischen Marktes sei wegen der unpoffenen Holzproduktion als Erfolg ungenügend gewesen und die Bezahlung der 25.000 Mann starken Belegschaft habe zu großen Sozialkosten und arbeitsrechtlichen Konflikten geführt. Die Firma Himmelsbach sei nicht durch die Mologa zusammengebrochen. Ihr Zusammenbruch habe aber denjenigen der Mologa beschleunigt. Das Aktienkapital von drei

Millionen sei verloren. Von den gewährten 16 Millionen Krediten (russische und deutsche) soll ein Teil zu retten sein. Die Geschäftsaufsicht sei noch nicht genehmigt, die Mologa werde aber liquidiert. Es sei noch unbestimmt, ob Rußland selbst oder ein auswärtiges Unternehmen die Mologa-Konzeption übernehme.

Um die Gefrierfleischfrage. Daß die Stellung des Fleischergewerbes in der Frage der Gefrierfleischfuhr durchaus keine einheitliche ist, bewiesen die Äußerungen der Verwaltung der Hoflag in ihrer Generalversammlung. Die Handelsgesellschaft Fleischerverband A.-G. ist ein Unternehmen, deren Aktien in der Hauptlage sich in Händen der Fleischergewerkschaften und einzelner Fleischer befinden. Sie arbeitet mit einem Aktienkapital von 1,21 Millionen Mark und beschäftigt sich in der Hauptlage mit dem Gefrierfleischhandel. Bekanntlich ist für die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch das Jahreskontingent auf 120.000 Tonnen festgelegt. Die Hoflag selbst besitzt von allen Händlern das weitaus größte Kontingent. Angaben über die Höhe zu machen, lehnte die Gesellschaft ab. Sie erzielte im Jahre 1926 einen Reingewinn von 146.544 Mark, aus dem eine Dividende von 14 Proz. (!) in Vorschlag gebracht wird. Die Verwaltung lehnt es ab, in den Streit um die Gefrierfleischkontingentierung als Interessent Stellung zu nehmen. Sie erkennt an, daß die Kontingentierung Nachteile im Gefolge hat und daß sie den Kontingentfirmen trotz der gesetzlich festgelegten Gewinnbeschränkung erheblichen materiellen Nutzen gebracht hat. Ob diese Unzulänglichkeiten mit Hilfe der Kontingentbefreiung verschwinden werden, das steht auf einem anderen Blatte. Im übrigen bedarf sich der Standpunkt der Verwaltung im wesentlichen mit dem, den wir kürzlich zum Ausdruck gebracht haben. Angesichts der erzielten Dividende ist das begrifflich.

Die Colbriegen-Bergbau A.-G. hat erhebliche Gewinne erzielt, verwendet sie aber zu Abschreibungen und bleibt dividendenlos.



Franz Naseweis

hat es entdeckt, weshalb der Kuchen so gut schmeckt:

Das liegt am Mondamin

Darum 2 goldene Backregeln:

1. Man nehme zum Kuchenbacken statt 1 Pfd. Mehl ein für allemal nur 3/4 Pfd. Mehl und 1/4 Pfd. Mondamin. Dann wird der Kuchen zarter, lockerer und leckerer, dabei aber billiger, weil man weniger Eier und Butter braucht!
2. Vor dem Anrühren ist das Mehl, nachdem man es mit dem Mondamin vermischt hat, mehrmals durchzusieben!

Das Paket Mondamin (normal 100g) kostet 35 Pfg.

Hausfrauen, denkt daran: „Mondamin verfeinert Mehl!“

Mifa
das Qualitäts-Markenrad direkt ab Fabrik
59-64-79-90-100 Musw.
Wochenraten von 4 Mark an / Katalog auf Wunsch gratis

Mifa-Fabrikverkaufsstellen: Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1, Leiter: Erich Abergler. • Berlin-Neukölln, Friedelstr. 27, Leiter: Erich Abergler. Berlin O 24, Petersburger Straße 5, Leiter: Carl Dahn. • Bin.-Charlottenburg, Tauröggenstraße 12, Leiter: Paul Charlet. • Bin.-Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 44, Leiter: Paul Charlet. • Bin.-Pankow, Schloßstraße 18, Leiter: M. Gollé. • Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 6, Leiter: Filiale Berlin. • Berlin SW 68, Alexandrinenstraße 15, Leiter: M. Thammé. • Bin.-Schöneberg, Barbarossastraße 42, Leiter: F. Tybus.

Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Federband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Rücken und kann zur Todesursache werden. (Es enthält Bruchentzündung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst dauernde, unermüdbare Spezial-Bandage aufzutragen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleiden selbst geheilt.

Dr. Ruffing, Spezial-Bandagist
Köln, Bonner Straße 249.

Billigste Hauswäsche Bequem, Elegant
van Heusen
Der HALBSTEIFE KRAGEN
Deutsches Fabrikat D.R.P. Überall zu haben

WARUM



gerade die Vorzüge von **Romeo Schuhen**?

Hier die Gründe!

Für Damen:	
Braun Boxcall Spangenschuhe mit geschweiftem Absatz	Spangenschuhe in grau, blond, beige und Lack, aparte Frühjahrs-Modelle mit Block-u. L. XV-Abz.
10 ⁹⁰	12 ⁵⁰
Für Herren:	
Braun Boxcall Halbschuhe in Rahmenarbeit Moderne Form	Braun Boxcall Halbsch. m. Flügelkappe beste Rahmenarbeit in schw. Boxcall mit und ohne Einsatz in Rahmenarbeit
12 ⁵⁰	16 ⁵⁰
Für Kinder:	
Spangen- und Zugschuhe in Lack, braun und grau, reizende Modelle 25-26 M. 6,25, 23-24 M. 5,00, 20-22	Schnürstiefel farbig mit Lackbes. 25-26 M. 8,25, 23-24 M. 7,25, 20-22 M. 5,50 und
5 ²⁵	3 ⁹⁰
Sommer-Hausschuhe für Damen nur 93 Pfg.	

ROMEO
NORDEN: Chausseestr. 22, Ecke Invalidenstr. WESTEN: Linkstraße 13, am Wannseebahnhof OSTEN: Frankfurter Allee 54, Ecke Kreuzigerstr. SCHÖNEBERG: Hauptstraße 100, Ecke Stubenrauchstr.

Bekanntmachung.
Gemäß § 67 der Satzung für die Brandenburgerische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft geben wir den Mitgliedern hiermit bekannt, daß die Satzung nach Genehmigung durch das Reichsgericht in Kraft getreten ist.
Abende der Satzung sind gegen Erstattung der Herstellungskosten (20 Pf. für das Stück) im Bureau des Genossenschaftsvorstandes, Berlin W 10, Röntgen-Capistranstraße 39 IV, sowie des unermüdbaren Geschäftsvorstandes erhältlich.
Berlin C 2, den 21. April 1927.
Stabsarzt Dr. Berlin, W 1, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Wöch. Teilzahlung
Eleg. Herren- u. Damenmoden
fertig und nach Maß
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Garantie f. guten Sitz u. gute Verarbeitung
Julius Fabian
Maßschneider,
Große Frankfurter Straße 37
Kein Laden! Nur II. Etage!

Reichs-Chinosolwoche!
Um die Vorzüge des ungiftigen, von Ärzten und Tierärzten allgemein anerkannten Chinosols auch denen bekanntzumachen, die bisher trotz der Absicht hatten, es zu erproben, es aber immer wieder aufgeschoben haben, wird
vom 30. April bis 7. Mai
eine Reichs-Chinosolwoche veranstaltet. In allen Apotheken und Drogerien, die durch das Plakat „Reichs-Chinosolwoche“ als Teilnehmer kenntlich gemacht sind, erhalten Sie während dieser Zeit ausführliche Literatur über Chinosol, selbstverständlich kostenlos.
Ferner werden Probepackungen in Aluminiumdosen zu 60 Pf. abgegeben.
Was ist Chinosol?
Ein ungiftiges Desinfektionsmittel — das sagt dem Denkenden alles! Während alle anderen Desinfektionsmittel zugleich Gifte sind, wird Chinosol in den Tropen allgemein innerlich angewandt, z. B. bei Typhus, Cholera usw. In Deutschland ist das aber nur auf ärztliche Verordnung zulässig, die jeder Arzt gerne ausstellt. „Ein wahrer Segen für jeden Tropenreisenden“ nennt es ein bekannter Afrikaforscher.
Während andere Desinfektionsmittel, auf Schnitt- oder Brandwunden, Ausschläge usw. gebracht, zwar die Bakterien töten, gleichzeitig aber die Wundfläche anätzen und so die Heilung unterbrechen, reizt Chinosol die Wundfläche nicht im geringsten, sondern trocknet sie aus und heilt sie überraschend schnell.
Andere Desinfektionsmittel kann man zur Mundspülung und zum Gurgeln nicht benutzen, des Geschmacks wegen und weil sie giftig sind. Chinosol dagegen ist ein bewährtes Mittel zur Mundpflege und infolge seiner Ausgiebigkeit sehr billig. Versuchen Sie es! Sie werden es nie wieder im Hause missen wollen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co“
Karlshorst, Deutsches Haus
Treskowallee (am Bahn) Jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus
Breitstraße 34 Jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadttheater
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hamoseck)
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag
Notstands-Varieté-Kommission
der Intern. Artisten-Loge E. V.

Ziehung am 6. u. 7. Mai
Hedwig Wangel-Lotterie
zu Gunsten weiblicher Straftäterinnen
Los nur **50 Pf.**
Doppel-Lose **1 Reichs-Mark**
Porto und Liste 30 Pf.
Gewinnliste mit 20 Doppellosen, 10000 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwert von
1. **100000**
2. **40000**
3. **20000**
4. **12500**
zu haben bei den Staatlichen Lotterei-Einnahmern u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen sowie durch
H. C. Kröger & Co. Berlin W 8
Friedrichstr. 192-193 u. C. Langenstr.

Soeben erschien:
Spätherbstblüten
VON
Adolph Hoffmann
geremte u. ungeremte Lebensbilder
enthält:
Novellen, in röhren Regionen, Lustdrama, Tragödie, Eine moderne Justiztragödie, Geremte Lebensbilder, Erste und letzter Gedichte aus dem Leben
Illustriert von **Willi Steinert**
6 Vollbilder und das Porträt des Verfassers mit Faksimile / Jubiläumsheld, 94 Seiten, eleg. cart. Preis M. 1,80 (Hörb. 10 Pf.)
Zu beziehen durch den Verleger **Barthel O. T. Koppensier**, 6 II., und durch alle Vorwärts-Ausgabestellen

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten, Plüsch-Prükat, 650 tr. Eisenbettfabrik Suhl, Thür.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. In der Nacht zum 28. April starb in Harburg a. d. E. unser Genosse G. Hirschfeld. Mit seinem Namen ist ein Stück wertvoller Parteigeschichte verbunden.

Ein Jubiläum der südbanischen Parteipresse. Eine rot gedruckte Ausgabe der „Radnička Kopina“ verkündet ihren dreißigjährigen Bestand.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Arbeit sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Rep. rechts, zu richten.

Die Mitgliedsbücher der Genossen Paul Kolbe, Reinhold, Tankamer Allee 32, und Paul Seilmann, Treptow, Bernmannstraße 2, sind abhanden gekommen.

- 1. Kreis Mitte. Sonntag, 1. Mai, in den Gemeinderäumen des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 14-15, große Halle.

- 2. Kreis Tiergarten. Sonntag, 1. Mai, in den Gemeinderäumen des Ullsteinvereins, Ullsteinpark, Ecke Ullsteinweg.

- 3. Kreis Charlottenburg. Die Genossinnen und Genossen, welche sich an den Demonstrationen ihrer Gewerkschaft nicht beteiligen können, treffen sich Sonntag, 1. Mai, nachmittags 10 Uhr, am Wilhelmplatz.

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 5. Kreis Köpenick. Sonntag, 1. Mai, pünktlich 10 Uhr, in der Schloßparkhalle, Köpenicker Park, Ecke Köpenicker Straße.

- 6. Kreis Neukölln. Sonntag, 1. Mai, pünktlich 10 Uhr, in der Turnhalle, Köpenicker Park, Ecke Köpenicker Straße.

- 7. Kreis Tempelhof. Sonntag, 1. Mai, pünktlich 10 Uhr, in der Turnhalle, Köpenicker Park, Ecke Köpenicker Straße.

- 8. Kreis Kreuzberg. Sonntag, 1. Mai, pünktlich 10 Uhr, in der Turnhalle, Köpenicker Park, Ecke Köpenicker Straße.

- 9. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 10. Kreis Mitte. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

Sonntag, 1. Mai:

- 1. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 2. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 3. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 4. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 5. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 6. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 7. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 8. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 9. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 10. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 11. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 12. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 13. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 14. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 15. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nach dem Aufgange vor dem Reichstag um 10 Uhr.

- 158. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 159. Kreis Mitte. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 160. Kreis Tiergarten. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 161. Kreis Charlottenburg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 162. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 163. Kreis Köpenick. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 164. Kreis Neukölln. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 165. Kreis Tempelhof. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 166. Kreis Kreuzberg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 167. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 168. Kreis Mitte. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 169. Kreis Tiergarten. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 170. Kreis Charlottenburg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 171. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 172. Kreis Köpenick. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.

- 173. Kreis Neukölln. Heute, Freitag, 29. April, pünktlich 7 Uhr, in den Geschäftsräumen des Verbands der Arbeitervereine, Hauptstraße 10, im 2. Stockwerk.



Die Ringelung auf der Oberfläche der Creme

Ist das unwägbare Kennzeichen, das sie aus KARNAUBA

besteht. Dieses harte Edlwachs ermöglicht in Verbindung mit allerfeinstem reinen Terpentinöl eine hochscharfe Verteilung...



die reine Terpentinöl-Lösung mit hohem Gehalt an edlem Karnaubawachs

Musikaufträge

Überlegt man nur den Nachweis des Deutschen Musikerverbands...

Deutscher Republikaner-Reichsbund Ortsgruppe Berlin der Sammelpunkt der demokratisch und sozial eingestellten Republikaner

DER KLEINE BROCKHAUS Preis M. 25,- Auch in Ratenszahlung

Berliner Elektriker Genossenschaft angeschl. dem Verb. sog. Hausbetriebe Berlin N. 24, Elsäcker Str. 86-88

Verlangen Sie stets Garantieschein für geräuschloses Patent-Ketten-Matratze

Wohlfühle Woche



Sport- und Reise-Mantel
Herrenstoff-
Karo, Quali-
tätsware . . . **29⁷⁵**

Seidenmantel
Kunstseide mit
reicher Plisse-
garnitur . . . **22⁵⁰**

Modernes Kasack-Kleid 8⁹⁰
aus kunstseidenem Faconné, neue Pastellfarben

Waschstoffe

Mousseline imitat.
neue Druckmst.
Meter 85, 68 **45 Pf.**
Woll-Mousseline
aparte Muster
Meter 2,75, 2,25 **1,45**
Voll-Volle
neue Blumenmuster
Meter 2,75 . . . **1,85**
Frotté gestr.
od. kariert, schön.
Dessinat. Mtr. 1,25 **85 Pf.**
Dirndl-Zephir
indanthrenfarbig
Meter 95 . . . **78 Pf.**

Seide und Kleiderstoffe

Waschkunstseide
moderne Ausmaste-
rung . . . **1,75 1,35**
Bastseide
reine Seide, natur-
farbig Mtr. 2,75 **1,90**
Bemberg-Adler-
Seide in vielen Far-
ben . . . Mtr. **2,85**
Kleider-Taffet
Kunstseide, in 25 bis
Pastellfarben Mtr. **3,75**
Bastseide
reine Seide in viel.
Modelfarben . Mtr. **3,75**
Papillonschotten
reine Wolle Mtr. 2,45 **1,85**
Popeline
reine Wolle, dopp
breit . Meter **2,90 1,90**
Kasha reine
Wolle, einfarb. od.
kariert . . . Meter **5,90**



Kasha
Bordüren-
Kleid
reine
Wolle
sehr
tesch **9⁷⁵**

Damenwäsche

Taghemden 95
guter Wäschstoff mit
Bückerl od. Käppel-
spitze . . . 1,05, 1,25 **PL**
Nachthemden
Babiform, a. feinem
Wäschstoff 2,75 **1,95**
Hemdosen
farbig, Opal, mit
Spitze . . . **2,75**
Hemdosen
mit Motiv und
Spitze . . . 2,50 **1,75**
Unterkleider
gestreift, Kunstseiden-
Trikot, großes Farb-
sortiment . . . 3,00 **2,90**

Einsatzhemden
f. Herren, schöne
Muster . . . 2,45 **1,95**

Strümpfe

Kinderstrümpfe
Baumwolle, in hellen
Farben . . . Größe 1
Steigerung 10 Pl. **40 Pl.**
Damenstrümpfe
Baumwolle, schwarz
und farbig 78 Pl. **48 Pl.**

Ein Paar Damenstrümpfe
Wash, Kunst-
seide, Seidenhaar
od. farb. Baumw.
Paar **95 Pf.**

Damenstrümpfe
künstl. Wäsche, in
hochmod. Frb. 2,85 **1,95**

Damenschlüpfer
feine Baumw., groß.
Farbsortim. 95 Pl. **78 Pl.**



Eleg. Veloutine-Kleid
gestickte
Georgette
Weste und
Kragen **29⁷⁵**

Moderner Mantel
aus Rippe oder
Schattenrips,
reiche Plisse-
garnitur . . . **26⁵⁰**

Morgenröcke aus Welliné 2⁹⁰
in vielen Farben

Bett-Garnitur 5⁸⁵
Deckbett mit 2 Kiss-
en, kräftiges Wäschtuch . . .

Damenschlüpfer 1⁹⁵
gestreift, künstl. Tri-
kot, schöne Farb. 2,75

Bett-Garnitur 6⁹⁰
Deckbett mit 2 Kiss-
en, guter Lino

Bett-Laken 2⁴⁵
aus kräftigem Haus-
tuch

Küchen- u. Stubenhandtücher 48 Pf.
Drell oder Gerstenkorn 58,

Halblein. Handtuch. 85 Pf.
Jacquard, gestickt u.
gebändert

Kaffee- od. Teegedeck 2⁹⁵
mit 6 Servietten, indan-
threnfarbig

LINDEMANN & CO A.G.

Berlin-Schöneberg **Hauptstraße 149** Berlin-Nordosten **Landsberger Allee 29** Berlin-Moabit **Turmstraße** Ecke **Ottens**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 Uhr: Salomo
Schauspielhaus
8 U.: Ein besserer
Herr
Schiller-Theater
8 Uhr: Razzia

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
**Der fliegende
Holländer**
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U.
**Der Arzt am
Scheldeweg**

Die Komödie
Bismarck 2474, 2517
8 Uhr, Ende 10 1/2 U.
Letzte 3 Aufführungen!
Mannequins
Nachvorstellung
Tägl. 11 U., Ende 1 U.
Revue: Was Sie wollen
Preise:
2, 3, 4 und 5 Mk.

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 U. Ende nach 10
Lockvögel
Ab Montag, den 2.
bis Montag, den 9.
Gastspiel
"Revue zu Vieren"

Theat. u. Holländ. Pl.
Kurfürst 2091
8 Uhr: (20. Sept. 11)
**Drei arme
kleine Mädchen**
Gesells. von Walter Holl

Volksbühne
Theater am Mühlplatz / Th. am Schiffbauerdamm

8 Uhr:
Nachtasyl
Morgen 8 Uhr:
Gewitter über Gottland

8 Uhr:
**Tragödie
der Liebe.**

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltfährliche James-Klein-Revue
250 Mitwirkende v. Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. Sonntags nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Das wundervolle April-Programm!
Nachmittags: **Halbe
Preise, volles Programm**
Dönhoff-Brettli:
Baumbühne,
Variété, Konzert u. Tanz.

**DAS
WOCHENENDE**
AUSSTELLUNG
AM KAISERDAMM
Märkische Heimat
Verkehrspanorama / Kunstaus-
stellung / Die Landschaft in der
Photographie / 300 Wochenend-
hausmodelle / Schülerwettbewerb
Der Bedarf des Wochenendlers
Wochenendhaus-Kolonie
Tägl. 8 Uhr von. bis 10 Uhr abds.
Eintritt bis 9 Uhr
Eintritt 1,50 M. / Schüler 75 Pf.
Alte Autohallen
BERLINER SCHNEEPALAST
Tägl. von 9 Uhr von. bis 5 Uhr abds.
Ab 8,30 Uhr:
Groß. Schneesport-Abend-
programm / Schneehalle /
Großer Ski- und Rodelbetrieb.
Eintritt 1,50 M. für Anfahrtskarte 1 M.

BEQUEMSTE RATENZARLUNGEN

10 Pfennig pro Tag
bringen das vollkommenste
Musikinstrument der Welt
"ELECTROLA"
in jedes Heim. — Nur das
Beste ist gerade gut genug
für Anschaffung auf Raten

Vorspiel ohne Kaufzwang

Electrola Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8, Leipziger Str. 23
Frankfurt a. M., Goethestraße 3

Illustrierte Kataloge bereitwilligst

Anteilhaber Verkaufsstellen werden auf Wunsch nachgewiesen

ERIK CHARELL BRINGT:

Wie einst im Mai
Theat. 8 U. Sonntag 3 U.

Alfred Braun, Camilla Spiro,
Bendow, Westermeyer, Kupfer, Deners
Großes Schauspielhaus

Theater a. Kotb. Tor
Kottbusser Pl. 8 U.
Zögl. 11 U.
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach
Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr
**Theo macht
alles!**

Ben Hur
Kein Film!
Vorverkauf
täglich ab 10 U.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
**Die beiden
Nachtigallen**

CASINO-THEATER 8 Uhr:
**Pimpelhuber
der Millionen-Erbe**
Gutschein: Faust 1 Mk., Sessel 1,30 Mk.

Wallner-Theater 8 1/2 Uhr:
Der Lustspielortolg
Auf der Sonnenselie
Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Winter-Garten
8 Uhr
Variété
Räucher
gestattet

**MOKKA
EXPRESS-STUBEN**

EUROPAHAUS
KÖNIGGRÄTZER-STRASSE 118/119

KAFFEE
AUS ORIGINAL-
EXPRESSO-MASCHINEN

KUCHEN ODER TORTE
25-3

VORZÜGL. EIS MIT SAHNE
45-3

EISCREME-SODAFONTAINE

Auf zur Baumblüte in Werder!

Die Reise zum „Erbfeind“.

Von Wolph Hoffmann.

Es war 1889 im Frühjahr. Das Sozialistengesetz neigte sich seinem Ende zu (Oktober 1890). Die streifen Stränge des Ausnahmegesetzes waren, nachdem bei der Mehrheit des Reichstages eine Verlängerung ausfallslos war, lockerer gelassen. Was natürlich nicht ausschloß, daß in der Provinz in den einzelnen Städten immer „strebsame Raismilddäger“ sich fanden, welche die Hag als Spezialität betrieben.

Die sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt rüsteten zum internationalen Kongreß in Paris.

Seit dem Kriege von 1870/71 war es der erste „Internationale“, der in Frankreich stattfinden sollte.

Eine Reihe bürgerlicher Zeitungen in Deutschland bekamen um die „berufsmäßigen Hege“ und „blutrünstigen Agitatoren“, die sie so oft dahin gewünscht hatten, wo der Pfeffer wächst, große Beforgnis.

Man warnte „ernstlich“ vor der Reise nach Paris. Der Hag gegen alles Deutsche wäre noch so groß, daß die deutsche Regierung für Leben und Gesundheit derjenigen, die sich mutwillig in Gefahr begeben, keinerlei Verantwortung und Garantie übernehmen könne.

Während war diese Teilnahme mit einem Male für die, welche man elf Jahre mit Polizei, Staatsanwalt und Gefängnis verfolgt, von der Familie gerissen, von Haus und Hof verjagt, ja zu Tode gekehrt hatte.

Doch diese Teilnahme war sehr durchsichtig. Bei allen Forderungen der Arbeiter im deutschen Vaterlande nach menschenwürdigen Zuständen, Verkürzung der Arbeitszeit usw. wies man immer auf die Konkurrenz des Auslandes, die es „leider“ unumgänglich machte, mancher Forderung, über die sich sonst „sprechen“ ließe, näher zutreten.

Wenn aber nun die Arbeiter sich zur Erlämpfung dieser Forderung international verbinden würden, mit welchen Aussichten sollte man dann denselben ausweichen?

Aber noch mehr stand auf dem Spiel. Wenn man im Herzen des „Erbfeindes“ dahinter kam, daß das Revolutionsgeschrei nur von Interessenten des Krieges und der Armeen künstlich propagiert und geführt wird, mühte es den Besuchern Frankreichs klar werden, daß die Kriegsbegehr in jedem Bande dieselben fragwürdigen Ruhmher der die Hüter erdrückenden Rüstungen sind.

Solche Erkenntnis wollte man verhindern, da die Zurückkehrenden natürlich über das, was sie gesehen und gehört hatten, berichten würden.

Daher die lebenswichtige Fürsorge und das „Grausigmachen“. Welches konnte aber nicht verhindern, daß Deutschland auf dem Kongreß mit 81 Delegierten vertreten war.

Durch meine politische Tätigkeit und den daraus resultierenden sogenannten Hochverratsprozeß war ich nach der Provinz Sachsen verschlagen. Bei der 57er Wahl kandidierte ich für den Zeiger Kreis, gründete später in Halle den „Zeiger Volksboten“, dessen Redakteur ich wurde. Auch die Kreise Leipzig-Weißens-Neudorf, Mansfeld und Merseburg hatten beschlossen, einen gemeinsamen Delegierten zu entsenden. Doch in diesen Kreisen herrschte das Sozialistengesetz noch in seiner ganzen Schärfe. Versammlungsverbote, Konfiszierung von Schriften und Prozesse hielten nur so. Es war daher nicht möglich, die Wahl in einer Versammlung oder Konferenz offiziell vorzunehmen. Wir mußten eine gemeinschaftliche Corpora (geheim) der drei Kreise abhalten.

Dieses fand in dem Graben einer wenig frequentierten Chaussee statt.

Wir hatten die Erfahrung gemacht, daß man auf offener Landstraße vor Ueberrumpelungen sich am ersten sichern konnte. Eine Stelle, von wo aus die Chaussee nach beiden Richtungen weit zu übersehen war, bot jede Garantie.

Eine Axtentische mit einigen Landkarten und der Ausrüstung „Wanderfuß Gut zu Fuß“ diente als Deckmantel. So bald sich was Unbekanntes nahte, wurde die Klubhymne „Das Wandern ist des Müllers Lust“ angestimmt.

In diesem Chausseegraben wurde ich als Delegierter für den Pariser internationalen Sozialistenkongreß einstimmig gewählt und Anfang Juli fuhr ich von Halle, wo ich bis zum Fall des Sozialistengesetzes wohnte, über Brüssel nach Paris ab. Meine näheren Freunde wunderten sich, daß ich gar keine Reisevorbereitungen traf. Ich nahm fast nichts an Wäsche oder sonstigem Bedarf mit, sondern freute mich darauf, dort echte französische Sachen zu kaufen. Ein paar Mark Geld brauchte ich damals noch nicht zu haben, denn ich lebte noch nicht von „Arbeitergroschen“ das Schlemmerleben eines Hehlers“, sondern näherte mich als Bergarbeiter und Landschaftsmaler nicht schlecht.

Später als alleiniger Redakteur einer täglich erscheinenden Zeitung bei 18 Mark Wochenlohn mit der Verpflichtung, pro Woche drei selbstgeschriebene Beiträge zu bringen, verboten sich solche Extrazugänge von selbst.

Nur eines schaffte ich mir zur Reife an, um mich nicht schuh- und schirmlos in die „Krallen des Erbfeindes“ zu begeben.

Ich kaufte mir einen neuen Regenstich, denn der alte war wieder einmal weg. Ich besaß nämlich die professorale Gewohnheit, nur so viele Schirme zu gebrauchen, wie ich mitnehme. Wenn ich mal einen wiederbringe, ist es sicher ein Versehen.

Als ich auf der Reise Brüssel erreicht hatte, war mein neuer Schirm schon auf und davon. Ich tröstete mich mit dem Gedanken, in Paris mir einen echten französischen zuzulegen. Als ich auf der Rückreise in Brüssel ankam, war auch der durch die Bienen gegangen; ein Beweis dafür, daß der „deutsch-französische Ausgleich“ damals schon möglich war.

Wir großen Erwartungen hatten wir die Reise nach Paris angefahren. In einer freien Republik konnten die unter einem elfjährigen Zwangsausnahmestand Lebenden mal wieder frei aufatmen.

Allester Pläne hatte ich mir bereits zurechtgelegt, wie ich Paris kennenlernen und genießen wollte.

Nur wer da weiß, was es heißt, auf Schritt und Tritt „Spiegel“ auf den Fersen zu haben und außerdem eine stadt-, polizei- und gerichtsbekannt Persönlichkeit zu sein, begreift das Wonnegefühl, das einen packt, wenn man in einer großen Weltstadt jenseits der Bogen ankommt, frei, ungehemmt und unerkannt. Mit diesem Gefühl verließ ich in Paris den Bahnhof, um zu dem Treffort zu pilgern.

Noch keine hundert Schritte war ich vom Bahnhof entfernt, als ein Herr, der mir entgegenkam, wie angewurzelt vor mir stehen blieb: „Herrnschind, Hoffmann!“ rief er, „wie um alles in der Welt kommen Sie nach Paris?“

Ich muß dagestanden haben wie ein erlappter Verbrecher, der sich im Auslande schon geborgen fühlt und plötzlich von Kriminalisten festgenommen wird.

Alle meine eben noch so lieblich gepflegten Illusionen gingen in die Brüche.

Von dem, was er mir erzählte, daß er auf der Weltausstellung zu tun habe, und wie er sich freue, jetzt einen Menschen in Paris zu wissen, mit dem er abends plaudern könne, um die Muttersprache nicht zu verlieren, begriff ich ebensovienig wie ich mir das Lokal merkte, wo wir uns abends treffen sollten. Leider habe er jetzt keine Zeit, aber heute abend wollen wir uns gründlich ausplaudern, auch über den Zweck meines Hierseins usw. — Und dann war er eben so schnell meinem Gesichtswinkel verschwunden als er aufsaugte.

Wir ging es wie so oft. In meiner Erinnerung stand fest: Ich kenne ihn. Aber über das Wie und Woher konnte ich mir beim besten Willen nicht Rechenschaft geben. Und so setzte sich natürlich

Das Ende der Abrüstungs-Konferenz.



Resultat: Aus dem Gefieder des Friedensengels schnitten die Diplomaten sich Federn, um neue Rüstungspläne zu entwerfen!

als erster Gedanke die Frage nach dem Quillamerger „Nicht-Gentleman“ bei mir fest.

Selbstverständlich hatte ich unter diesen Umständen gar kein Interesse, mir die angegebene Adresse zu merken, denn daß ich nicht hinging, stand längst bei mir fest.

„Na, Hoffmann, wollen Sie nicht mit?“ sagte Bebel, der in diesem Augenblick mit Bollmar, Wilhelm Werner und Adolf Ged vorüberging und mich durch seine Kurde aus meinen Gedanken rief. Ich schloß mich an, und wir landeten auf einem Boulevard, wo wir an den auf den Bürgersteig gestellten Restaurationstischen Platz nahmen.

Wohl waren einige französische Genossen zur Stelle, aber mit den Arrangements besonders betreffs der Wohnungen haperte es stark. Schließlich machte sich unser Ritter Genog von Bollmar mit August Bebel auf den Weg, um Quartier zu machen, und ließen uns warten, bis sie wieder zurück waren.

Mit allerlei Betrachtungen, leuchteten und guten Willen über die schiden Franzosen vertrieben wir uns die Zeit. Monsieur Garçon besaß viel zu tun, denn wir hatten von der langen Fahrt und Mutter gepfeffter Butterkise alle einen echten deutschen Duft mitgebracht, und verluhten diesen mit einem vorzüglichen Bier, das in Rechen ausgegossen wurde, zu löschen.

Fritz Geyer probierte sein in Klein-Paris an der Pleiße erworbenes Französisch, um ein „deutsch-französisches Abkommen“ wegen eines gemeinsamen Kaffees zu treffen. Gutmütig lächelnd hörte der Garçon Fritz Geyer eine Weile an und sagte schließlich: „Sprechen Sie man ruhig deutsch, dann werden wir uns über Ihren gewünschten Leipziger Bismarck-Kaffee viel leichter verständigen, Herr Geyer.“

Fritz war natürlich ebenso platt wie ich vom Bahnhof. Da Geyer über das Borum und Woher gleich Feststellungen machte, ergab sich, daß der Garçon ein Baderländer aus Ostende war, drei Sprachen beherrschte und mehrere Winter im Wartesaal des Leipziger Bahnhofs serviert hatte.

(Schluß folgt.)

Auf der mexikanischen Eisenbahn.

Der Ueberfall auf den Eisenbahnhof bei Guadaluajara, bei dem es wohl über 100 Tote gegeben haben soll, bedeutet wieder einmal die unheimliche Situation in Mexiko. In dem Buch von George Hugh Manning „Im Rauber mexikanischer Gewässer“ (Brooklyn, Leipzig) finden wir eine interessante Stelle, die ein allgemeines Bild der mexikanischen Eisenbahn gibt und zeigt, welche Schutzmaßnahmen sie gegen Ueberfälle erdacht hat, um sie zu treffen pflegt. Da diese Schilderung jetzt bekannt ist, brauchen wir sie mit Erlaubnis des Verlegers H. A. Strothaus ab:

Unangenehme Dinge darf man überall in der Welt von einigen Menschen erwarten. In Mexiko erwarteten wir sie bald von allen Menschen ohne Ausnahme. Teilweise ist das der häufigen Anwesenheit leichter Beute in Gestalt von Touristen zu verdanken; teilweise mag es darauf zurückzuführen sein, daß Mexiko vor nicht langer Zeit ein Mittelpunkt des Aufstandes war. Man hat es beschlossen geplündert und verbrannt. Die Einwohner, die sich einmal auf diese, einmal auf jene Seite schlugen, hatten bei der allgemeinen Räuberei und Verletzung.

Die ganze Gegend vom hohen einige hundert Kilometer landeinwärts bis Guadaluajara schien sich noch nicht von diesen Zuständen erholt zu haben. Sonar jetzt noch sollte es von Räuberbanden wimmeln. Die Eisenbahnfahrt gewährte uns allerdings keinen Einblick ins Räuberumwelts, was nicht weiter verwunderlich war, denn auf die Lokomotive folgten fünf Postwagen mit Ausguck. Die Besatzung bestand aus mehreren Jüngen mexikanischer Soldaten mit guten deutschen Gewehren und wohlgeputzten Patronengürteln.

Außerdem ging eine Wachabteilung andauernd durch die Personenzüge. Diese Heeresmacht wurde noch dadurch verstärkt, daß jeder Reisende eine oder zwei Feuerwaffen bei sich trug. Unter der Jacke sah man den durch einen Pistolengürtel verurteilten Hüder, und unter der Weste lagte oft der schwere Patronengürtel hervor. Man glaubte sich wirklich in die Zeit der Waldläufer veretzt.

Niemand schien indessen unangenehme Zwischenfälle zu erwarten. Ganz im Gegenteil. Auf der mexikanischen Eisenbahn wird nichts ernst genommen, nicht einmal der Fahrplan. Eigentlich sollten wir um 12 Uhr aus Mexiko abfahren; aber der Zugführer hatte eben erst angefangen zu frühstücken. Die Reisenden waren allem Anschein nach ähnlich beschäftigt, denn als wir einfielen, waren wir in der ersten Klasse ganz allein. Eine halbe Stunde später piff der Lokomotivführer.

Nach etwa zehn Minuten fuhr ein Wagen vor, den wir anfänglich für einen Gepäckwagen hielten. Außer zwei Männern auf dem Rutschhof sah man nur Bündel, Körbe und Pöden. Aber das Gepäc regte sich; es bekam Beine und wandelte. Aufsetz entstieg ein Herr in engen Hosen und kurzer Jacke dem Gefährt. Außer einem Spazierstock trug er keine Last. Er strich seinen Schnurrbart und klopfte auf jede Tasche, während Gepäckträger seinen Angehörigen die Bündel und Koffer abnahmen. Dann führte er den großen An-

marsch zum Zuge. Alle paar Meter blieb man stehen, um irgend etwas zu kaufen.

Noch bevor sie den Bahnsteig erreichten, hatten sie alles gekauft, was sich denken läßt: stark gewürzte Speisen, die in Tortillas eingewickelt waren, Kistenpasteten, Sühzeug, Obst von allen Sorten, die es in Mexiko gibt, und eine Traube wüchsiger roter und blauer Ballons. Dieser verlockende Vorrat war mexikanischer Raugummi. Man steckte eine der bunten Kugeln zwischen die Zähne, erfrischte sich an einer kleinen Explosion und kauft dann eine Stunde oder eine Woche lang, je nach Weisung. Dieser Raugummi verliert niemals den Wohlgeschmack. Er hat keinen zu verlieren.

Die Familie klimte unseren Wagen, als hätte es, jeden Geberzoll zu befehlen. Zwei kleine Mädchen rannten an ein Ende, zwei kleine Buben ans andere; der Vater wählte Mitte rechts, die Mutter Mitte links. Der verbleibende Raum füllte sich mit Handbroschen, Seiden, Bündeln, Beuteln, Deckentüllen, Mänteln und Schirmen.

Dann begannen die Verhandlungen. Die Gnädige wagte zu bemerken, daß sich der gnädige Herr auf der Sonnenleite bedände; der gnädige Herr gerührte zu erwidern, daß die Sonne nach wenigen Stunden von der anderen Seite scheinen werde. Das Gepäc war augenscheinlich seiner Meinung, denn es häufte sich um ihn, auf ihm, unter ihm, alleits von ihm. Die Mutter hatte keine Zeit zu Widerlegungen. Sie eilte geschäftig zum jungsten hombrecco, um seinen schmutzigen Platen einen alten Bonanentstammal zu entreißen. Da er heute, mußte sie eine Handtasche aufreihen und eine frühe Banane herausholen. Aber auch der andere wollte Bananen. Und so ging es immerfort.

Anzwischen hatten sich fünf andere Familien auf dem Schlachtfeld eingefunden. Körbe, Taschen und Säuglinge lagen so bunt durcheinander, daß ich mir wegen des Kusselanderflaubens Sorge machte. Ein fürchterliches Gemengel und Gewürge entstand draußen wie drinnen. Den Zug entlang tribbelte ein ebenso stimmungsvoller wie stimmbegabter Anwesenhaufen. Die Lokomotive fuhr fort zu pfeifen. Der Schaffner forberte Radfahrer auf, sich zu befehlen. Dann durchbedte ein Erdstöß den Zug. Für einen Augenblick erstarrte alles zu Schweigen. Jeder griff nach dem zunächst gelegenen Stützpunkt; eine Glocke dimmelte, und die Wellblechwände des Bahnhofs bewegten sich achteraus.

Wenn man bedenkt, daß die Eisenbahnschwellen aus edlem Mahagoni bestanden, so überkommt einen wohl das Gefühl unsagbarer Heppigkeit. Nicht so, wenn man die nähere Umgebung muskelt. Die aus dem Reichthum amerikanischen Lagerhäuser zusammengelesenen Wagen sind an der eisernenäunten Plattform tennlich, an der hängenden Petroleumlampe, an der schwingenden Notleine und an den geflochtenen Ehen.

Obgleich uns eine Reise von dreißig Stunden bevorstand, waren nirgends Schlafgelegenheiten zu entdecken. Auch der Speisewagen fehlte, oder, besser gesagt, der ganze Zug war ein einziger Speisewagen. Essen bildete die Hauptunterhaltung. Wahrscheinlich hatten die meisten Fahräste vor der Abreise gefrühstückt; aber sie begannen sofort wieder zu kochen. In Mexiko hatten sie alles Sichbare und Erreichbare aufgekauft; auf jedem Bahnhof an der Strecke schenkte sie die Kaulerei fort. Sie beludeten sich mit Tomaten, Tortillas, Bananen, Biskong, Papagen, Kuchen, Kerzen und kleinen Schachteln mit gummiartigen Käs. Außerdem hatten sie Pfefferkörbe mitgebracht, in die sie hineinstauten, was ihnen nicht schmeckte, und denen sie einnahmen, was ihnen unerträglich schmeckte.

Selbstverständlich bedurfte man irgendeines Getränkes, um diese Berge hinunterzupfeilen. Im Zug konnte man süßliche Brauselimonade und Bier von wandelnden Verkäufern erhalten. Aber das genügte nicht. Weiter oben, auf der Hochfläche, gab es Bulque, eine freudige Brüde aus gegorenem Agavenlast. Große Kürbisschalen davon wurden zu den Fenstern heringereicht; ein Glas, das sich immer wieder füllte, ging von Mund zu Mund.

Der Duft des Tabakrauchs mischte sich mit dem der Zigaretten. Papier, Obfchalen, leere Schachteln, Nischen, Wäse, Zigarettenstämme schickelten den Fußboden. Säuglinge wiefelten, Kinder lachten, Weiber gackerten, Männer lachten. Wie würden sich doch die „Beute“ darüber freuen.

Nichts ist zwangloser und gemeinsüngerlicher als das Reisen mit der mexikanischen Eisenbahn. Fremde gibt es nicht. Jeder plaudert mit jedermann; man tauscht Blumensträuße und Anopflochblumen aus; man teilt das Essen und vertauscht die Zuglinge. Gähne es nicht eine zweite Klasse für die Beone, der Kommunismus wäre fertig.

Druckmaschine Raff Fibel. In französischen Schulen wird neuerdings der Versuch gemacht, zum ersten Unterricht im Lesen und Schreiben eine einfache Druckeinrichtung mit Handbetrieb an Stelle der herkömmlichen Fibel zu verwenden. Man glaubt, daß die Kinder auf diesem Wege rascher über die Schwierigkeiten der einzelnen Buchstabenformen hinweg zum Erlernen ganzer Worte und Sätze vordringen können. Dieser Versuch bewegt sich auf der gleichen Linie wie die in Deutschland jetzt vielfach eingeführte Verwendung von hölzernen Buchstabenformen, die von den Kindern gelegt werden.

